Das Ostpreußenblatt

Organ der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Jahrgang 21 / Folge 23 2 Hamburg 13, Parkallee 84 / 6. Juni 1970 3 J 5524 C

Wo die Freiheit steht, ist Deutschland!

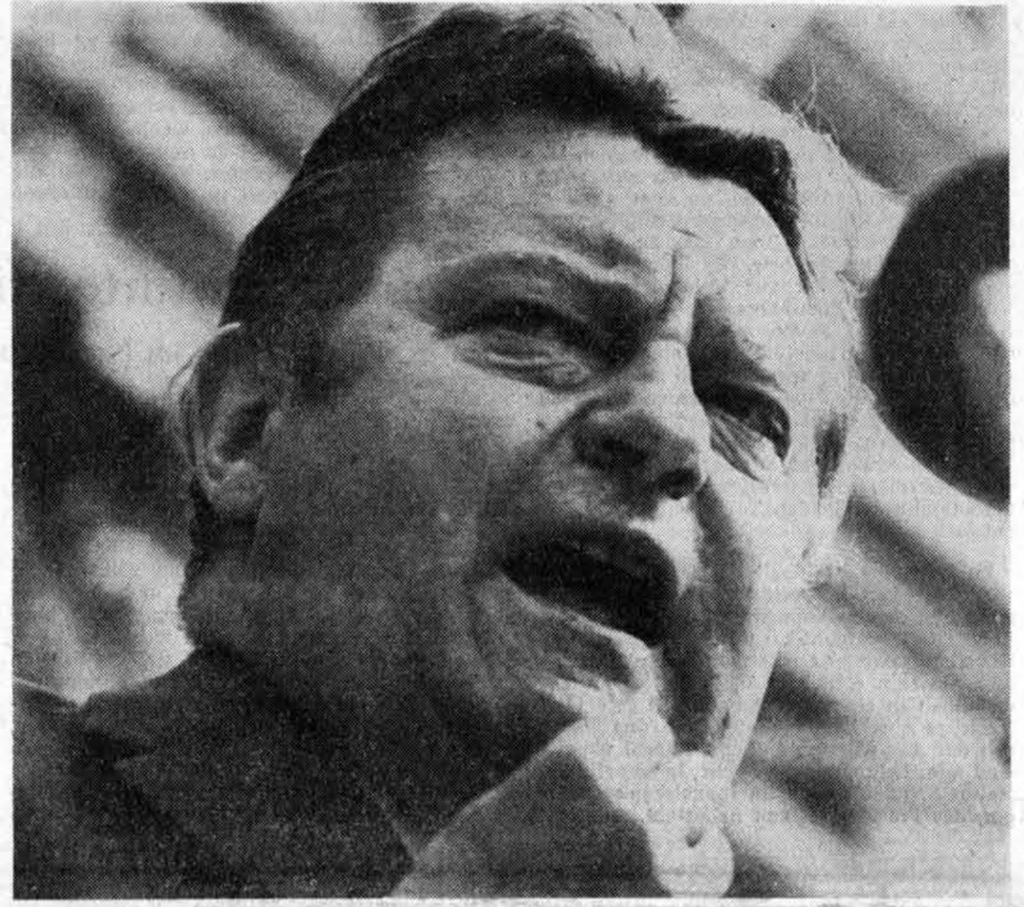
50000 Heimatvertriebene legten in Bonn machtvolles Bekenntnis für Recht und Selbstbestimmung ab

Bonn — Zum Höhepunkt der eindrucksvollen Protestkundgebung, zu der über 50 000 Heimatvertriebene nach Bonn gekommen waren, gestaltete sich die Rede des früheren Bundesministers Dr. h. c. Franz-Josef Strauß, der auf dem Bonner Marktplatz, immer wieder von lebhaftem Beifall unterbrochen, sich zu den Heimatvertriebenen und ihrem politischen Anliegen bekannte.

Anknüpfend an das Wort, das Bundeskanzler Brandt bei der letzten Bundestagssitzung an ihn gerichtet hatte, Strauß solle bei dieser Kundgebung nicht zum Widerstand gegen die Vernunft, sondern gegen den Nationalismus und den Mißbrauch nationalistischer Vorstellungen aufrufen, stellte er fest: „Es ist eine Anmaßung und eine Torheit zu glauben und zu behaupten, daß die heutige Bundesregierung die Vernunft für sich gepachtet hätte. Es ist auch ein unerträgliches Maß zu behaupten, daß diejenigen, die hier versammelt sind, diejenigen, die für ihre Heimat, für Selbstbestimmungsrecht in der Öffentlichkeit eintreten, Nationalismus predigen oder gar Opfer nationalistischer Parolen sind. Wir warnen, wir warnen mit allem Nachdruck davor, heute Zwietracht dieser Art zu säen."

Strauß betonte, daß er den Nationalismus für den Totengräber Europas halte und erteilte ihm eine klare Absage. Aber er bekannte sich, wie es jeder anständige Deutsche hoffentlich auch tut, zur deutschen Nation, ihren Rechten und Ansprüchen. „Die Ehrlichkeit gebietet es, zu sagen, daß es Nationalismus nicht nur in Deutschland gegeben hat, es gibt auch anderswo heute noch Nationalismus, der Europa zerstört."

Das, was die Vertriebenen heute vorbringen, ist nicht das Anliegen eines Teiles des deutschen Volkes, sondern das sind Fragen, die ganz Deutschland betreffen. Gerade er als Einheimischer, der seine bayrische Heimat glühend liebe, so erklärte Strauß, könne verstehen, warum die Heimatvertriebenen an ihrer Heimat hängen.



Strauß: „Ich verstehe, warum Sie an Ihrer Heimat hängen!" Foto dpa

Eine Schande für Deutschland

Franz Josef Strauß stellte fest, daß nicht zu Widerstand mit gewalttätigen oder gesetzwidrigen Mitteln aufgerufen werde, „aber wir rufen auf, damit unsere weitgehend uninformierte, durch große Teile einseitig eingestellte Publizistik auf den falschen Weg gebrachte deutsche Öffentlichkeit aufgeklärt wird. Darf das Recht der freien und friedlichen Demonstration nur von Gewalttätern in Anspruch genommen werden? Ist es nicht so, daß das, was wir im Laufe der letzten Jahre und in zunehmendem Maße der letzten Monate in Berlin erlebt haben, eine Schande für Deutschland ist? Ist es nicht für uns, die ehemaligen Kriegsgegner der Vereinigten Staaten, Englands und Frankreichs ein mehr oder weniger peinliches Schauspiel, zu sehen, daß eine Parade von 5000 Soldaten in Berlin, die der Freiheit Berlins und der Sicherheit Deutschlands dienen, von 5000 Polizisten beschützt werden mußte, weil diese Soldaten die Freiheit von zweieinhalb Millionen Berlinern verteidigen. Ist Freiheit der Demonstration nur für solche da, die zur Anarchie und zur Gewalttat aufrufen? Wir sind keine antiparlamentarische Opposition, wir sagen im Bundestag genau dasselbe, was wir hier sagen, wenn es um die großen Fragen der deutschen Existenz und Zukunft geht."

Als ein Mann, der seit dem Jahre 1949 dem Bundestag angehört und die Bemühungen der früheren Bundesregierungen um einen Ausgleich mit dem Osten kennt, erinnerte Strauß daran, daß Konrad Adenauer, nachdem er die Bundesrepublik durch feste Bindungen an den Westen gesichert hatte, den Rest seiner Amts- und Lebenszeit bemüht war, Verständigung mit der Sowjetunion zu finden und den Ausgleich mit dem Osten, aber ohne Selbstmord und ohne Verzichte von Freiheiten und Rechten zu suchen. Es sei eine Fälschung der Zeitgeschichte, zu behaupten, daß die einen den Frieden sichern und die Versöhnung herbeiführen wollen und die anderen Unfrieden stiften, Zwietracht erhalten und den kalten Krieg verewigen wollten.

Kanzler blieb Antwort schuldig

Selbst den anderen, die heute mit Gesten des guten Willens und mit schön klingenden Erklärungen atmosphärische Verbesserungen schaffen wollen, könne ein guter Wille, aber keine ausreichende Kenntnis der Realitäten zugesprochen werden. Sie zeigen, daß sie nicht den langen Atem, und nicht die gleiche Energie und Zähigkeit aufbringen, die kommunistische Unterhändler immer noch bewiesen haben, ob in Europa oder in Asien. Das, was in Mitteldeutschland an verwaltungsmäßiger Wirklichkeit und an gewalttätiger Realität vorhanden ist, berechtige nicht, wie es der Bundeskanzler getan habe, mit so einschmeichelnd klingender Formulierung von zwei deutschen Staaten eine Gleichstellung einer freiheitlichen, auf Recht und Gerechtigkeit begründeten Demokratie mit einem Unrechtsstaat zu vollziehen. Der Weg von der staatsrechtlichen zur völkerrechtlichen Anerkennung sei noch nicht einmal für Rechtsgelehrte genau definierbar.

Zu den Gesprächen in Kassel wiederholte Strauß seine im Bundestag getroffene Feststellung und erklärte, Stoph habe nicht einmal eine Andeutung gemacht, zu welchen Gegenleistungen die andere Seite nach etwa vollzogener Anerkennung bereit sei und auch der Bundeskanzler sei auf diese Frage die Antwort schuldig geblieben. Von all dem aber, was Brandt zwischen Erfurt und Kassel erklärt habe, sei nichts übrig geblieben.

Heute geht es darum, eine gemeinsame Front der Vernunft gegen die Unvernunft, der Erkenntnis der wirklichen Realitäten gegen die Erkenntnis der vorgetäuschten Realitäten aufzubauen. Es sei selbstverständlich, daß für echte, sichtbare Leistungen von der anderen Seite wir auch bereit sein müssen, echte, sichtbare, schmerzliche Leistungen von unserer Seite zu vollbringen. Aber alle diese Leistungen müssen der Versöhnung der Völker dienen und nicht der Stabilisierung der kommunistischen Regierungen.

Der Sprecher der Bundesregierung habe kürzlich in einem Vortrag richtig gesagt, wenn die Rote Armee abziehen würde, würden die kommunistischen Systeme innerhalb einer Stunde verschwinden. Wir stehen heute der Kombination großrussischer Machtpolitik und weltrevolutionärer Demokratie gegenüber. **„Und wer das nicht sieht und erkennt, der soll im Sandkasten spielen, statt sich mit Politik in diesem Jahrhundert zu beschäftigen."**

Zu dem Gewaltverzichtvertrag, den man hinter dem Rücken der Opposition und auch der Heimatvertriebenen herbeizuführen versucht, erklärte Strauß, daß auch die frühere Bundesregierung einen Vertrag über Gewaltverzicht angeboten habe, aber keinesfalls eine solche Lösung, die die feierliche Anerkennung der heutigen Realitäten als für immer gültig, für immer verbindlich und auf Ewigkeit unwiderrufbar erklärt. Bei entschiedener Ablehnung jeder Gewalt sind wir nicht bereit und dürfen wir nicht bereit sein, „auf die Verfolgung unserer legitimen Rechte und Freiheitsansprüche mit nicht gewaltsamen, d. h. friedlichen politischen Mitteln ebenfalls zu verzichten."

Schweigende Wahrheit gegen Politik der Regierung

Als besondere Zeichen der heute herrschenden Einstellung könne ein vorbereiteter Erlaß des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen gelten, in dem von Deutschland nicht mehr gesprochen werden soll, weil „zu unklar" sei, was man damit meine. „Für uns ist das nicht unklar. Wo die Freiheit steht, ist Deutschland heute!" Wenn der Bundeskanzler im Mai nach Rom fahre, so wolle er, Strauß, hoffen, daß man nicht abermals den Versuch machen wird, auf diesem Wege die bestehenden Diözesangrenzen durch den Vatikan ändern zu lassen, um damit Fakten zu schaffen, die unsererseits die offene Anerkennung dieser Linie als Grenze dann der jetzigen Regierung politisch erleichtert.

Wir können uns nicht mit einer Politik einverstanden erklären, die auf lange Sicht die Einheit Europas zerstört, die atlantische Gemeinschaft auflöst und die Hegemonie der Sowjetunion über Europa von Jahr zu Jahr weit über die Grenzen der Roten Armee hinaus fördern muß. Gegen diese Politik müssen wir unser Volk aufrufen, mit allen legalen politischen Mitteln, mit allen in einem Rechtsstaat möglichen Mitteln, damit die Regierung sich nicht dem Glauben hingeben kann, sie hätte die Mehrheit hinter sich, während in Wirklichkeit die schweigende Mehrheit gegen diese Politik ist. Es gelte in allen politischen Rängen und Reihen Freunde und Anhänger zu finden, die dem Gewissen und nicht Fraktionszwängen folgen und die sich auch verlockenden personellen Angeboten nicht beugen und die sich nicht aus Bonn abschieben lassen. Diese Bundesregierung werde bald an den Punkt gelangen, wo man entweder sagen muß, es geht nicht weiter, wir sind gescheitert mit der Politik, oder wo man, um einen Erfolg in der Optik nach Hause zu bringen, Rechte und Positionen preisgibt, die dann unwiderruflich verloren sind.

„Und das ist doch" — so erklärte Franz Josef Strauß unter dem Beifall der Fünfzigtausend — „die entscheidende Frage dabei. Und diese Regierung muß umkehren oder verschwinden, bevor der Punkt erreicht ist, von dem es keine Umkehr auf diesem Wege mehr gibt."

Mit großem Ernst unterstrich Strauß die Absicht, sich mit allen Frauen und Männern aller politischen Richtungen solidarisch zu erklären, die 1. die Einheit Deutschlands, 2. die Gemeinschaft der atlantischen Gemeinschaft, 3. die Hand der Versöhnung gegenüber dem Osten, aber 4. unser Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung mit derselben Energie, mit derselben Zähigkeit und mit längerem Atem vertreten, als unsere kommunistischen Gegenspieler unsere Unterwerfung verlangen.

Die Stimme des Gewissens

H. W. — Die beiden Männer, die in der letzten Bundestagsdebatte nur knapp zwei Meter voneinander getrennt waren, Willy Brandt und der Baron von und zu Guttenberg, kommen sicherlich aus unterschiedlichen politischen Lagern, doch vereinte sie im Kriege eine Gemeinsamkeit: der Kampf gegen Hitlers Diktatur. Während der junge Brandt aus dem norddeutschen Lübeck nach Skandinavien ging, um sich dort als Publizist gegen Hitler einzusetzen, ging der Oberleutnant zu Guttenberg in britischer Kriegsgefangenschaft zum englischen Soldatensender, um von dort aus Widerstand zu leisten. Aus seiner inneren Einstellung gegen die Diktatur und sicherlich nicht unbeeinflußt davon, daß seine Familie am 20. Juli schwer betroffen wurde. Wenn vor bald acht Jahren der fränkische Baron den Kontakt zur Sozialdemokratie suchte, dann sicherlich, weil er meinte, durch eine Große Koalition die junge Demokratie und den freiheitlichen Rechtsstaat abstützen zu müssen. So sollte man annehmen, daß auch heute noch den Baron Guttenberg und die SPD Gemeinsames verbinde.

War es die Tatsache, daß ein schwerkranker Mann auf der Tribüne des Bundestages stand oder war es die Leidenschaft, mit der Baron Guttenberg seine Mahnung an die Bundesregierung vortrug, die die Mienen der Abgeordneten ernster werden ließ. Mit seinem beschwörenden Appell schlug Guttenberg tatsächlich das Haus in seinen Bann, als er den Bundeskanzler vor dem gefährlichen Weg warnte, den die Regierung eingeschlagen hat.

Der Mann, der wie Willy Brandt gegen die Diktatur Hitlers Widerstand geleistet hat, stellte bohrend die Frage: Würden wir denn heute Hitler anerkennen, wenn es ihm gelungen wäre, 37 Jahre durchzuhalten? Denn wenn wir die Forderungen Moskaus akzeptieren und die nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffenen Realitäten als rechtens anerkennen, dann beugen wir uns wieder den Forderungen einer anderen Diktatur und wir lassen es zu, daß die Sowjetunion die Vorherrschaft über ganz Europa gewinnen kann.

Diese Kapitulation vor den sowjetischen Forderungen — ganz gleich, welchen Namen oder welche Umschreibung man hierfür auch immer finden mag — würde in der Praxis bedeuten, daß aus Unrecht nur deshalb Recht würde, weil es bereits über zwei Jahrzehnte andauert. Der schwerkranke Abgeordnete zu Guttenberg, der noch einmal den Wunsch geäußert hatte, vor dem Parlament zu sprechen, richtete mit eindringlicher und mahnender Stimme an seine Kollegen die Frage: „Ich bitte jeden in diesem Hause zu prüfen — und dies gilt besonders für die SPD, der als Partei die Ehre gebührt, unter Hitler Tausende von Märtyrern gestellt zu haben: Wären wir heute bereit, unseren Frieden mit Hitler zu machen, wenn es ihm gelungen wäre, 37 Jahre durchzuhalten?"

Vor sich selbst und vor dem Parlament verneinte Baron Guttenberg diese Frage, als er die Antwort gab: „Ich sage nein, nein, dreimal nein! Und aus dem gleichen Grunde kann es keine Anerkennung für Ulbricht geben."

Schon einmal, so sagte Baron Guttenberg, ist die deutsche Demokratie zugrunde gegangen, weil die Grenze zwischen einem demokratischen Rechtsstaat und einem totalitären Regime verwischt wurde. Damals haben Guttenberg und Brandt — unabhängig voneinander — im Widerstand gegen die Diktatur gestanden. Heute mahnt Guttenberg den Kanzler, die Unterschiede zwischen hier und drüben nicht zu verwischen. „Sprechen Sie aus, was auszusprechen ist. Nennen Sie Terror Terror und Mord an der Mauer Mord. Es dürfen nicht die, die das tun, als unbelehrbare kalte Krieger hier verschrien werden."

Als unbelehrbaren kalten Krieger und als Nationalisten aber möchte man heute so gerne jeden abstempeln, der sich gegen Lösungen wendet, die letztlich nur einer Stärkung der sowjetischen Position dienen. Die machtvolle Kundgebung, mit der die Heimatvertriebenen am letzten Wochenende für Recht und Selbstbestimmung demonstrierten, läßt erkennen, daß die zwingende Mehrheit des Volkes, die mit einer solchen Politik nicht einverstanden ist, sich nunmehr stärker zu Wort zu melden beginnt. Die eindrucksvollen und beschwörenden Worte, die Baron zu Guttenberg an den neben ihm sitzenden Kanzler richtete, sind letztlich die Stimme eines Gewissens, von der jeder angesprochen wird, dem Verantwortung aufgetragen ist. Im Parlament und auch überall dort, wo man weiß, daß den Schwachen und Friedfertigen das Recht als letzte Waffe bleibt.

Noch fährt Walter Scheel nicht nach Moskau

Die Freien Demokraten wollen zunächst die Landtagswahlen am 14. Juni abwarten

Folgt man der Veröffentlichung in einer Massenzeitung, so hat der Parlamentarische Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Prof. Dahrendorf, hinsichtlich der künftigen Schritte der Bonner Ostpolitik die Forderung erhoben, daß man ganz klar sagen müsse, welchen Standpunkt die Bundesregierung klar und unmißverständlich einnimmt. Diese Äußerung Dahrendorfs ist um so bemerkenswerter, als der FDP-Politiker vor nicht allzu langer Zeit noch für ein Entgegenkommen gegenüber Pankow eingetreten ist. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Kasseler Begegnung ernüchternd gewirkt und dazu geführt hat, daß Dahrendorf heute klar darauf hinweist, daß nicht der Westen, sondern eben die Sowjetunion die Viermächtevereinbarung über Berlin gebrochen hat. In West-Berlin gibt es keine Bundeswehr, wohl aber paradiert in Ost-Berlin die Nationale Volksarmee. In der Bundesrepublik hat man sich aber bereits angewöhnt, nur noch von „West-Berlin" zu sprechen, während in Wirklichkeit ganz Berlin dem Viermächtestatut unterliegt.

Dahrendorf hat auch darauf hingewiesen, daß wir uns endlich einmal dazu finden sollten, unserer Meinung über die Verhältnisse in der DDR entsprechenden Ausdruck zu geben und den Mangel an elementaren bürgerlichen Rechten wie Pressefreiheit und Recht auf freie Wahlen zu verurteilen. Zum Thema des Vertrages mit Moskau sagte der Staatssekretär: „Wir müssen klarstellen, daß für uns jetzt und in Zukunft kein Abkommen mit der DDR oder sonstwem diskutabel ist, welches die freie Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands für alle Zeit unmöglich macht."

Während in der Bundestagsdebatte der kurz anwesende Außenminister Walter Scheel noch die Meinung vertrat, daß er bald nach Moskau reisen werde, um die Vertragsverhandlungen aufzunehmen, hat der Bundeskanzler wissen lassen, daß diese Reise nicht mehr vor dem 14. Juni, dem Termin der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und dem Saarland erfolgen wird. Eine derartige Entscheidung — ob des Kanzlers oder des Kabinetts — dürfte letztlich den Freien Demokraten nicht ungelegen sein. Ihnen, so heißt es in Bonn, sind doch gerade in den letzten Tagen nicht unerhebliche Bedenken gekommen, und zwar dahingehend, daß sich eine derartige Reise — nicht zuletzt auf Grund der von der Opposition im Parlament eingebrachten Argumente und Bedenken — auf das „Image" der Freien Demokraten auswirken könnte und man will sicherlich verhindern, daß eine solche Reise in die Überlegungen des Wählers, der am 14. Juni zu votieren haben wird, einbezogen werden könne. Wenn sich nämlich in der Bevölkerung der Eindruck verstärken sollte, daß der von der Regierung beabsichtigte Vertrag mit Moskau erhebliche Gefahrenmomente in sich birgt, dann müßte sich das zwangsläufig bei dem Wählergebnis des 14. Juni auswirken und hier scheinen die Freien Demokraten kein Risiko eingehen zu wollen. Sie wissen sehr wohl, daß es nicht leicht ist, die Position der letzten Wahlen zu halten.

Dabei hätte Außenminister Scheel, wenn er nach Moskau fahren sollte oder gefahren wäre, praktisch nur über den Vertrag zu befinden, über dessen Inhalt sich Staatssekretär Bahr und Außenminister Gromyko geeinigt haben. Egon Bahr hatte bei der letzten Parlamentsdebatte den Platz des Kanzleramtsministers Ehmke eingenommen und folgte von dort unbewegten Gesichts der Diskussion der Abgeordneten. Wie es heißt, soll Bahr nach Bonn einen ganz klaren Vertrag mitgebracht haben, an dem vielleicht noch geringfügige Änderungen möglich sind. Gromyko soll, wenn Bonn sich zu dem von Moskau erarbeiteten bzw. mit Bahr besprochenen Text entschließt, zur Unterzeichnung des Vertrages nach Bonn kommen. Sollte aber in diesem Vertrag davon ausgegangen werden, daß die Bundesrepublik auf eine friedliche Wiedervereinigung verzichtet, so stellt sich die Frage, wie es dann um jene Passage des Staatssekretärs Dahrendorf steht, derzufolge wir klarstellen müssen, „daß für uns jetzt und in Zukunft kein Abkommen mit der DDR oder sonstwem diskutabel ist, welches die freie Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands unmöglich macht".

Im Zusammenhang mit der Ostpolitik Bonns wird aus den USA berichtet, daß die Beunruhigung, die in amerikanischen Regierungskreisen über die Ostpolitik der Bundesregierung herrscht, inzwischen in ernste Besorgnis umgeschlagen sein soll. Man befürchtet zwar nicht, daß Bonn in einem Alleingang mit dem Osten Verträge abschließen könnte, die den Verträgen mit dem Westen entgegenstehen, vielmehr sind die Befürchtungen mehr innenpolitischer Natur. So glaubt man im republikanischen Lager, das Präsident Nixon nahesteht, Anzeichen dafür zu erkennen, daß die Ostpolitik Brandts mit den linksliberalen innenpolitischen Gegnern des Präsidenten abgesprochen sein könnte. Man weist darauf hin, daß die Verhandlungen, die die jetzige Bundesregierung führt, mit den unter Kennedy unternommenen Entspannungsversuchen übereinstimmten. Bekanntlich sind der Fraktionsvorsitzende der Demokratischen Partei im Senat, Mike Mansfield und der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des Senats, William Fulbright, die Repräsenten der linksliberalen Kräfte, die für eine Verringerung wenn nicht gar für einen Abzug der US-Truppen aus Europa eintreten. Nach Washingtoner Informationen soll Außenminister Gromyko als Äquivalent für ein Abkommen über den Gewaltverzicht die Entblößung der Bundesrepublik von allen Atomwaffen, auch solchen, die in amerikanischem Besitz sind, gefordert haben.

Anläßlich des NATO-Ministerrates in Rom wurde kommuniquiert, daß die Mitgliedsstaaten die Ostpolitik der Bundesregierung unterstützen und sicherlich liegt es selbst im Interesse der Vereinigten Staaten, wenn es zu einer Verständigung und damit zu einem Abbau des Rüstungswettlaufs kommen würde. Aber die deutschen Probleme sind in die Weltsituation eingebettet und die Bundesregierung wird immer nur so weit gehen können, als dies von dem amerikanischen NATO-Partner befürwortet wird beziehungsweise ihm vertretbar erscheint. Wenn tatsächlich vor dem Kasseler Treffen die Absicht bestanden haben sollte, eine Aufnahme der Bundesrepublik und der „DDR" in die Vereinten Nationen zu befürworten, so sind derartige Vorstellungen indirekt von den USA gestoppt worden. Von amerikanischer Seite wurde dabei die Begründung gegeben, die Mitgliedschaft in der UNO bedinge die völkerrechtliche Anerkennung des aufgenommenen Staates durch alle Mitgliedsstaaten, also auch durch die drei Westmächte, die durch den Deutschlandvertrag gehalten sind, die Wiedervereinigung Deutschlands zu unterstützen und alle Grenzfragen bis zu einem Friedensvertrag zurückzustellen. Mit der völkerrechtlichen Anerkennung der „DDR" würde aber auch die Viermächteverantwortung für ganz Deutschland zusammenbrechen, ebenso aber auch im Gegensatz zu der von Washington betriebenen Politik stehen, die Teilung von Staaten in freiheitliche und kommunistisch regierte Territorien nicht hinzunehmen, wie zum Beispiel in Korea, Vietnam und China.

Indem diese Komplexe angeleuchtet werden, wird aufgezeigt, wie verzahnt die Probleme der deutschen Teilung sind. Bonn, mehr als bisher auf engen Kontakt und Übereinstimmung mit seinen Verbündeten angewiesen, wird gut daran tun, alle Schritte besonders sorgfältig abzustimmen.

Amerikaner unterstützen Nixons Politik

Die Kongreßwahlen im November sind ein Test

Die amerikanischen Massenmedien — und nicht nur diese — hetzen gegen Präsident Richard Nixon wegen seiner Entscheidung, die militärischen Operationen auf Kambodscha auszudehnen. So schreibt zum Beispiel die „New York Times":

„Indem er amerikanische Truppen nach Kambodscha sandte, verwarf Nixon selbst seine eigene Doktrin in Südostasien und eskalierte einen Krieg, aus dem er sich immer mehr herauszuhalten versprach. Das ist nicht der ‚neue' Nixon, der sich im Wahlkampf als dem Frieden verbunden gab. Das ist der alte Nixon, der 1954 als Vizepräsident sagte, daß man amerikanische Truppen nach Indochina senden müßte, falls dies der einzige Weg wäre, die totale Herrschaft der Kommunisten zu verhindern." Das Blatt spricht von der „militärischen Halluzination des Sieges durch Eskalation".

Nixon selbst erklärte in seiner Rede über das amerikanische Fernsehen, daß zwischen den Entscheidungen von Woodrow Wilson, Franklin D. Roosevelt und Dwight D. Eisenhower, die zu den Siegen der amerikanischen Kriege führten und seine Entscheidung — die freilich von einer anderen Größenordnung sei — ein großer Unterschied bestehe: „In jenen Entscheidungen wurde das amerikanische Volk nicht von Ratschlägen des Zweifels und der Niederlage überschüttet, die von einigen der bekanntesten Meinungsmachern dieses Landes kommen."

Inzwischen erzielte die amerikanische Regierung einen Abstimmungssieg im Repräsentantenhaus. In einer emotial geführten Debatte kam es zu einer Niederlage des Gesetzesantrages, den Fonds für den weiteren Ausbau der Antiraketen zu streichen. Die Abstimmung brachte 131 gegen 85 Stimmen. Für die ABM-Raketen sind 660 Millionen Dollar vorgesehen. Die Liberalen hatten argumentiert, man solle das Geld lieber für soziale Zwecke ausgeben, denn im Verteidigungsministerium werde es verschwendet. Die Anhänger der Regierung wiesen jedoch darauf hin, daß die Sowjets ihr nukleares und nichtnukleares Arsenal vergrößern.

Das Volk selbst unterstützt den Präsidenten. Nach einer Erklärung des Presseassistenten von Richard Nixon, Ronald M. Ziegler, stehen Pro- und Kontraanrufe und Telegramme im Verhältnis 6 : 1 zugunsten von Nixon. Einem Umfrageergebnis der linksliberalen Fernsehgesellschaft CBS zufolge sind die Amerikaner im Verhältnis 2 :1 für Präsident Nixon. Die Amerikaner haben genug von einer unentschiedenen Kriegsführung, von den ständigen kommunistischen Drohungen und Gefahren, von den endlosen Verhandlungen, von den Studenten, vom prokommunistischen Fernsehen und vom Kommunismus überhaupt.

Präsident Nixon hat die so denkenden Amerikaner mit seiner Fernseherklärung zum Einmarsch in Kambodscha angesprochen. Wie groß ihre tatsächliche Zahl ist, werden die Kongreßwahlen im November dieses Jahres zeigen.

Deutsche Teilung ist Bombe mit Zeitzünder

Gewandelte Meinung: Strauß zitierte im Bundestag Wehner aus dem Jahre 1963

„Verzicht ist Verrat, wer wollte das bestreiten: Hundert Jahre SPD heißt vor allem Hundert Jahre Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Das Recht auf Heimat kann man nicht für ein Linsengericht verhökern — niemals darf hinter dem Rücken der aus ihrer Heimat vertriebenen oder geflüchteten Landsleute Schindluder getrieben werden!

Das Kreuz der Vertreibung muß das ganze Volk mittragen helfen: Vertriebene und geflüchtete Landsleute sind keine Bürger zweiter Klasse, weder in der Wirtschaft noch in der Gesellschaft. Daß es ihr Ernst damit ist, hat die SPD bewiesen. Der Wiedervereinigung gilt unsere ganze Leidenschaft. Wer an diesem Feuer sein kleines Parteisüppchen zu kochen versucht, kann vor dem Maßstab der großen Geschichte nicht bestehen."

Diese Feststellung traf der sozialdemokratische Parteivorstand in einem Aufruf, der zum Deutschlandtreffen der Schlesier vom 7. bis 9. Juni 1963 veröffentlicht wurde.

Erich Ollenhauer, Willy Brandt und Herbert Wehner, die sich zu Breslau, Oppeln, Gleiwitz, Glogau und Grünberg bekannten als zu lebendigen Erinnerungen, „die in den Seelen von Generationen verwurzelt sind und unaufhörlich an unser Gewissen klopfen", wollten mit diesem Aufruf 1963 sich sicherlich namens der SPD — vor allem den Vertriebenen gegenüber — als Hüterin nationaler Interessen anpreisen. Das „Deutschland-Magazin" knüpft hieran die Folgerung: Was Brandt und Wehner damals und alle Jahre danach beschworen haben und womit man die Wähler fing, wurde jedoch sofort nach der „Machtergreifung" über Bord geworfen. Wie ihre heutige politische Haltung zu beurteilen ist, haben sie in dem vorstehenden Dokument von 1963 eindeutig gesagt . . .

In der gleichen Festschrift ist außerdem ein Artikel von Herbert Wehner erschienen mit der Überschrift: „Wir wollen nicht verzichten." Darin ironisierte Wehner jene Leute, die sich angeblich „Realitäten" beugen. Fast mit den gleichen Worten beschimpft der SPD-Politiker, die sich diesen „Realitäten" nicht beugen wollen. Damals nannte er „eine Bombe mit Zeitzünder" jene Politik, die er und Brandt heute betreiben. Sind Politiker, die sich derart grotesk widersprechen, überhaupt noch glaubhaft?

So argumentierte Herbert Wehner in dem erwähnten Festbeitrag vom Jahre 1963: „In jedem Falle, die die sowjetische Politik mit den Noten vom 27. 11. 1958 und vom 10. 1. 1959 bietet, geht es um ein Teilungsdelikt und nicht, wie sie sagen, um einen Friedensvertrag. Aus diesem Grund sind bei uns die Fronten der politischen Auseinandersetzung nicht mehr Fronten des Streites darüber, ob dieses oder jenes geschehen oder anders geschehen sollte, um zur Wiedervereinigung zu kommen, sondern es sind Fronten, deren eine sich damit abfinden möchte, was man die „Realitäten" nennt, und deren andere die Realität des Anspruches des Deutschen auf das Recht der Selbstbestimmung ins politische Feld führen will, mit all den Schwierigkeiten und all den Notwendigkeiten, die sich aus einem so großen politischen Vorhaben ergeben. Da aber möchte ich sagen:

Wir verzichten als Deutsche im freien Teil Deutschlands auf keinen unserer Ansprüche; weder auf den als ein Volk in einem demokratischen Staat zu leben noch auf den, daß die Grenze in einem Friedensvertrag mit einer Vertretung des ganzen deutschen Volkes festzulegen ist.

Das sind unsere beiden Ansprüche, die wir nicht etwa deswegen aufgeben, weil wir unverbesserlich Gestrige wären, sondern weil wir uns mit aller Bescheidenheit, die uns ansteht, mitverantwortlich fühlen für die Zukunft nicht nur des eigenen Volkes, sondern auch Europas und darüber hinaus.

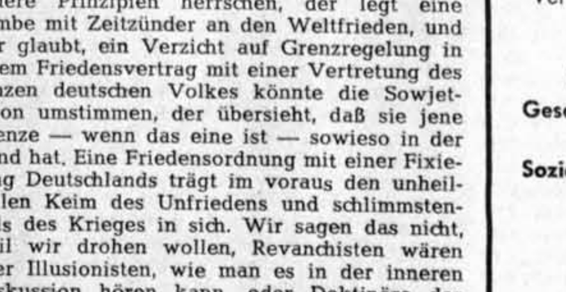
Wer eine Deutschlandregelung für möglich hält, bei der unter dem Druck von Macht und Gewalt Deutsche heucheln, auch sie seien damit einverstanden, daß in einem Teil Deutschlands russische und in einem anderen Teil andere Prinzipien herrschen, der legt eine Bombe mit Zeitzünder an den Weltfrieden, und wer glaubt, ein Verzicht auf Grenzregelung in einem Friedensvertrag mit einer Vertretung des ganzen deutschen Volkes könnte die Sowjetunion umstimmen, der übersieht, daß sie jene Grenze — wenn das eine ist — sowieso in der Hand hat. Eine Friedensordnung mit einer Fixierung Deutschlands trägt im voraus den unheilvollen Keim des Unfriedens und schlimmstenfalls des Krieges in sich. Wir sagen das nicht, weil wir drohen wollen, Revanchisten wären oder Illusionisten, wie man es in der inneren Diskussion hören kann, oder Doktinäre des formalen Rechts. Aus keinem dieser Gründe, das kann man für die deutsche Politik sagen, für die Politik der Bundesregierung unbeschadet der Regierungskonstellation, das kann man für die Bevölkerung sagen und das gilt auch für die Organisationen und Verbände der Heimatvertriebenen, die in ihrer Charta seinerzeit gesagt haben, daß wir das, was wir nicht anerkennen, weil es Unrecht ist, nicht mit Gewalt ändern wollen und uns unser Recht nicht mit Gewalt holen wollen.

Aber Verzicht auf Gewalt heißt doch nicht Anerkennung der Gewaltakte anderer oder Besiegelung solcher Gewaltakte durch Resignation gegenüber fremder Gewalt."



Wie andere es sehen:
„Wie das wächst, wie das blüht . . . !"

Zeichnung aus „Die Welt"



Das Ostpreußenblatt

Herausgeber:
Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Chefredakteur:
Hugo Wellems
Verantwortlich für den politischen Teil

Stellv. Chefredakteur:
Ruth Maria Wagner
Kultur, Unterhaltung, Frauenseite

Geschichte, Landeskunde und Aktuelles:
Hans-Ulrich Stamm

Soziales, Jugend, Heimatkreise, Gruppen:
Horst Zander

Bonner Redaktion:
Clemens J. Neumann

Anzeigen:
Heinz Passarge

Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen.
Bezugspreis monatlich 2,40 DM.
Postscheckamt Hamburg 84 26.
Verlag, Redaktion, Anzeigenabteilung: 2 Hamburg 13, Parkallee 86.
Telefon 45 25 41 / 42.
Bankkonto: Hamburgische Landesbank, Girozentrale. Konto-Nr 192 344.
Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Für Rücksendung wird Porto erbeten.
Postscheckkonto für Anzeigen: 907 00 Postscheckamt Hamburg.
Druck: Gerhard Rautenberg, 295 Leer Norderstraße 29/31 Ruf Leer 04 91/42 88

Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 16

Bonn, Sonnabend, 30. Mai, 17 Uhr — die Kundgebung des Bundes der Vertriebenen auf dem Marktplatz ist beendet. Wir schalten den Rundfunk ein und reiben uns die Augen: sind wir nicht dabei gewesen oder wem ist der Rundfunk aufgesessen? In einer ersten kurzen Berichterstattung über die Manifestation der deutschen Heimatvertriebenen spricht der Rundfunk von 10 000 Menschen, die in Bonn zusammengekommen seien. Die Versammlungsleitung hatte die Zahl mit 55 000 angegeben — haben sich über 40 000 Menschen bereits verflüchtigt, in Luft aufgelöst, bevor die Meldung in das Rundfunkstudio kam? Wenn man bei der Zahl von 10 000 bleibt, dann zeigt man, wie es gemacht wird: daß nicht sein darf, was nicht sein soll.

Und doch war es so: über 50 000 Menschen drängten sich auf dem Bonner Marktplatz, Männer, Frauen, Jugend, Kopf an Kopf, aber nicht nur auf dem Marktplatz, auch in den anschließenden Straßen staut sich die Menge. Die auf dem Marktplatz blicken auf das Rathaus, vor dem die Fahnen der ostdeutschen Länderprovinzen aufgezogen sind, blicken auf das Spruchband „Wer Gewalt anerkennt, verliert den Frieden" und auf jenes Transparent, das man vor die Rednertribüne gespannt hat: „Die Anerkennung der Grenze an Oder und Neiße ist ein Verbrechen am deutschen Volk." Natürlich, wieder eines jener Schlagworte, das die kalten Krieger aus der Adenauer-Zeit sich aufgehoben haben. Nein, keineswegs — es stammt nicht von Adenauer. Herbert Wehner hat dieses Wort im Jahre 1950 ausgesprochen und heute steht es mahnend vor den Verantwortlichen unserer Politik.

Nur ein Anfang

Sie sind von überallher gekommen. Autobusse mit den Kennzeichen aus Husum, aus Berlin und aus München zeigen, daß die Heimatvertriebenen die Forderung der Stunde verstanden haben, und so darf man annehmen, daß sie auch Rudolf Wollner verstanden haben, der in seinem Schlußwort alle aufrief, in ihren Orts- und Kreisverbänden Aktionsgruppen zu bilden und weiterzugeben, was sie in Bonn erlebt und gehört haben.



Dr. Herbert Czaja, auf dem Bonner Marktplatz:

„Menschliche Beziehungen enger gestalten."

Foto dpa

Teufelskreis des Unrechts sprengen

BdV-Präsident Dr. Herbert Czaja ruft zur Solidarität aller Deutschen auf

Geduldig und diszipliniert stehen die Zehntausende, um für Recht, Freiheit und Einigkeit zu demonstrieren. Vielleicht haben die Kräfte der APO diesmal ein gutes Gespür gehabt, das ihnen eingab, sich mit den Heimatvertriebenen nicht anzulegen, und der kleine Störtrupp, der sich auf dem Marktplatz produzierte, war nichts anderes als der „Krakeeler vom Dienst", der nun heute einmal dazu gehört. Einen Effekt konnten die Schreier allerdings erzielen. Ihr mageres „Strauß raus" fand ein gewaltiges Echo „Strauß bleibt hier!"

Wer annimmt, daß die Tausende etwa gekommen waren, weil sie selbst nicht wußten, warum — so wie es irgendein Artikelschreiber in einer Sonntagszeitung durchblicken ließ, der hat die Transparente nicht gelesen, die den Platz um den Bonner Marktplatz beherrschten. Empörung und Spott — Mahnung und Warnung zugleich, einfache Reime wie „Gott beschütze ostdeutsches Land — vor Duckwitz, Bahr, Wehner und Brandt." Und während der Kundgebung, bei den trefflichen Reden von Präsident Dr. Czaja und vor allem bei Franz Josef Strauß Begeisterung und Beifall, zugleich auch harte Ablehnung des von der Regierung Brandt eingeschlagenen Weges.

Vom Sinn des Widerstandes

Gerade, weil in letzter Zeit immer wieder von interessierter Seite darauf abgehoben wurde, bei den Vertriebenen handele es sich nur noch um eine Gruppe von Funktionären, auf die man keine Rücksicht mehr zu nehmen brauche, kommt dieser Kundgebung ein besonderer Wert zu, und auch diese Bundesregierung wird die Manifestation der Heimatvertriebenen nicht einfach übersehen können.

Dieses Bekenntnis der Fünfzigtausend hat, wie Präsident Dr. Czaja unterstrich, gezeigt, daß die Heimatvertriebenen nicht resignieren und daß sie den Mut haben und die guten Gründe nennen, die Mehrheiten in unserem Volk zu überzeugen. „Wir sind hier, um legalen Widerstand anzukündigen gegen eine drohende geschichtliche Niederlage für unser Volk, für alle freien Völker und alle freien Europäer. **Wir rufen zum legalen Widerstand auf gegen den Versuch eines Festschreibens einer polnischen Westgrenze an Oder und Neiße seitens führender Politiker mehrerer Parteien in der Bundesrepublik Deutschland.**"

Die Glocken von Königsberg und Breslau hatten die eindrucksvolle Kundgebung eingeläutet, auf der Dr. Herbert Czaja den Verantwortlichen in Bonn die politischen Vollmachten bestritt, eine Festschreibung der polnischen Westgrenze vorzunehmen. Denn Besetzung und Okkupation können nur durch frei vereinbarte friedensvertragliche Regelungen abgelöst werden.

Die Heimatvertriebenen stehen für das Recht ein. Das aber kann nicht als falscher Nationalismus oder als „nationalistische" Mißtöne gedeutet werden.

„Mißtöne bringen jene hervor" — so sagte Dr. Czaja — „die uns nicht einmal anhören und die uns pauschal von vornherein verurteilen. Oft brauchen sie eben einen Prügelknaben zur Verschleierung ihres politischen Versagens.

„Warum nennen diese Ankläger nicht auch den nationalistisch getarnten Ausdehnungsdrang der dünnen kommunistischen Führungsschicht bei unseren Nachbarn mit dem richtigen Namen?"

Mit Nachdruck wandte sich Czaja gegen den Versuch, die unter dem Nationalsozialismus begangenen Verbrechen als Vorwand oder zur Begründung nationaler oder ideologischer Großmachtträume zu verwenden. Tatsächliche oder angebliche deutsche Rechtsbrüche von gestern können nicht Grund der Vollziehung weiterer Rechtsbrüche sein. „So kommen wir aus dem Teufelskreis des Unrechts nicht heraus."

„Es geht nicht nur um Territorien. Es geht um die Anerkennung und Legalisierung der Massenvertreibung. Wir dürfen es nicht zur Selbstverständlichkeit werden lassen, daß Massenvertreibungen ein Mittel der Politik sind. Wir müssen aber auch die Scheinargumente zerpflücken, die das Unrecht noch moralisch tarnen wollen."

Wenn man heute versucht, die Grenzen in Osteuropa festzuschreiben, so sei das ein Verstoß gegen das von unserem gesamten Staatsvolk einmal auszuübende Selbstbestimmungsrecht, es verstoße aber ebenso gegen das freie Selbstbestimmungsrecht der östlichen Nachbarn über ihre Grenzen. Ein völliger deutscher Verzicht wird bei unseren Nachbarn selbst als unglaubwürdig empfunden und gibt ihnen kein Gefühl der Sicherheit. Gerade die Ostdeutschen aber treten auch für die Freiheit und die Würde ihrer östlichen Nachbarvölker ein.

Dauerhafter Ausgleich kann nicht dort sein, wo dem einen alles gegeben, dem anderen aber alles genommen wird. Für die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie wird die Sowjetunion uns gar nichts geben. Vielmehr wird das weitere Ziel ganz klar angesteuert: das Festschreiben der Elbe-Linie, die Auflösung Deutschlands, das Eingriffsrecht in unser inneres Gefüge, in unsere Ordnung und in unsere Freiheit. Es werden weiterhin uferlose finanzielle Forderungen nach Entschädigung an alle Nachbarn des Ostblocks auf uns zukommen, und man wird versuchen, gegen unsere gesunde Wirtschaft anzugehen.

„48,5 Prozent der Stimmen, die für die derzeitigen Regierungsparteien abgegeben worden sind, rechtfertigen noch nicht eine entscheidende Wende in der deutschen Außenpolitik!"

Wir müssen es auch unseren Nachbarn offen sagen: Sie können sich nicht auf die Dauerhaftigkeit von Abmachungen verlassen, die nur von geringen Mehrheiten eines Teiles unseres Staatsvolkes gestützt werden.

„Es ist vor allem aber auch eine politische Torheit, weil uns nichts dazu zwingt, heute weiter zu gehen als in Potsdam! Nur leichtfertige Politiker sprechen von ‚tatsächlichen Grenzen' an Oder und Neiße. Grenzen entstehen durch Verträge. Im Osten Deutschlands gibt es noch keine neuen Grenzpfähle. Nicht wir, Polen erhebt territoriale Forderungen!

Wir begeben uns ohne geschichtliche Notwendigkeit in eine Gefahr von geradezu geschichtlichem Ausmaß. Diese droht nicht nur uns, sondern allen freien Europäern. Deshalb rufen wir zur Verhütung dieser Gefahr die Mitglieder des Parlaments auf, solchen Abmachungen die einfache Mehrheit zu verweigern und ihnen vor allem auch die notwendige verfassungsändernde Mehrheit zu versagen."

Der Bund der Vertriebenen ruft unser ganzes Volk, er ruft die Regierung zur Solidarität mit dem Selbstbestimmungsrecht der Deutschen und den Menschenrechten, auch der Vertriebenen und Flüchtlinge, auf. Die Verantwortung für die scharfe Auseinandersetzung in unserem Volk fällt auf diejenigen zurück, die nicht mehr Recht und Gerechtigkeit verteidigen, wie es ihre Amtspflicht ist.

Bekenntnis zu Europa

Wenn sich solche Akte der Anerkennung der Gewalt im Parlament durchsetzen würden, müßten die Heimatvertriebenen alles tun, um die Rechtmäßigkeit solcher Entscheidungen bei innerdeutschen und internationalen Gerichten zu bestreiten.

Unrecht hat auf die Dauer keinen geschichtlichen Bestand. Ungerechte Abmachungen sind nicht endgültig und dauerhaft. Wir werden im geschichtlichen Ablauf mit aller Kraft des Geistes und mit aller Geschicklichkeit des politischen Strebens ihre Änderung, ihre Revision betreiben.

Lange, bevor viele, die heute laut in Versöhnung tun, sich um Deutschlands östliche Nachbarn kümmerten, haben die Heimatvertriebenen in ihrer Charta auf Haß, Rache und Vergeltung verzichtet.

Die Heimatvertriebenen stehen zu freien, europäischen Lösungen im Zusammenleben, auch in umstrittenen Gebieten und in Gebieten größerer Bevölkerungsverschiebungen, wenn auf weite Sicht die weltpolitische Entwicklung ein freies Zusammenleben in Europa nicht versperrt.

Präsident Dr. Czaja hob hervor, daß schon unter seinen Vorgängern der BdV sich zu einer vertieften wirtschaftlichen Zusammenarbeit, selbst unter wirtschaftlichen Opfern, für die Partnerschaft, zu einer Normalisierung der Beziehungen zwischen den Menschen, zur freien Begegnung von Kaufleuten, Technikern und Fachleuten in gemeinsamer Zusammenarbeit auf Zeit und Freiheit auch in der Heimat bekannt hat. Aus einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit könnten neue Formen des freien Zusammenlebens erwachsen. Nur dürfe dies nicht mit ungerechten Grenzregelungen verbunden sein.

„Wir erleben heute eine dramatische Stunde Europas. Eine Mischung von phantasievollen Journalisten und von Träumern sozialistisch perfekter Utopien droht den Frieden und die Freiheit wenn nicht zu verspielen, so doch zu verzögern und die Zwangsherrschaft festzuschreiben."

Kurzsichtig will man bei den Verbündeten nicht deutscher sein als die Deutschen und sich die deutschen Sorgen vom Halse halten; höflich nickt man zu unserer Ostpolitik, obwohl man innerlich um ihre Gefahren weiß.

„Uns und den europäischen Völkern fehlen in diesen dramatischen Stunden Europas vorerst, Gott sei es geklagt, die großen europäischen Staatsmänner. Uns fehlt auch weitgehend die echte Sachkunde der osteuropäischen Probleme."

Noch einmal kam Präsident Dr. Czaja auf den Sinn dieser Kundgebung zurück. Es gelte heute die Massengesellschaft aufzurütteln. Dieser Aufgabe haben wir uns verschrieben, und „darin sind wir wirklich Funktionäre, die ihre Pflicht erfüllen — in ihrem Volke und in Europa. Darin sind wir gestaltende Kräfte und nicht im Schmollwinkel der Nation."

Er glaube aber auch, daß wir die überwältigende Mehrheit der Deutschen und der freien Europäer davon überzeugen können, daß mit einem Ausverkauf der Freiheit und der Menschenrechte der Friede nicht gesichert ist!

„Wir erklären daher mit großem Ernst: Wir sind keine Revolutionäre, wir bejahen unsere demokratische Ordnung, aber wir werden Abmachungen, die gegen das natürliche Recht, gegen das Völkerrecht und das Grundgesetz verstoßen, nicht anerkennen! Wir werden ihre Gültigkeit mit allen politischen und demokratischen Mitteln bekämpfen.

Für unteilbare Freiheit

Vereinbarungen bezüglich des Territoriums von ganz Deutschland kann und soll die Bundesrepublik nicht treffen! Über die Grenzen Deutschlands können und sollen Mehrheiten der ganzen Staatsnation nach Ausschöpfung aller vorhandenen Verhandlungsmöglichkeiten frei entscheiden. Wir brauchen und suchen dafür die Unterstützung unserer Verbündeten zur Befriedung Europas.

Die Menschen- und Gruppenrechte aller Menschen, aber auch der Vertriebenen sind in jedem Falle unabdingbar! Dazu gehören auch die Menschen- und Gruppenrechte der Freizügigkeit von und zum angestammten Wohnsitz und der freien Entfaltung daselbst als einzelner und in der Gruppe, also auch das Recht auf die Heimat! Gegen den Willen der Betroffenen können diese durch keine Entscheidung von Mehrheiten außer Kraft gesetzt werden!

Wir werden ununterbrochen für eine freie und gesicherte Zusammenarbeit der Menschen und Gruppen in einer gerechten und gesicherten europäischen Ordnung, auch für unsere angestammte Heimat, eintreten!

Wir versprechen es auch den anderen Völkern, daß wir das Festschreiben jeder Unfreiheit nicht unterstützen werden. Wir werden nicht aufhören, mit friedlichen und legalen Mitteln zu versuchen, entgegenstehende Abkommen, auch solche über die Oder-Neiße-Linie, wenn sie zustande kämen, im geschichtlichen Ablauf zu ändern und einer Revision zu unterwerfen."

Meine lieben Landsleute! Man sucht nach einem Vorwort für einen deutsch-polnischen Vertrag. Wir sind nicht gegen die Normalisierung der menschlichen Beziehungen, wir sind auch nicht dagegen, daß die Leiden beider genannt werden. Wir können aber einige Ratschläge für das umstrittene Vorwort geben: beispielsweise den, daß der im August 1939 zwischen der russischen und der deutschen Diktatur geschlossene Teilungsvertrag für nicht mehr gültig erklärt würde. Man will uns ja zur Nichtigerklärung des völkerrechtlich vollzogenen, größtenteils von anderen geschlossenen Münchner Abkommens von vornherein und damit entgegen jedem Völkerrecht zur Legalisierung von Vertreibungen zwingen. Sonderbarerweise aber fordert man nicht, daß dieser Teilungsvertrag über Polen, an dem auch Stalin beteiligt war, für die Zukunft nicht mehr wirksam sein soll!

„Und wir schlagen vor, daß nicht nur die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch in Polen, und zwar alle, Deutsche und Polen, im Schutze der Europäischen Konvention der Menschen- und Gruppenrechte und der darin vorgesehenen internationalen Kontrollen bei der Durchsetzung der Menschenrechte stehen sollen!

Auf dieser Grundlage soll man die wirtschaftliche Zusammenarbeit vertiefen, die menschlichen Beziehungen enger gestalten und das Aneinanderrücken auf weite Sicht wachsen lassen."

Noch am 2. Juli 1967 hat sich der damalige Bundesaußenminister Willy Brandt für ähnliche Alternativen ausgesprochen. Er wandte sich damals gegen den sterilen Status quo. Er sprach sich für das Einebnen der Grenzen im Osten und für neue Formen der Zusammenarbeit in den umstrittenen Gebieten aus: für verwirklichte Menschenrechte und gesicherte Volksgruppenrechte. Ich möchte hier eindeutig betonen, nicht wir haben unsere Meinung dazu geändert!

Wir bedauern, daß der damalige Weg, den er als Grundvorstellung einer europäischen Friedensordnung im amtlichen Presseorgan der Bundesregierung bezeichnete, offensichtlich im entscheidenden Augenblick nicht mehr vertreten wird.

Auch diese unsere Kundgebung, auch diese unsere Aussagen zu Alternativen wird man diffamieren.

Wir glauben aber, diesen Weg gehen zu müssen. Uns treibt die Sorge um die Freiheit und einen echten, dauerhaften Frieden. Wir gehen diesen Weg mit gutem Gewissen! Wir gehen ihn in der Liebe zu unserem Volk und in der Achtung vor der Würde unserer Nachbarn!

„Wir wollen uns alle geloben: Wir bleiben fest im Kampf gegen die Unfreiheit, im Kampf für einen gerechten Frieden! Wir rufen aber auch unser Volk zu Solidarität und Einigkeit auf, für Recht und Freiheit der Deutschen, für Recht und Freiheit der Völker in Europa, für Recht und Freiheit aller freien Europäer!"

Wie Meinungsforschung gemacht wird

Ein neuer Beweis für die fragwürdige moralische Einstellung gewisser Meinungsmacher

Die hamburgische Illustrierte „stern" bemüht sich seit einigen Jahren mit ganz besonderem Eifer darum, den Nachweis zu führen, daß die öffentliche Meinung in Westdeutschland im großen und ganzen von der politischen Sehnsucht nach einer möglichst unverzüglichen und uneingeschränkten Anerkennung der Oder-Neiße-Linie geprägt sei. Die zu diesem Zwecke angewandte Methode ist die sogenannte Meinungsforschung oder Repräsentativbefragung, deren Ergebnisse bei Büros und Institutionen dieses einträglichen Gewerbes in Auftrag gegeben werden. Da wird beispielsweise danach gefragt, wie sich wohl in ferner Zukunft die politische Lage ausnehmen mag, und es wird dabei nicht selten den Fragen jene Form gegeben, daß mit einiger Sicherheit eben die gewünschten Resultate herausspringen, die dann veröffentlicht und zudem noch willkürlich ausgedeutet werden.

Genau das hat der „stern" erneut in seiner Ausgabe vom 24. Mai 1970 praktiziert. Dort wurde zunächst vermeldet, das Allensbacher Institut für Demoskopie habe ermittelt, nun seien sogar 72 v. H. der Bewohner der Bundesrepublik zu der Überzeugung gelangt, Pommern, Schlesien und Ostpreußen seien „für immer verloren", wohingegen nur 28 v. H. anderer Ansicht oder „unentschieden" seien. Das ist fürwahr ein durchaus „schlüssiger" Beweis für die Prophetengabe der Befragten, wobei außerdem noch bemerkenswert ist, daß der für die Berichterstattung aus Bonn zuständige „stern"-Redakteur Manfred Bissinger hinzufügte, die politische Hellseherei sei unter der Koalitionsregierung Brandt-Scheel, also im letzten halben Jahr, ungemein gefördert worden, indem sich nämlich in diesem Zeitraum die Zahl derjenigen, welche Ostdeutschland als für ewig verloren halten, um vier Prozent erhöht habe.

Wenn man in Betracht hält, daß nach der Definition Immanuel Kants schon das Meinen an sich nichts als ein „sowohl subjektiv als auch objektiv unzureichendes Fürwahrhalten" ist, — welches Urteil natürlich noch mehr ins Gewicht fällt, wenn es sich um Zukunftsprognosen bis an das Ende aller Tage handelt —, stellen diese Prozentsätze keineswegs ein im Sinne der vom „stern" propagierten Verzichts- und Anerkennungspolitik irgendwie relevantes „Ergebnis" dar. Aber es ist auch sonst nicht glaubwürdig. Der „stern" hat nämlich als weiteres Repräsentativbefragungsresultat mitgeteilt, im Mai 1970 hätten sich 57 v. H. der Betragten dafür erklärt, daß man sich mit der „jetzigen deutsch-polnischen Grenze — der Oder-Neiße-Linie — abfinden" solle, während sich hierzu 43 v. H. ablehnend oder gar nicht geäußert hätten. Der Unterschied zwischen den beiden Produkten der Allensbacher Fabrik ist also erstaunlich: Obwohl 72 v. H. die Oder-Neiße-Gebiete als „für immer verloren" betrachten, sind doch 15 v. H. weniger der Meinung, „wir" sollten uns mit dem „abfinden", was doch sowieso für immer und ewig erledigt sein soll. Diese Meinungsbefragung legt also die Vermutung nahe, daß die beauftragten Meinungsbefrager die Antworten selbst im stillen Kämmerlein in die Fragebögen eingetragen haben.

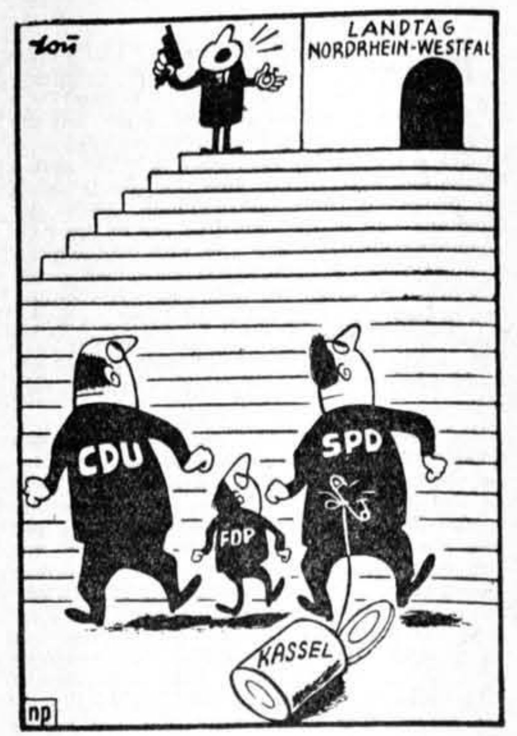
Manfred Bissinger aber interpretierte das letztere „Ergebnis" — 57 v. H. seien dafür, daß man sich mit der Oder-Neiße-Linie „abfinden" sollte — dahingehend, daß diejenigen Parteien, die eine „Anerkennung" der Oder-Neiße-Linie befürworteten, den „weitaus größten Teil der Wähler auf ihrer Seite" hätten. Warum in aller Welt hat dann der „stern" Allensbach nicht beauftragt, ehrlich die Frage zu stellen: „Meinen Sie, wir sollten die jetzige deutsch-polnische Grenze — die Oder-Neiße-Linie — anerkennen oder nicht anerkennen?" Man hat aber nur gefragt, ob man „sich abfinden" solle, was etwas ganz anderes ist als eine Anerkennung. Das eine ist passives Verhalten, das andere eine ganz bestimmte verzichts- und anerkennungspolitische Aktivität. So also wurde hier manipuliert — bereits in der Fragestellung (denn die Oder-Neiße-Linie ist doch gar keine völkerrechtlich gültige „Grenze") und sodann nochmals in der „Interpretation" des „stern"-Redakteurs Bissinger.

Die Manipulationskünste — übrigens wurde verheimlicht, wie groß der Kreis der Befragten war — erstreckten sich auch auf die dritte veröffentlichte Meinungsumfrage, die das Problem des „Heimatrechts" der Polen in den Oder-Neiße-Gebieten zum Gegenstand hatte. Die Frage lautete: „Manche Leute sagen, daß nicht nur wir einen Anspruch auf ehemals deutsche Gebiete haben, die jetzt polnisch sind, sondern daß auch die polnischen Familien, die dort hinziehen mußten, oder die jungen Polen, die dort geboren sind, heute ein Heimatrecht dort haben. Würden Sie sagen, auch die Polen haben inzwischen ein Heimatrecht in diesen Gebieten erworben, oder haben sie keins?" Darauf sollen 69 v. H. aller Befragten — 72 v. H. der Einheimischen und 61 v. H. der Vertriebenen — geantwortet haben „Die Polen haben inzwischen ein Heimatrecht dort", während 31 v. H. dies verneint oder sich „unentschieden" geäußert hätten (bei den Vertriebenen 39 v. H. und bei den Einheimischen 28 v. H.).

Sehen wir einmal davon ab, daß die Frage suggestiv formuliert wurde, — es ist von „polnischen Familien" die Rede, nicht von den „Familien der Heimatvertriebenen aus Ostdeutschland", wie auch nach dem Heimatrecht der gezwungenermaßen zugewanderten und der in den Oder-Neiße-Gebieten gebürtigen Polen gefragt wurde, während in der „Auswertung" auf das Heimatrecht „der Polen" überhaupt abgehoben wird —, so hat diesem Umfrageergebnis nichtsdestoweniger wegen des hohen Prozentsatzes der Heimatvertriebenen, die das Heimatrecht von Polen bestimmter Kategorien jenseits von Oder und Neiße anerkannt haben, eben den Beweis für die absolute Glaubwürdigkeit der beständigen Versicherungen der Sprecher der Ostvertriebenen erbracht, daß keineswegs irgendwelche Vertreibungen aus den Oder-Neiße-Gebieten für den Fall einer Rückkehr von Deutschen in jene deutschen Ostprovinzen in Frage kommen können und dürfen. Daß Manfred Bissinger dann „kommentiert": „Also selbst 61 v. H. der Vertriebenen anerkennen das Heimatrecht der Polen jenseits von Oder und Neiße", ist eine gröbliche Verfälschung der Aussage, die mit dem Umfrageergebnis verbunden ist, genauso wie es nichts als eine Verleumdung darstellt, wenn derselbe „stern"-Journalist allen denjenigen Westdeutschen, „die den Polen auch heute noch kein Heimatrecht zubilligen", unterstellt, sie seien „unversöhnlich". Daß der „stern" keineswegs jenes Mindestmaß an Fairneß entwickelt hat, eben in diesem Zusammenhang Allensbach auch mit der Frage nach der Zustimmung zum Heimatrecht der Ostvertriebenen jenseits von Oder und Neiße zu beauftragen — sie würde etwa gelautet haben: „Würden Sie sagen, daß die deutschen Heimatvertriebenen aus den Oder-Neiße-Gebieten dort grundsätzlich ein Heimatrecht haben?" — stand natürlich von vornherein zu erwarten.

Wieder einmal wurde also mit Meinungsumfragen zu politischen Zwecken Meinung manipuliert. Daß Manfred Bissinger in seiner abschließenden „Würdigung" der solchermaßen erzielten Ergebnisse auch noch die höhnische Bemerkung hinzufügte, in Bälde würden die Sprecher der Ostvertriebenen im wesentlichen „nur noch mit ein paar Rentnern ... rechnen" können, läßt die ganze fragwürdige moralische Einstellung jener Leute erkennen, die keinerlei Verständnis für die Treue und Liebe der Ostdeutschen zu ihrer fernen, geraubten Heimat haben und die es offenbar nicht erwarten können, daß sich Massenaustreibungen infolge des Hinsterbens derer, die von dieser Unmenschlichkeit unmittelbar betroffen wurden, als durchaus zweckmäßiges Mittel einer jeden Annexionspolitik erweisen. Was sie damit für die Zukunft heraufbeschwören — bereits folgte bekanntlich der Austreibung der Ostdeutschen aus ihrer Heimat die der jüdischen Minderheit aus Polen — ist ihnen entweder gar nicht bewußt oder sie nehmen es in ihrer ethischen und politischen Verantwortungslosigkeit bewußt in Kauf.

Peter Rutkowski



„Auf die Plätze ... fertig ... !" NP Zeichnung

»Dies Land bleibt deutsch«

11. Juli in Bochum: Gedenkstunde zur Volksabstimmung von 1920

Vor fünfzig Jahren, am 11. Juli 1920, bekannten sich in einer eindrucksvollen Volksabstimmung unter internationaler Kontrolle die Bewohner Südostpreußens und in vier westpreußischen Kreisen mit überwältigender Mehrheit zu Deutschland. Im ostpreußischen Abstimmungsgebiet stimmten 97,86 Prozent, in den westpreußischen Kreisen 92,42 Prozent für den Verbleib bei Deutschland. An der Spitze standen dabei die Kreise Oletzko (Treuburg) und Sensburg mit zusammen nur zwölf polnischen Stimmen bei 70 746 Abstimmungsberechtigten.

dies Land bleibt deutsch 1920 1970

Anläßlich des 50 Jahrestages der Volksabstimmung haben die Landsmannschaften Ostpreußen, Westpreußen und der Bund ostdeutscher Heimatvereine zu einer Gedenkstunde aufgerufen, die am 11. Juli um 18 Uhr in der Ruhrlandhalle zu Bochum stattfindet. Bochum wurde gewählt, weil Ost- und Westpreußen damals aus dem Ruhrgebiet die stärkste Unterstützung erfuhren. Die Gedenkstunde steht unter den heute wieder aktuellen Leitworten der Volksabstimmung von 1920, „Heimat in Gefahr" und „Dies Land bleibt deutsch". In ihrem Verlauf sprechen der amtierende Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Joachim Freiherr von Braun, der Bundesgeschäftsführer der Westpreußen, Schuch, und Dozent Dr. Krieger.

Der Gedenkstunde voraus geht eine gemeinsame Arbeitstagung der drei Verbände mit einem Referat des Staats- und Völkerrechtlers Prof. Dr. Fritz Münch, Träger der goldenen Ehrennadel der Landsmannschaft Ostpreußen. Bereits um 14 Uhr wird in der Ruhrlandhalle eine Abstimmungsausstellung eröffnet. Die Jugend der Landsmannschaften und Heimatvereine zeigt auf den Straßen und Plätzen der Stadt heimatliches Brauchtum. **ric**

Rücksicht noch auf die Wahlen?

„Der Spiegel": Anerkennung polnischer Westgrenze außer Frage

Politische Beobachter sind hinsichtlich der von Egon Bahr aus Moskau mitgebrachten Kunde von der angeblichen Bereitschaft der Sowjetregierung zu Verhandlungen über einen Gewaltverzicht skeptisch und gehen soweit, diese Kunde in einen Zusammenhang mit den bevorstehenden Landtagswahlen zu bringen, wobei man annimmt, daß eine derartige „positive Mitteilung" die Wahlen entsprechend beeinflussen werde. Nach Meinung dieser Beobachter ist Bahr in Moskau keineswegs bevorzugt behandelt worden und man weist darauf hin, daß sich die Bundesrepublik durch ihre Bemühungen in Moskau bei den westlichen Verbündeten weder beliebt macht noch aufzuwerten vermag. Die offiziellen Zustimmungen der alliierten Regierungen seien taktisch motiviert und spiegelten nicht unbedingt deren tatsächliche Meinung wider. In den Hauptstädten der Alliierten wisse man sehr wohl, daß das derzeitige Wohlverhalten Moskaus keineswegs ein Erfolg der Außenpolitik der derzeitigen Bundesregierung sei, sondern vielmehr eine Folge des übergeordneten Interesses der Sowjets an einem passablen Gesprächsklima zwischen Moskau und Washington.

Was die Verhandlungen mit Warschau angeht, die am 8. Juni in Bonn fortgeführt werden sollen, heißt es, daß man im Grunde in dieser Frage bereits einig sei, und zwar hinsichtlich der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnischer Westgrenze. Das geht auch aus einer Äußerung des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel" hervor (Nr. 22 vom 25. 5. 1970), wo es u. a. heißt:

„Eine Einigung mit Warschau erscheint den Ostpolitikern am Rhein schon früher möglich. Bonn ist bereit, die Oder-Neiße-Linie als endgültige polnische Westgrenze nicht mehr in Frage zu stellen. Gleichwohl ist eine vertragliche Regelung in der nächsten Gesprächsrunde, die am 8. Juni in Bonn beginnt, noch nicht zu erwarten. Bonn und Warschau haben sich darüber verständigt, zunächst die Landtagswahlen vom 14. Juni in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und an der Saar abzuwarten.

Doch auch dem deutsch-polnischen Frühling droht Frost aus der Koalition selber. Denn wie Bahr in Moskau, so konferierte auch Duckwitz mit den Polen ohne Deckung durch das Kabinett. Innenminister Genscher, als FDP-Vize auf Stimmenfang für seine Partei bedacht, meldete am Dienstag letzter Woche im Präsidium seiner Partei Bedenken gegen die Grenzanerkennung an: Er sei nicht bereit, eine Regelung mit Warschau auf der Basis der polnischen Forderung hinzunehmen."

Diese Einstellung dürfte sich dann mit der von der FDP eingenommenen Haltung zur Aufnahme der Vertragsverhandlungen mit Moskau beziehen, von der man sagt, daß die Bedenken vor allem aus den Kreisen kommen, die man zu Minister Genscher zählt.

Das schreib ich mal dem Ostpreußenblatt ...

Pfingsttreffen

Die Pfingsttreffen der Vertriebenen wurden von verschiedenen Leuten und Massenmedien wieder als recht störend empfunden und zumeist sehr einseitig kommentiert. Sachliche Argumente gegen die bei diesen Kundgebungen vertretenen Auffassungen sind kaum zu verzeichnen. Der Bundeskanzler hat wiederholt erklärt, daß man nicht verschenken könne, was man nicht besitze. Das ist aber sicherlich kein Argument für eine Verzichtpolitik gegenüber den östlichen Machthabern. Aus der Geschichte und auch aus dem täglichen Leben wissen wir, daß man Rechtstitel nicht verschenken soll, weil sie zu einem späteren Zeitpunkt oft einen erheblichen Wert haben. Eine Anerkennung würde verhängnisvoll sein für die Zukunft unseres Volkes und sich auch nachteilig auswirken auf das viel zitierte Recht auf Selbstbestimmung aller Völker.

Georg Stein, 713 Mühlacker

Ostpreußenblatt

Schon lange wollte ich Ihnen danken für Ihr Blatt. Es ist das wöchentliche, uns alle verbindende Trostblatt. Es ist sehr beruhigend, daß es noch Menschen gibt, die sich unserer Anliegen annehmen.

A. Dignat, 2071 Bünningstedt

Ich lese immer Ihr Blatt und wünschte, daß die Politiker es auch lesen würden. Sie könnten viel daraus lernen.

Ch. Aukschlat, 558 Traben-Trarbach

Das Ostpreußenblatt spricht unsere Sprache. Wir alle danken Ihnen. Klären Sie uns weiter auf, ehrlicher als andere Blätter, damit wir die Richtung nicht aus den Augen verlieren.

Benno Hantel, 418 Goch

Wir sind ein jungverheiratetes Ehepaar und suchten bis vor kurzem eine Wohnung. Dazu hat uns das Ostpreußenblatt verholfen. Ich hatte schon in einer bekannten Hamburger Zeitung inseriert, aber ohne Erfolg. Ebenso erfolglos blieben meine Briefe an etwa hundert Baugenossenschaften. Dagegen brachte mir eine Anzeige im Ostpreußenblatt den gewünschten Erfolg. Bereits einen Tag nach ihrem Erscheinen besuchte mich ein 70jähriger Landsmann aus Pillkallen, der jetzt in Elmshorn lebt. Nach einem Gespräch über die Heimat kam er zur Sache, und dann dauerte es nicht lange, bis wir glückliche Mieter seiner Dreizimmerwohnung waren. So hat das Ostpreußenblatt wieder einmal — wenn auch auf anderer Ebene — einem Landsmann Geglegenheit gegeben, sein Zusammengehörigkeitsgefühl in die Tat umzusetzen.

Gunter Ratensperger, 22 Elmshorn

Die Folge 21 unseres Blattes ist so hervorragend, daß ich mich freuen würde, wenn Sie mir zehn Exemplare mit Rechnung baldmöglichst zusenden könnten, damit ich sie verteilen kann.

Paul Blum, 8022 Grünwald

Anerkennung

Jeder Heimatvertriebene befürwortet die Bestrebungen, mit dem Ostblock einen Ausgleich zu finden. Verhandlungen aber bedeuten ein gegenseitiges Geben und Nehmen und nicht die Anerkennung durch Gewalt geschaffener Realitäten. Wer vor der Gewalt kapituliert, verliert den Frieden.

Ein Fall der humanen Handhabung des Völkerrechts sei hier erwähnt: Napoleon überzog ganz Europa mit Krieg, der Tod, Not und Elend brachte und die Staatenkarte Europas grundsätzlich veränderte. Beim Wiener Kongreß aber wurde das französische Volk nicht für die Taten Napoleons bestraft — Frankreich blieb in seinen Grenzen vor Napoleons Kriegszügen bestehen.

Adolf Kaesling, 2381 Schuby

Für jeden von uns muß es eine Ehre sein, für etwas einzutreten, was zeitlos gültiges, unabwendbares und vererbbares Recht ist. Aller Vorwurf der veränderten Machtkonstellation bleibt gegenstandslos. Eine politische Selbsthinrichtung Deutschlands sichert unserem Volk noch lange nicht den Friedensweg. Die Geschichte lehrt uns, daß Zeitströmungen dem Wandel unterworfen sind und Verträge, die aus dieser Sicht geschlossen werden, nicht von Bestand sein können.

J. W. Matzpreiksch, 68 Mannheim

Treuespende Ostpreußen

Meine beigefügte Treuespende ist zwar nur klein, aber von Herzen gegeben. Möge unser aller Ringen dazu beitragen, daß wir wieder in den Besitz unseres schönen Ostpreußen kommen.

E. Baegerau, 466 Gelsenkirchen

Heute sende ich meinen Beitrag für unsere liebe Heimat Ostpreußen. Es ist jetzt eine sehr ernste Zeit für uns, und die Landsmannschaften haben sehr zu kämpfen, aber bitte nicht nachlassen. Der Herrgott wolle uns nicht verlassen!

B. Treib, 3126 Wahrenholz

Das Ostpreußenblatt

v. Guttenberg: „Ich widerspreche!"

Ein Auszug aus einer bedeutsamen Rede vor dem Deutschen Bundestag am 27. Mai 1970

Die Rede des von schwerer Krankheit gezeichneten CSU-Abgeordneten war vielmehr als nur der rhetorische Höhepunkt der deutschlandpolitischen Debatte des Bundestages am 27. Mai. Sie war die beschwörende Mahnung eines Demokraten, der mit dem letzten Einsatz seiner Person für Freiheit und Menschenwürde seines Volkes eintritt und mit seherischer Klarheit erkennt, wie eine Politik tragischer Illusionen dabei ist, die Grenze zwischen Freiheit und Unfreiheit, Recht und Unrecht, Frieden und Gewalt zu verwischen und damit die moralische Kraft der Nation zu zerstören.

Die Nachdenklichkeit und tiefe Betroffenheit auf den Gesichtern vieler Abgeordneter der Regierungskoalition zeigte, daß Guttenberg verstanden wurde. Ob auch die Verantwortlichen auf der Regierungsbank die Mahnung begriffen, wird die Zeit lehren. Niemand wird aber nun sagen können, er hätte nichts von den Gefahren einer Politik gewußt, die vor der Gewalt resigniert. Und niemand wird sich damit herausreden können, er habe die Weggabelung nicht bemerkt. Guttenberg hat sie markiert — in so deutlichen Farben, daß sie jeder sehen und sich entscheiden muß.



Das Recht aller Deutschen

„Meine Damen und Herren!

Ich will die Sache, die hier auf dem Spiele steht — um deretwillen wir schwerste Sorgen haben, gleich bei ihrem Namen nennen: Es ist nicht weniger als das Recht der Deutschen — aller Deutschen! — frei zu sein, selbst über sich zu bestimmen. Dies war, ist und muß bleiben der feste Kern, der unveränderliche Auftrag aller konkreten deutschen Politik, wo und solange sie von Demokraten geführt wird.

Ich sage: aller konkreten deutschen Politik; denn meine Freunde und ich sind nicht willens, dieses unveräußerliche Freiheitsrecht zu einer abstrakten Maxime, zu einer salvatorischen Klausel werden zu lassen, die allen Bezug zum aktuellen täglichen Handeln verloren hat — ja gegen welche zu handeln, heute sogar erlaubt sei.

Und ich sage: aller konkreten deutschen Politik, weil ein Handeln gegen das Freiheitsrecht aller Deutschen zugleich ein Handeln gegen den Frieden in Europa ist. Denn wer Unterdrückung legitimierte, der ermuntert die Unterdrücker und damit die Friedensstörer. Wer hingegen für seine und seiner Nachbarn Freiheitsrechte einsteht, der stärkt jene Kräfte, die den Frieden tragen.

Ist nicht eben dies die wahre Lehre aus jener schrecklichen Zeit, als Adolf Hitler durch brutale Gewalt Grenzen in Europa zu seinen Gunsten verrückte, um dann die westlichen Demokraten einzuladen, feierlich und durch Vertrag diese Unrechtsgrenzen zu achten? Wo ist der Unterschied — frage ich — wenn heute die Sowjetunion von uns fordert, jene Unrechtsgrenzen, die sie auf deutschem und auf anderem Boden für und innerhalb ihres Imperiums erzwungen hat, zu respektieren und als unabänderlich zu erklären? Wird Unrecht dadurch zu einer respektablen Realität, daß es von einer Weltmacht aufrechterhalten wird?

Ich sage hier für meine Freunde und für mich mit allem Nachdruck, mit allem Ernst und leider auch mit aller Sorge: Wir sind nicht bereit, sogenannte Realitäten zu achten, zu respektieren oder gar anzuerkennen, die den Namen Unrecht tragen.

Und ich setze die Frage hinzu: Ist hier einer, der ernsthaft vorbringen wollte, daß aus Unrecht Recht würde, dadurch, daß es Jahre, ja Jahrzehnte dauert? Ich bitte jeden in diesem Hause sich zu prüfen, — und dies gilt besonders für die SPD, der als Partei die Ehre gebührt, unter Hitler Tausende von Märtyrern gestellt zu haben —: wären wir heute bereit, unseren Frieden mit diesem Hitler zu machen, wenn es ihm gelungen wäre, 37 Jahre durchzuhalten? Ich sage nein, dreimal nein! Und aus dem gleichen Grunde kann es keine Anerkennung für Ulbricht geben.

Vielleicht werde ich jetzt gefragt, warum ich dies so sage. Ich werde Ihnen offen antworten:

Aber lassen Sie mich zuvor erklären, daß ich dabei mit keinem Gedanken an Polemik, an Anklage oder gar an Verketzerung denke. Ich will mir hier den Mut und die Freiheit nehmen, an unser aller Gewissen zu appellieren. Und ich will gleichzeitig ins Bewußtsein rufen, daß auch der, der besten Willens dem Frieden zu dienen meinen mag, gefährlich irren kann.

Auf Anerkennungskurs

Dies vorausgeschickt, sage ich jetzt offen und deutlich: Ihre Regierung, Herr Bundeskanzler, liegt auf Anerkennungskurs! Und dieser Kurs wird dazu führen, daß eines Tages der Schutz der NATO zerbröckeln und die Sowjetunion die Vorherrschaft über ganz Europa gewinnen kann. Nicht weil Sie, Herr Bundeskanzler, dies so wollen, gewiß nicht; aber weil es in der Logik Ihrer Politik liegt.

Sie sind dabei, das Deutschlandkonzept des Westens aufzugeben und auf jenes der Sowjetunion einzutreten. Nicht anders ist es zu werten, daß Ihr Unterhändler in Moskau — wie es scheint — weitgehend die altbekannten sowjetischen Teilungs- und Anerkennungsformeln akzeptiert hat, daß Sie selbst in Kassel die Möglichkeit völkerrechtlicher Anerkennung angedeutet haben und daß Ihre Regierung in Warschau dabei ist, eine Anerkennungsformel für die Oder-Neiße-Grenze zu suchen. Was aber wären die unausweichlichen Konsequenzen eines solchen Scheinfriedens auf der Basis einer sanktionierten Teilung Deutschlands und Europas?

Ersten die, daß viele in Amerika sagen würden: Nun ist das entscheidende Problem in Europa gelöst, — wozu also noch teure Truppen auf diesem Kontinent?

Zweitens die, daß die Sowjetunion in der wichtigsten und zentralen Auseinandersetzung in Europa über den Westen gesiegt hätte und sich also der Wind in ganz Europa zugunsten der Sowjetunion drehen müßte.

Und drittens, daß das Ergebnis dieses politischen Sieges der Sowjetunion eben nicht die Festigung des Friedens, sondern die Ermutigung und Bestärkung der notorischen Friedensstörer wäre, deren — vorerst? — letztes Opfer vor noch nicht zwei Jahren die unglückliche CSSR gewesen ist.

Gewiß werden Sie, Herr Bundeskanzler, mein Wort bestreiten, daß Ihre Regierung auf Anerkennungskurs liege und also resigniert. Sie werden darauf hinweisen, daß Sie die alliierten Rechte und damit den Friedensvertragsvorbehalt respektierten, — und daß Sie festhielten am Selbstbestimmungsrecht.

Aber all dies ist — erlauben Sie mir, ein Wort von Ihnen aufzunehmen — nun wirklich Formelkram.

Denn wie kann man glaubhaft vom Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen reden, wenn man die staatsrechtliche Anerkennung Ost-Berlins bereits zugestanden und sich in Kassel nun auch der völkerrechtlichen genähert hat? Oder wie kann man glaubhaft davon sprechen, daß erst ein Friedensvertrag die Ostgrenze Deutschlands festlegen könne, wenn man gleichzeitig bereit ist, die Anerkennung der Oder-Neiße als polnische Westgrenze zwischen Bonn und Warschau festzulegen?

Erschreckende Widersprüche

Spüren Sie nicht selbst, Herr Bundeskanzler, daß diese und andere Widersprüche Ihnen selbst und Ihrer Regierung in ständig steigendem Maße eine Sprache aufzwingen, die viele schlechterdings erschrecken läßt?

Dort nämlich, wo Ihre Regierung offenbar versucht, einen Vertrag mit der Sowjetunion durch Formeln zustande zu bringen, die von beiden Seiten mit verschiedenen Inhalten gefüllt werden. Denn was heißt z. B. in der sowjetischen Terminologie ‚Achtung der territorialen Integrität der DDR'? Doch nichts anderes als den endgültigen und ausnahmslosen Verzicht auf jede Forderung nach freiheitlichen Veränderungen im anderen Teil Deutschlands. Dies aber kann doch nicht Ihre Interpretation sein?

Oder ein anderer Begriff, den wir täglich hören — von drüben wie von unserer Regierung: ‚Normalisierung.' Was ist damit gemeint? Wenn die Sprache nicht außer Kraft gesetzt ist, dann wird es in Deutschland erst dann wieder ‚normal' sein, wenn es keine Mauer und keine nächtlichen Schüsse mehr gibt, sondern Menschenrechte für alle.

Ich brauche nur mein Gewissen

Ein drittes Beispiel für diese neue, diese erschreckende Sprache: Diese Regierung sagt, sie spreche nur für die Bundesrepublik. Ich widerspreche, Herr Bundeskanzler! Nicht, weil ich alte Formulierungen für bessere Juristerei hielte als Ihre neuen Formeln. Nicht, weil ich Völkerrechtsgelehrte befragt und den Rat des einen dem Rat des anderen vorgezogen hätte. Nein, Herr Bundeskanzler.

Ich brauche noch nicht einmal die Verfassung; ich brauche nur mein Gewissen, das mir sagt, daß ich als Abgeordneter Verantwortung trage für mein ganzes Volk. Auch und vor allem für jene, die zum Schweigen verurteilt sind.

Und deswegen wehre ich mich auch gegen jenen Trick — ich sage Trick! — nach welchem die Bundesregierung die Oder-Neiße als polnische Westgrenze anerkennen könne, da sie ja nur für die Bundesrepublik und eben nicht und in gar keiner Weise für alle Deutschen sprechen könne. Denn niemand kann uns — die frei gewählten Abgeordneten des deutschen Volkes — aus der Pflicht entlassen, uns um das Schicksal unseres ganzen Volkes zu sorgen. Wir sollten auch keinen Augenblick vergessen, daß unter dieser Chiffre ‚Oder-Neiße' mehr und anderes verstanden werden muß, als eine bloße Grenzfrage.

Verletztes Menschenrecht

Nämlich vor allem verletztes Menschenrecht. Und deshalb sollte man endlich überall begreifen, daß unsere strikte Weigerung, einer friedensvertraglichen Regelung heute vorzugreifen, nichts, aber auch gar nichts mit Nationalismus zu tun hat. Das Gegenteil ist der Fall: Jene, die heute glauben, dieses ganze, komplexe große Problem der Gebiete jenseits der Oder-Neiße und der Menschen, die von dort stammen oder heute dort ihre Heimat haben, mit dem einfachen Rezept des Festnagelns von Grenzpfählen lösen zu können — diese denken in alten, überholten, nationalstaatlichen Schematal

Und noch auf einem weiteren Gebiet wird heute von unserer Regierung eine neue, eine andere — eine nach meiner Überzeugung falsche und gefährliche Sprache gesprochen. Dort nämlich, wo man glaubt, die Wirklichkeit verschweigen oder beschönigen zu müssen, weil man fürchtet, die Wahrheit könne der gewünschten Zusammenarbeit und Verständigung mit den Machthabern drüben im Wege stehen. Aber die Demokratie lebt davon, daß den Menschen die Wahrheit, und zwar die ganze Wahrheit, gesagt wird.

Die deutsche Demokratie ist schon einmal zugrunde gegangen, weil man unter den Deutschen eine geistig-moralische Verwirrung angestiftet und die Grenze zwischen einem demokratischen Rechtsstaat und einem totalitären Verbrecherregime verwischt wurde. Es gibt leider Grund, davor zu warnen, daß diese Grenze erneut vernebelt werden könnte, und diesmal durch Demokraten.

Sagen Sie mir nun nicht, meine Damen und Herren von der Koalition, ich hätte nur Kritik geübt, aber nicht gesagt, was unsere Vorschläge seien. Sie haben diese Torheit immer wieder vorgebracht. Hatten wir nicht einmal eine gemeinsame Politik? Und war es nicht eine große und nützliche Sache, daß es gelungen war, in der Großen Koalition diese Gemeinsamkeit zu konkretisieren? Sie haben diese gemeinsame Politik verlassen, ohne Not, ohne überzeugenden Weg.

Nationaler Schatz wird geleert

Sie haben Ihren neuen Weg angetreten mit dem Vorwurf an uns, unsere Politik — deren Grundlagen ja auch durch Jahrzehnte die Ihren waren — habe nichts bewegt. Sie haben den Eindruck zu erwecken versucht, als verfügten Sie über die Alternative, die voranführe. Sie haben in Kassel gelernt, daß es nicht die starre Politik der CDU, sondern die Intransigenz der SED gewesen ist, die uns bis heute jeden Fortschritt verwehrt hat. Heute reden Sie selbst von der notwendigen Geduld und von den langen Jahren, die Sie benötigen. Sie nehmen damit für sich in Anspruch, was Sie uns verwehrten. Mit einem Unterschied: Sie haben, um diese bittere Erfahrung zu machen, Preise aus unserem gemeinsamen nationalen Schatz bezahlt und ich fürchte, Sie sind bereit, diesen Schatz noch weiter zu leeren.

Denn leider haben wir nicht den Eindruck, daß Sie aus Kassel auch die andere Lehre gezogen haben, die heißt, daß sich Vorleistungen und Vorauszahlungen gegenüber totalitären Regimen nie bezahlt machen.

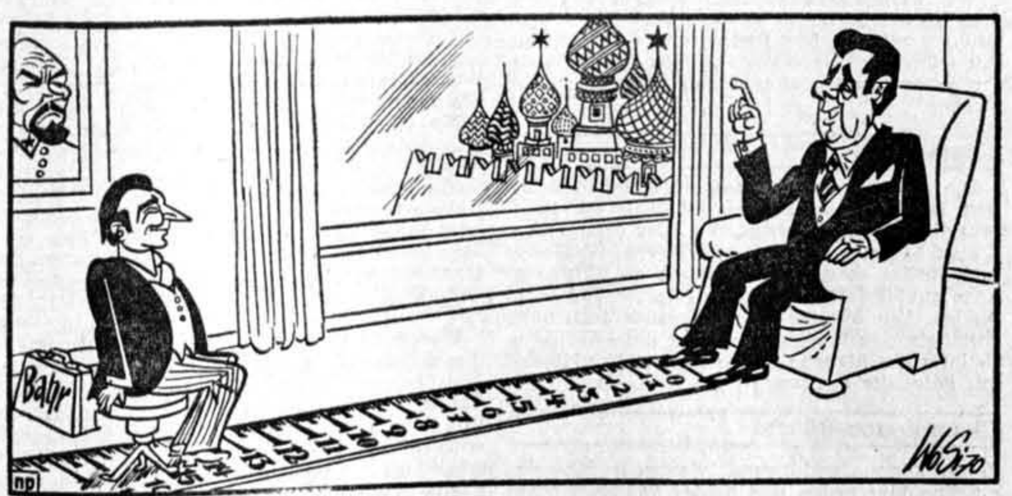
Lassen Sie mich am Ende mit großem Ernst ausdrücken, wo ich den eigentlichen Unterschied sehe zwischen dem, was Sie heute versuchen, und der Haltung der CDU/CSU. Einer Ihrer Minister hat mir vor einigen Tagen sinngemäß geantwortet, der Friedensvertragsvorbehalt für ganz Deutschland und seine östliche Grenze sei zwar rechtlich nötig; er habe aber viele verleitet, Lebenslügen aufrechtzuerhalten, die 26 Jahre nach dem Krieg als solche erkannt werden müssen. Ich habe lange über diesen Satz nachgedacht und ich komme zu dem Schluß, daß er nichts anderes bedeuten kann als die Aufforderung, heute vor Macht und Gewalt zu resignieren.

Wir, die CDU/CSU, resignieren nicht. Wir hoffen darauf und wirken dahin, daß unser Volk allen modischen Strömungen zum Trotz die moralische Widerstandskraft aufbringt, wenn es sein muß, durch eine Generation, wenn es sein muß länger, für Recht, Freiheit und Menschenwürde aller Deutschen einzustehen. Auch wir wissen, daß Rechtstitel allein noch keine Politik sind — wohl aber deren Instrumente. Vor allem aber: Das Recht war immer eine Waffe der Schwachen und Friedfertigen.

Und wir weisen jene zurück, die uns da einreden wollen, die Deutschen drüben hätten ihren inneren Frieden mit Fremdherrschaft und Unterdrückung gemacht. Wer könnte dies behaupten, solange eine fremde Macht den Menschen drüben verwehrt, Ihren politischen Willen zweifelsfrei zu bekunden?

Auch wir, die CDU/CSU, wissen nicht, wann die Stunde der Freiheit jenseits von Mauer und Stacheldraht schlagen wird.

Wir wissen aber dies: Sie wird dann nie schlagen, wenn wir, die freien Deutschen, bereit sein sollten, vor schierer Macht und bloßer Gewalt in die Knie zu gehen. Und wir wissen, daß unsere Unterwerfung unter den Willen der Sowjetmacht dieser den Weg in das freie Europa öffnen müßte."



Gromyko: *„Auf Grund Ihres Wohlverhaltens dürfen Sie einen ganzen Zentimeter näherrücken, Herr Bahr"*

Das war Inge Namenlos

Beim Untergang der „Gustloff" gerettet – Gedenken auf See

RMW — Sie fröstelte ein wenig, die junge Frau, die zwischen vielen anderen Wartenden auf dem Oberdeck der ‚Tom Kyle' stand am vorvergangenen Wochenende. Eine Stunde vorher, als das Motorschiff von der Pier am Kieler Hauptbahnhof auslief, sahen wir uns wieder. Vor mehr als dreizehn Jahren, im November 1956, hatten wir uns kennengelernt. Damals war das Suchkind Nr. 67018, Inge Schwarz aus Langenau bei Neudeck, auf dem Bahnsteig 5 des Hamburger Hauptbahnhofes ihrem Vater um den Hals gefallen nach langen, langen Jahren der Ungewißheit.

So hatte es begonnen: Am 20. Oktober 1956 erschien eine Suchanzeige im Ostpreußenblatt mit dem Foto eines jungen Mädchens. Daneben stand: „Name: unbekannt — Vorname: Inge..." und weiter: „... sie hat sich mit der Mutter, zwei älteren Brüdern und zwei jüngeren Schwestern 1945 auf der ‚Wilhelm Gustloff' befunden..."

Die Mutter und die Geschwister ertranken. Inge wurde gerettet. Sie wußte nicht mit Gewißheit ihren Nachnamen, sie kannte nicht den Namen ihres Heimatortes. Sie erinnerte sich nur, daß der Vater in einer Schmiede gearbeitet hatte, daß die Eltern eine kleine Landwirtschaft und Vieh gehabt hatten...

Die Suchanzeige 67018 war eine der unzähligen, die der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes an das Ostpreußenblatt weiterleitete, und sie führte rasch zum Erfolg. Die Großmutter des Mädchens wußte sofort: Das kann nur unsere Inge sein. Sie wußte ihren Sohn zu überzeugen, Inges Vater, der 1949 als Schwerkranker aus einem sibirischen Bleibergwerk zu ihr und seiner Schwester gekommen war und dessen jahrelange Nachforschungen nach seiner sechsköpfigen Familie nur die furchtbare Gewißheit erbracht hatten: Seine Frau war vermutlich mit ihren fünf Kindern beim Untergang der „Gustloff" umgekommen. Ein Besuch beim Hamburger Suchdienst des DRK ergab: Das junge Mädchen hatte die Anzeige in Weimar, also in der SBZ, zur Post gegeben. Ein weiterer Brief von Inge erbrachte den Beweis: Sie hatte sich an die Namen ihrer Geschwister erinnern können.

Das Wiedersehen auf Bahnsteig 5 des Hamburger Hauptbahnhofes im November 1956 war eines der bewegendsten, die ich miterleben durfte.

Und nun, bei der Fahrt an Bord der ‚Tom Kyle', sitze ich einer jungen Frau gegenüber,



Mit sechs Jahren beim Untergang der „Wilhelm Gustloff" gerettet: Inge Winter-Schwarz gedenkt an Bord der „Tom Kyle" ihrer Mutter und der vier Geschwister, die der Katastrophe zum Opfer fielen. Ihre Blumen trieben mit den anderen auf den Wellen davon. Foto Schrader

die gekommen ist, um bei der Gedenkstunde auf der Ostsee auch ihre Blumen dem Wasser zu übergeben, das vor fünfundzwanzig Jahren zum Grab der Mutter und der vier Geschwister wurde, während die damals Sechsjährige wie durch ein Wunder gerettet wurde. Sie kam in der Zone in ein Kinderheim, später zu Pflegeeltern. Immer wieder stellte sie die Frage: „Wo sind die Menschen, zu denen ich gehöre?" Immer kam die gleiche Antwort: „Du weißt doch, sie sind alle tot. Es hat keinen Sinn, nach ihnen zu suchen."

Inge gab sich nicht damit zufrieden. Als sie achtzehn wurde, schrieb sie den lange geplanten Brief an das DRK in Hamburg. Und endlich, fast zwölf Jahre nach der Katastrophe, bekam sie Gewißheit, wohin sie gehörte. Inge blieb zunächst in Hamburg, lernte ihren jetzigen Mann bei der Arbeit kennen und lieben. Als die beiden sich verlobt hatten, wuchs der Wunsch in ihr, noch einmal die Pflegeeltern in der Zone zu besuchen, um ihnen zu danken. Sie fuhr mit ihrem Verlobten zusammen nach drüben. Aber dort hatte man eine andere Auffassung von menschlichen Beziehungen: Inge und ihr Verlobter wurden zwei Jahre festgehalten, bis es ihnen mit Hilfe von Freunden gelang, mit ihrem ersten Kind, das während dieser Zeit zur Welt gekommen war, ein Vierteljahr vor Errichtung der Mauer in Berlin nach dem Westen hinüberzuwechseln... Nach vielen Schwierigkeiten mit den Papieren hatten sie sich noch drüben trauen lassen.

Die junge Frau kramt in ihrer Handtasche, holt Fotos hervor. Sie ist heute glückliche Ehefrau und Mutter; vor kurzem bekam die Familie endlich eine Wohnung, die auch den vier Kindern genügend Platz bietet; ihr Mann ist Angestellter einer Privatbahn. Er hat sich Urlaub genommen, um die vier zu betreuen, damit seine Frau an der Gedenkfeier auf See teilnehmen kann.

„Es ist schwer, — aber es ist auch schön für mich, daß ich ihnen mit meinen Blumen sagen kann, daß ich an sie denke..." meint sie leise.

Als die ‚Tom Kyle' auf der weiten Ostsee beidreht und die Sonne durch die Wolken bricht, steht eine junge Frau zwischen den anderen, einen riesigen Blumenstrauß im Arm. Sie fröstelt. Sie lächelt mir tapfer zu, aber ich sehe, wie ihr die Tränen unaufhaltsam über das Gesicht rinnen. Was mag in ihr vorgehen, während eine junge Stimme über das Schicksal der „Wilhelm Gustloff" berichtet, während der Funker Rudi Lange von den letzten Stunden erzählt, da er versuchte, Helfer herbeizurufen, jene Helfer, denen auch Inge Winter, geborene Schwarz, ihr Leben verdankt?

Dann wird auch ihr Blumengruß von den Wellen aufgenommen und davongetragen. Die Lebenden grüßen die Toten...

Als wir uns zum Abschied die Hand geben, zeigt sie mir ein Foto: der Funker Rudi Lange hat ihr sein Matrosenbild von damals geschenkt mit einer Widmung, die von dem gemeinsamen Erleben jener Stunden spricht: Einer der Retter gedachte einer der Geretteten.

Das Leben geht weiter. Aber die unvergeßlichen Stunden auf See und in Laboe brachten uns allen die Gewißheit: Die Toten der Vertreibung, die Opfer auf See sind nicht vergessen. Sie leben weiter, mitten unter uns.

Sommerliches Allerlei mit Champignons

Früher suchten wir sie in Weidegärten — heute sind sie eine preiswerte Delikatesse

Ein sommerliches Vergnügen, ja eine Leidenschaft war es, zu Hause in Weidegärten und auf Wiesen Champignons zu suchen. Die weißen Kugeln, die über Nacht aufgetaucht waren, leuchteten durch das noch feuchte Grün und lockten den Sammler. Nichts geht über den zarten Duft und Geschmack dieser Pilze. Aber welcher Städter hat heute noch Gelegenheit, Pilze zu suchen? Diese Edelpilze mit Namen Champignon kennen wir fast nur noch in der Dose oder wohlsortiert und frisch in Körbchen und Schalen beim Gemüsehändler.

Was früher eine erlesene, teure Delikatesse war, wird seit einigen Jahren in planmäßig gesteuerter Massenproduktion herangezogen und über alle zwölf Monate angeboten. Und in jedem Jahr werden diese Pilze billiger. Teils wegen des Wettbewerbs, teils aber auch, weil die Züchter es verstanden haben, rationell zu arbeiten und so eine Massenware anzubieten.

Zuchtchampignons gedeihen nur in abgeschlossenen, dunklen Räumen. Feuchtigkeit, Wärme und Nährstoffe werden automatisch geregelt. Ein Vorkämpfer für diese Zucht war der Betrieb im ostfriesischen Wiesmoor; zuerst wurden nur die Tomatenhäuser, dann aber auch riesige Champignonkeller mit heimischem Torf geheizt. Die großen Konkurrenten der noch recht bescheidenen deutschen Produktionsstätten sind Holland, Belgien, Frankreich und vor allem Formosa. Sie bieten bei uns fast nur Dosenware an. Das Frischangebot kommt vorwiegend aus Deutschland. b

Champignons sind also keine Luxusware mehr, sondern erfreulich preiswert, dazu ein leichtverdauliches, kalorienarmes, eiweiß- und wirkstoffreiches Gemüse, das alle Ansprüche an eine moderne Kost erfüllt. Ich habe ein paar erprobte Rezepte für sie, liebe Leserinnen, zusammengestellt.

Delikate Vorspeise

Wir dünsten 250 Gramm Champignons, entweder feinblättrig geschnitten, halbiert oder (bei kleinen Pilzen) ganz. Dazu kommen 250 Gramm Krabben (frisch oder aus der Dose, aber abgespült) und eine kleine Dose Ananas in Stücken. Wir mischen mit einer Soße aus 2 Löffeln Majonäse, 3 Löffeln Dosenmilch, Zwiebelpulver, Ketchup, Curry, Paprika, Salz und Zucker. Zuletzt kommt 1/8 Liter geschlagene Sahne dazu. Statt Dosenmilch können wir auch Quark oder Joghurt nehmen. Wir bestreuen das Gericht mit feinen Streifen von grünen Salatblättern — so ißt sich die Vorspeise besser, als wenn wir sie auf ganzen Salatblättern anrichten.

Suppe

Wir wiegen 500 Gramm Pilze fein und dünsten sie mit Butter 10 Minuten lang. Mit 1 Liter Brühe auffüllen. Mit Pfeffer und Salz würzen, mit 1 Tasse süßer Sahne abrühren, mit gewiegter grüner Petersilie und gehackten Eiern bestreuen.

Gemüse

Die gesäuberten Pilze schneiden wir in Scheiben. In Butter eine halbe Zwiebel (feingeschnitten) glasig werden lassen, die Pilze dazu geben, 2 bis 5 Minuten dünsten, mit Zitrone, Weißwein und Pfeffer abschmecken. Haben die Champignons zuviel Saft gezogen, mit Sahne und Mehl binden. Wir können dieses Gemüse auch ohne Zwiebeln dünsten und kurz vor dem Anrichten 1/8 Liter geschlagene Sahne unterziehen. Immer mit Petersilie bestreuen!

Champignon-Rührei

Wir können gedünstete Pilze unter die verquirlten Eier geben und beides gemeinsam auf milder Wärme stocken lassen. Das Gericht wird feiner, wenn wir Rührei und Champignons jeweils für sich fertig machen und das Pilzgemüse mit dem lockeren Rührei umlegen. In den Eierteig können wir 100 Gramm kleingeschnittenen Schinken geben.

Pastetchen

Wir kaufen fertige Pastetchen und erwärmen sie im Ofen oder auf der Platte kurz vor dem Essen. Sie werden mit Champignongemüse — wie oben angegeben — gefüllt und sofort zu Tisch gegeben. Die Pilze müssen sehr kurz gekocht sein, damit die Soße nicht den Blätterteig aufweicht.

Festliche Pilzplatte

Champignons in Butter dünsten, mit Salz, Pfeffer, Weißwein oder Zitrone abschmecken, in der Mitte einer Platte anrichten. Tomaten abziehen, halbieren und dämpfen. Eine kleine Dose Spargel heiß machen, salzen. Beides um die Pilze herum anrichten, mit kleingeschnittenen Schinken und Petersilie bestreuen.

Champignon-Schinken-Reis

Zwei Tassen Langkorn-Reis in Butter anrösten, mit 6 Tassen Brühe auffüllen, 10 Minuten leise kochen lassen. Mit Salz und 3 Eßlöffeln Currypuder würzen. 125 Gramm Champignons blättrig schneiden, mit einer fein geschnittenen Zwiebel 5 Minuten in Butter anschwitzen. 50 Gramm rohen Schinken klein schneiden. Pilze und Schinken mit zwei Gabeln unter den Reis heben. Im geschlossenen Topf auf kleinem Feuer garziehen lassen. Mit Zitronensaft beträufeln oder mit Zitronen-Achteln umlegen.

Margarete Haslinger

Salz und Brot an der Kirchentür

Ostpreußen-Hochzeit nach heimatlicher Art in Hamburg

Nach einem ostpreußischen Polterabend mit viel „Scherbeln", „Klopschen", „Spoaskes" und so fort, wurden in der Osterkirche zu Hamburg-Eilbek der Ingenieur Gert Hinterthan und die Lehrerin Sigrid Meyer getraut. Der Bräutigam ist in Geroldswalde, Kreis Angerburg, geboren. Er ist ein Sohn des im letzten Weltkrieg gefallenen Lehrers und Hauptmanns Bernhard Hinterthan und seiner Ehefrau Herta, geb. Cerwonka. Die Braut ist eine Enkelin des Lehrers und Heimatforschers Albert Fischer aus Landsberg im Kreis Pr.-Eylau. So fanden durch die Heirat zwei ostpreußische Lehrerfamilien hier zusammen.

Als Gruß der Heimat überreichte nach alter Sitte die Frauenreferentin und Bezirksgruppenleiterin Eva Müller (Mohrungen) in Ostpreußentracht dem jungen Paar an der Kirchentür das Hochzeitsbrot, Salz und Pfennig mit folgendem Vers:

Das täglich Brot, Euch Gott erhalt's,
des Lebens Würze ist das Salz
und wenn Ihr auch den Pfennig ehrt,
gibt's keine Not, das Glück Euch währt!

Vera Meyer-Fischer

Für Sie notiert

Frühstück im Hotel — das ist für viele Bundesbürger, die einen großen Teil ihrer Arbeitszeit auf Reisen verbringen müssen, ein trauriges Kapitel. Die deutsche Agrarwirtschaft will diesem Problem jetzt zu Leibe rücken. Die Angebote in den Hotels sollen unter die Lupe genommen werden; die Testaktion wird später auf die Feriengebiete ausgedehnt. **FD**

Licht und Schatten nach Wunsch über Balkon und Terrasse: Das machen die farbigen Markisen möglich, die jeder Hausfront ein südlich-freundliches Gesicht geben. Neben den altbewährten Methoden, diese Zeltdächer mit Gurtzug oder durch ein Kurbelgetriebe zu bewegen, gibt es jetzt so etwas wie eine Zauberhand: Eine lichtempfindliche Fotozelle rollt die Markise bei Sonnenschein selbsttätig aus und zieht sie bei trübem Wetter oder am Abend wieder ein. Viele gute Ideen zu diesem Thema bringt eine neue Broschüre mit dem Titel: „Eine Fibel für den Hausbesitzer", die Sie kostenlos beim Bundesverband Deutscher Rolladenhersteller, 516 Düren, erhalten. **FvH**

Schöpferische Kräfte spielend entwickeln: in diesem Artikel (Folge 21) wurde die Leistung von Lisbeth Kroll-Radok gewürdigt. Frau Kroll-Radok liegt daran, folgendes zu berichtigen: Ihre rythmisch-musikalischen Stehgreifspiele wurden von einer englischen Rundfunkzeitschrift als „Die beste Kindersendung Europas" (nicht, wie gemeldet, als „Die beste Sendung Europas") bezeichnet.

Dina und die Pferde

Eine Erzählung aus der Heimat von Ernst von Kuenheim

Obgleich Ostpreußen mit seiner ganzen nördlichen Flanke von den Fluten des Baltischen Ozeans, wie wir die Ostsee nannten, bespült wurde, besaß es ein reines Kontinentalklima. Heiße Sommer und kalte Winter. Auch an diesem Augusttag schien die Sonne und der fahlblaue Himmel zeigte nur in großer Höhe einige Zirruswolken, die weder ein Gewitter ankündigten, noch Abkühlung versprachen.

Es war Erntezeit und die vierspännigen Gespanne mit ihren Peitsche knallenden Knechten im Sattel fahren mit ihrer schwankenden Last köstlich trockenen Getreides vom Felde zu den Scheunen und leer im schlanken Trab zu den dicht mit Hocken bestandenen Feldern zurück.

Müde und abgespannt — es war am Abend vorher spät geworden, als der Oberinspektor, der Tierarzt und ich uns an eine für drei Personen reichlich voluminös geratene Kalte Ente gemacht hatten — ritt ich zur Vesperzeit vom Vorwerk zum Hauptgut zurück. ‚Schön Elschen', meine noble Trakehner Fuchsstute, zeigte sich unmanierlich und zackelte ungeduldig ihrer kühlen Box und der gefüllten Krippe entgegen. Es gehörte nicht zu ihren Stärken, stundenlang draußen bei den Gespannen zu stehen und die lästigen Bremsen abzuwehren. Da ich meistens Wachs in den Händen meiner Tiere bin, war ich bereit nachzugeben, nur wollte ich meinem schwarzen Lackspaniel ‚Sherry', der draußen die ganze Zeit mit tiefer Nase köstlichen Gerüchen nachgejagt war, den Tort eines Galopps nicht antun. Hechelnd, mit lang über die Lefzen heraushängender Zunge, trottete er im Schatten der Stute nebenher. Mit seinen bernsteinfarbenen Augen warf er seiner großen Freundin von Zeit zu Zeit vorwurfsvolle Blicke zu. Wie konnte man nur so unvernünftig sein. Schließlich gewann bei mir der Nachdurst der letzten Nacht die Oberhand und das Verlangen nach einer Tasse duftenden Tees gab den Ausschlag.

„Laß dir Zeit, alter Kerl", rief ich Sherry zu und galoppierte an.

Um die Ecke des Kutschstalles biegend, sah ich, wie der zweite Kutscher, Paul, ein mir fremdes Pferd aus der Stallgasse führte. Er befestigte die Zügel an einem Haltering an der Mauer und kam dann heran, um mir Schön Elschen abzunehmen.

„Wer ist denn da gekommen?" fragte ich.

„Nuscht jenaues weiß ich nich, Herr Junker, von Tarpuschken mag sie ja wohl kommen tun. Der Aschmutat schabberte was von der baltischen Baronesse, die wohl bei dem Herrn Grafen Sekretärin spielen tut."

Nach dieser erschöpfenden Auskunft verschwand Paul mit meinem Pferd im Stall und ich betrachtete mir die fremde Rosinante. Eine solche war es; ich wunderte mich, daß Graf Karwein so ein Tier in seinem Stall duldete.



Der schwarze Hengst

Zeichnung Fritz Pfuhle

Vom Schloß herüber klang ausgelassenes Lachen, auf dem Parkweg tauchten die Gestalten dreier junger Damen auf, die sich dem Stall näherten. Die beiden Töchter des Gutsherrn, Alexandra und Xenia, Alix und Ixe genannt, flankierten ein schlankes Mädchen in Hose und Reitstiefeln, das ich noch nie gesehen hatte. Sofort stand ich im Bann dieser Erscheinung und lief rot an. Ich war achtzehneinhalb Jahre alt, hatte gerade mein Abitur gebaut und absolvierte hier, da ich Landwirtschaft studieren wollte, mein praktisches Lehrjahr. Hübsche Mädchen brachten mich leicht durcheinander und ließen mich zu meinem großen Kummer wie einen Primeltopf anlaufen. Ein Versuch, mich mit meiner Verlegenheit in die Stalltür zu retten, mißglückte. Ixe, das sechzehnjährige Nesthäkchen, hatte mich entdeckt und rief mit hoher Fistelstimme aufgeregt:

„Eich — Eich, lauf doch nicht weg, Du mußt unsere baltische Baronesse kennen lernen. Sie ist ne Wucht!"

Diese ebenso mollige wie burschikose Ixe war es in ihrer backfischhaften Begeisterung auch. Erfolg: auch das Gesicht der genannten überzog sich mit einem zarten Rot. Zum Unterschied zu mir stand es dem etwas blassen Gesicht ausgezeichnet.

Alix, ein fast schon spätes Mädchen mit ihren vierundzwanzig Jahren, war ganz die Tochter ihres Vaters, der alten Hofschranze, wie die Jugend ihn respektlos zu nennen pflegte und legte größten Wert auf gute Umgangsformen. Sie stellte mich vor und fuhr fort:

„Dina Wolfskehl war so nett, uns einen ersten nachbarlichen Besuch zu machen. Sie ist, wie Du wohl weißt, Gutssekretärin bei Onkel Botho in Tarpuschken. Leider muß sie schon wieder zurückreiten. Viel Arbeit wartet auf sie."

Graf Karwein galt als Geizhals und auch sonst war mit ihm nicht gut Kirschen essen. Beamte und Instleute wechselten ständig. Es war typisch für ihn, die kleine Baltin mit dieser Mähre loszuschicken.

Dann gab sie mir die Hand — sie war feinnervig, trocken und fest. Das ganze Persönchen reichte mir bis zum Kinn. Ich meinte, noch nie etwas so Graziles gesehen zu haben. Viel zu lange blieb ihre Hand in der meinen liegen und als wir sie gleichzeitig wieder freigaben, schien mir, wir hätten mit diesem Händedruck eine Freundschaft besiegelt. Lächelnd — und wieder ganz sicher sahen ihre Augen mich an. Es waren sanfte, taubenblaue Augen mit langen seidenweichen Wimpern. Sie beherrschten das feine Gesicht. Dunkle, fast schwarze Haare fielen im Pagenschnitt an den Schläfen herunter und gaben dem schmalen Kopf mit dem blassen, samtigen Teint einen düsteren, fast zu strengen Rahmen. Der kleine Mund mit den weichen Lippen ließ auf Wärme schließen, das gutgeformte Kinn auf Tatkraft. Sie trug eine weiße, am Hals offene Hemdbluse, die straff in den Bund der beigefarbenen Breeches gesteckt war. Alles in allem bot sie einen zauberhaften, rassigen Anblick, der meinen Blutdruck in die Höhe trieb.

Wir hatten noch kein Wort miteinander gewechselt und schon fistelte Ixe los:

„Na, euch beiden hat es wohl die Sprache verschlagen? Sag Alix — passen die beiden nicht phantastisch zusammen?"

Prompt schoß uns beiden erneut eine Welle ins Gesicht.

„Ixe, benimm Dich", mahnte die ältere Schwester. Ixe aber, wie viele Mädchen in ihren Jahren, wollte ernst genommen und als Erwachsene behandelt werden. Tat man das nicht, benahm sie sich wie ein kleines Kind.

„Du kannst es wohl nicht ertragen, wenn dein Schwarm von Dina begeistert ist?"

Ich nahm sie in die Arme und hielt ihr lachend den Mund zu. Notabene stimmte das mit dem Schwarm ihrer Schwester in keiner Weise. Wir lachten alle und der Bann war gebrochen.

„Was haben Sie verbrochen, Baronesse, daß Ihnen der Tarpuschkehner eine solche Mähre gegeben hat?" fragte ich. Eine unwillige Falte stand plötzlich zwischen ihren Augenbrauen, ich sollte sie noch des öfteren bei ihr sehen.

„Graf Karwein meinte, alle Pferde würden jetzt während der Ernte gebraucht. Aber es war auch schon früher so — ich bekomme nur die Pferde, die die anderen nicht mögen."

Mit ihrer Reitgerte machte sie einen unwilligen Lufthieb. „Für einen Flüchtling aus dem Baltikum ist der Wallach gut genug — sonst könnte ich übermütig werden. Aber das ist wohl bei einer Gutssekretärin in Tarpuschken nicht erwünscht."

Etwas wie Bitterkeit klang aus ihrer Stimme, die außerdem eine Überraschung für mich war. Es war ein heller Alt mit dem Klang preußischer Fanfaren. Wie mochte die Stimme klingen, wenn sie zärtliche Worte sagte; ich konnte es mir in meiner jugendlichen Unerfahrenheit nicht vorstellen.

Im spöttischen Tonfall klang ihr Alt jedoch voll und ansprechend. Fortsetzung folgt

Glocken der Kirchen daheim

Geläut aus Ostdeutschland klingt rund um den Erdball

Wenn an jedem Sonnabend die Ansagerin der Deutschen Welle im Kölner Funkhaus ankündigt, daß nun — nach dem Choral — die Glocken einer deutschen Kirche rings um den Erdball für den deutschen Hörer den Sonntag einläuten, dann ertönen nicht nur westdeutsche, sondern auch mittel- und ostdeutsche Kirchenglocken. Aus unzähligen Briefen weiß die Redaktion, was den Hörern, die außerhalb der Grenzen ihres Landes leben, im Anschluß an das „Wort zum Sonntag" das Glockengeläut bedeutet. Es ist über Meere und Kontinente hinweg ein vertrauter Gruß aus der Heimat.

Für die Redakteure ergab sich eine Schwierigkeit bei der Auswahl des Wochenend-Geläuts: sie konnten die Wünsche nach Glocken „von drüben" häufig nicht erfüllen. Die Frage, wie dem abgeholfen werden könnte, führte zu intensiven Nachforschungen. Aber auch Umfragen bei den deutschen Rundfunkanstalten und beim Deutschen Rundfunkarchiv waren nicht im erhofften Ausmaß ergiebig. Erst der Hinweis auf ein beim Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg bestehendes Glockenarchiv verhieß Hoffnung. In der Tat, dieses Archiv erwies sich als außerordentlich fündig in ihm war eine umfangreiche Liste mit fast 1300 Glocken aus evangelischen und katholischen Kirchen der Provinzen von jenseits der Oder und Gemeinde zu bekommen, die heute in Patengemeinden der Bundesrepublik läuten. Oft wissen nicht einmal die Pfarrer, geschweige denn die Gemeindeglieder davon.

Die Glocken waren gegen Ende des Krieges zum Einschmelzen zusammengetragen worden — sie überstanden das Jahr 1945 jedoch unbeschädigt. In Patengemeinden fanden sie ihren neuen Standort.

Die umfangreiche Glockenliste ruft Erinnerungen an Land und Leute wach, sie gibt häufig Kunde von Ereignissen deutscher Geschichte; ihr Umfang reicht vom Memelland bis Oberschlesien.

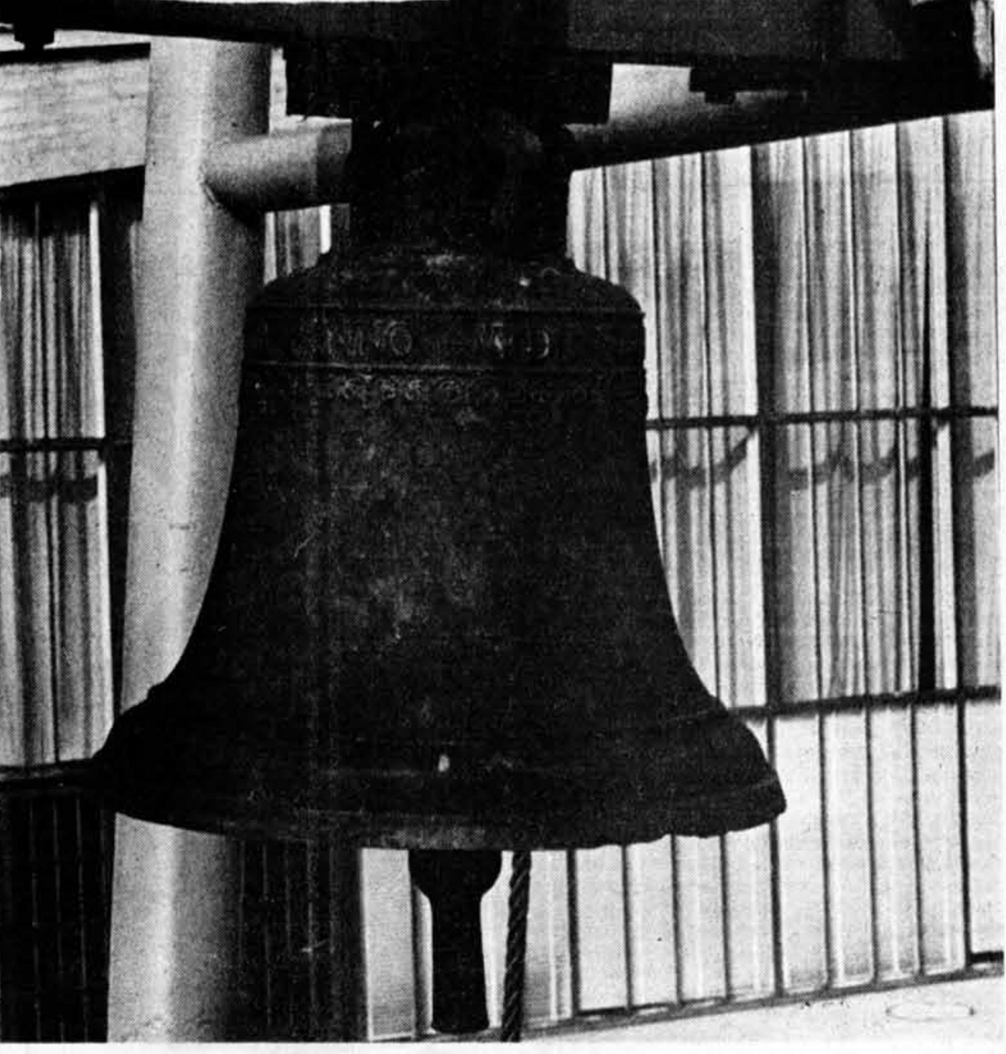
Allein aus Ostpreußen werden in Erinnerung gerufen die Glocken des Domes zu Königsberg, 1736 gegossen, jetzt im Batterieturm der Schloßruine Burg/Wupper; Braunsbergs katholische Glocken hängen in Münster und Köln, die von Heilsberg in Freiburg. Königsberger evangelisches Glockengeläut findet sich in Kirchboizen/Hannover und in Leer/Ostfriesland sowie in Patenobhut des Landeskirchenamts Kassel.

Die Reihe ist lang: Die Glocken von Insterburg haben ihren neuen Standort in Langboldt (Han), die von Gumbinnen in Großwalde. Rastenburger Kirchenglocken betreut die Gemeinde St. Andreas in Hildesheim und Sachsenhain (Han), Glocken aus dem Kreis Angerapp (Darkehmen) läuten in Bleddeln (Han)), aus dem Kreis Schloßberg (Pillkallen) im Bereiche Kassel. Sieben Geläute aus dem Kreis Mohrungen sind nach Hannover, Wolfenbüttel und Husum gekommen. Glocken aus Nikolaiken betreut das Landeskirchenamt Düsseldorf. die Glocken der Coppernicus-Stadt Frauenburg wiederum sind in Hildesheim und Rothenburg zu hören.

Aber nicht nur bekannte und durch historische Ereignisse gewichtige Städtenamen tauchen in den Glockenlisten auf. Hier sind auch kleine und kleinste Orte festgehalten, so etwa die Tatsache, daß die Glocken der katholischen Gemeinde Kiwitten, Kr. Heilsberg, 1652 gegossen, heute in Essen-Borbeck hängen. Evangelische Glocken aus Samitten finden wir in Stuttgart, die von Pr.-Eylau in Fischbach bei Kronach. Glocken aus dem Kreise Bartenstein gelangten nach Düsseldorf, aus dem Samland nach Trostberg (Bayern) und aus Fischhausen nach Lüneburg.

Es ist weithin unbekannt, wie viele ostdeutsche Glocken den Christen in der Bundesrepublik den Sonntag einläuten. Hier läge eine große und schöne Aufgabe für die Heimatkreise der Landsmannschaften, in allen Gotteshäusern, die als Paten ostdeutsche Glocken beherbergen, eine Hinweistafel auf die Odyssee der Glocken ihrer Heimatstadt anzubringen.

Werner Bader / KK



Sit nomen domini benedictus — Gepriesen sei der Name des Herrn. Diese Inschrift prägte der Gießer im Jahre 1557, vor mehr als vierhundert Jahren, in diese ostpreußische Glocke. Sie wurde im letzten Krieg abgeliefert, um eingeschmolzen zu werden, aber sie überstand das Inferno. Bei der Hamburger Internationalen Gartenbauausstellung 1953 rief diese alte Glocke die Besucher zur Besinnung auf die Heimat im Osten. Foto Conti Press

Sprache als Heimat der Vertriebenen

Kuno Felchner las im Berliner Haus der Ostdeutschen Heimat aus dem Roman »Hof in Masuren«

Der Roman „Hof in Masuren" machte im Jahre 1934 den Verfasser mit einem Schlage weit über die Grenzen der Heimat bekannt. Außerdem gedieh der Band dem Cotta-Verlag zu einem Verkaufserfolg: Von den 65 000 Exemplaren war der Großteil bald vergriffen; eine Restauflage erschien kurz nach dem Krieg unter dem Titel „Die leuchtende Brücke".

Der Termin für die Lesung lag nicht gerade günstig: Viele heimattreue Ostpreußen aus Berlin waren nach Laboe gefahren, andere mochte der Sonnabendnachmittag im Mai stärker ins Grüne als in die Stresemannstraße gelockt haben. Die aber, die trotzdem gekommen waren, mochten skeptisch fragen: Wird heute nicht mühsam nachempfunden werden müssen, was einst pulsendes Leben war, wird das Werk unserer heutigen Weltsicht standhalten, wird unsere Heimatsprache durch den Substanzverlust, den sie seit der Vertreibung von Jahr zu Jahr in höherem Maße erleidet, an unmittelbarer Wirkung eingebüßt haben?

Beruhigt konnte man schon bald nach Beginn der Lesung feststellen: Dieser Roman ist nicht zum Staubfänger herabgesunken. Im Gegenteil: Die Gestalten besitzen nicht nur die alte Präsenz, sondern sie sind inzwischen unserem modernen Lebensgefühl nähergerückt. Die Sprache hat nicht nur ihren alten Glanz bewahrt, sondern gleichfalls stärkere Intensität gewonnen; denn „Für Vertriebene ist die Sprache die einzige Heimat" (Fürstin Mechthilde Lichnowsky).

Kuno Felchner

Hoch über dem Goldapgarsee

Auf solcher Hügelrücken Beuge,
die hier das Kliff mit Keitum krönte,
lag unser Dorfchen in Masuren,
an dem getreulich mich die Pferde
vor Vaters jagdlich leichtem Wagen
wie oft des Wegs vorbeigetragen
hoch über dem Goldapgarsee.

Der Kutscher fragte voll Vertrauen,
ich würde ihm die Antwort wissen,
vor der sein Grübeln dumpf versagte,
von wo die grimme Kälte käme,
die winters ihm die Hand verklammte,
ob hohl die Silberschnur der Drähte,
daß man ein Ferngespräch verstünde,
und was ihn sonst bedrängt an Fragen.
Ins Träumen schaukelte der Wagen
mich über dem Goldapgarsee.

Am Watt im Blick das Kliff von Keitum,
mit Wipfelgrün das Reetdach schirmend,
seh' ich das Dorfchen in Masuren
und atme Ammoniak der Pferde
vor Vaters jagdlich leichtem Wagen,
der mich den lieben Weg getragen
hoch über dem Goldapgarsee.

Aus dem Zyklus „Sommer auf Sylt"

Wenn mit vier Kapiteln auch nicht die Erlebnisfülle des Romans erfaßt werden konnte, so fügten sich diese Mosaiksteine doch zu einem farbigen Bild ostpreußischen ländlichen Lebens, heimatlicher Landschaft und unverfälschter, vertrauter Heimatsprache. Dieser ostpreußische Försterssohn Kuno Felchner kennt sein Land und seine Landsleute. Seine Individualität prägte er — wie der ältere Ernst Wiechert — in der Einsamkeit ostpreußischer Wälder. Vor billiger, allzu leichter Nachahmung wurde er bewahrt, weil große Bildungsreisen ihm in der Jugend versagt waren, weil er den Anschluß an zeitgenössische Literatur mühsamer gewinnen mußte als Altersgenossen aus großen Städten. Gerade darum ist Streben nach Aktualität um jeden Preis ihm wesensfremd. Weil er nicht „modern" sein will, kann er nie unmodern werden. Sein Roman behandelt ein überzeitliches, allgemein-menschliches Thema: Eine Gedankenschuld.

Seine ursprüngliche Erzählkunst schöpft ihre Kraft, Frische und Vielfalt aus den Quellen der Heimat: Das Einzugsgebiet seiner Romangestalten lag vor der Tür des Forsthauses. Ohne Schönfärberei und Sentimentalität analysiert Felchner vor dem Hintergrund heimatlicher Landschaft die Seelenlandschaft schlichter Menschen, berichtet von ihrem anspruchslosen Leben, ihrem Frohsinn und ihrer herzhaften Sinnesfreude, von ihrer Scheu und ihren starken, nie ausschweifenden Leidenschaften, ihrem Zartgefühl und ihrer Derbheit, ihren Ängsten und Widersprüchen.

Daneben wird Satire von beträchtlichen Härtegraden spürbar, besonders in der Kirchhofsfrauen-Szene. Doch ist Kuno Felchner deshalb kein Satiriker, sondern nur ein unerbittlicher Beobachter und behutsamer Augenöffner. Da er ausgeprägten Sinn für Humor hat, bietet er seinen lakonischen Witz unaufdringlich, seine Komik mit Diskretion. Der unbestechliche Schriftsteller kennt keine Effekthascherei. Dadurch zeichnet er sich vor seinem Lehrmeister Sudermann aus, über den er zur Entstehungszeit des „Hof in Masuren" gerade Material für eine Dissertation sichtete. Auch in der Handhabung der Heimatsprache, die er beherrscht wie kaum ein anderer Autor, scheint er Sudermann überlegen. Wie gut allein die Wiederbegegnung mit Wendungen wie: hubbrig, Bauersche, glupsch, unterwejens, Pisian, trautster Bengel, verrückte Marjell, Pungel! Dieser Magier des Wortes öffnet mit solchen Wörtern dem Strom der Erinnerung die Schleusen und ruft allein durch ihre selbstverständliche Verwendung zur Bewahrung dieser „Sprache des Herzens" (Ziesemer) auf.

Felchner hat nämlich den Leuten nicht nur „aufs Maul geschaut", er hat ihnen ihre Redeweise vom Mund abgelauscht und ihre Sprache zum literarischen Medium erhoben. Ob das Geschehen nun am traulichen Herd, in nachtdunklem Wald, am stillen Seeufer oder auf hellen Wiesenwegen abrollt — es strahlt dadurch ostpreußische Erdenwärme aus.

Die verständnisbereite Hörergemeinde ließ sich gern mitführen zu jenem „Hof in Masuren", der in sich die Elemente bester Erzählkunst vereinigt: lyrischen Zauber, epische Behaglichkeit, starke Dramatik im Gegeneinander von Leben und Tod, Liebe und Haß, Schuld und Sühne.

Durch langanhaltenden Beifall erbat man sich Zugaben: Felchner las daraufhin zwei Gedichte aus seinem fünfteiligen Zyklus „Sommer auf Sylt", deren erstes vor einiger Zeit im Ostpreußenblatt stand.

„Heimatverfallen und damit heimatwürdig" (Siegfried von der Trenck) geht Felchner, auch wenn er in Sylt weilt, „immer nach Hause" (Novalis), ob er nun am Keitumer Kliff an das „Damals am Goldapgarsee" denkt oder das „Watt mit dem Namen Haff" begrüßt. Bliebe für uns nur noch kopfschüttelnd zu fragen, warum dieser Autor, der so unübertrefflich gut Ostpreußisch spricht, noch nicht auf Schallplatten und (von einigen privaten Aufnahmen abgesehen) auf Tonband zu hören ist, und warum die Juroren, die Kulturpreise verteilen, diesen Schriftsteller bisher geflissentlich übersehen haben. Daß allein sein „Hof in Masuren" mehr über unsere Heimat aussagt als mancher Bildband, war durch die Lesung erneut offenbar geworden.

In einem Punkt allerdings trifft die Jury keine Schuld. So lange sich für seinen großangelegten „Sommer auf Sylt" und seinen Odysseus-Zyklus, in dem wir nicht so sehr dem Abenteurer als dem Heimkehrer Ulyss begegnen, kein Verleger findet, solange muß der Öffentlichkeit der Lyriker von Rang verborgen bleiben. Daß er sich mit seinen Gedichten in die beste Tradition deutscher Lyrik einreiht, wissen nur wenige. Warum aber findet sich kein Verleger zur Neuherausgabe des „Hof in Masuren"? Zum mindesten als Sprachspiegel und als Sprachdokument lieferte ein solcher Neudruck einen wertvollen Beitrag zur Substanzerhaltung unserer Heimatsprache. Untätigkeit muß hier zerstörerisch wirken, Rückbesinnung solcher Art ist nicht reaktionär, sondern zukunftweisend.

Diesen Aspekt, unter dem das Buch auf seinen heutigen Wert neu abzuklopfen wäre, hat Hugo von Hofmannsthal formuliert. Sein Wort vermittelt gleichzeitig den Eindruck, unter dem die Hörer an jenem Maisonnabend bewegt das Haus der ostdeutschen Heimat verließen:

. . . Die Sprache ist alles, was einem bleibt, der seine Heimat entbehren muß. Aber sie enthält auch alles. Wie der Lufthauch, der in stillen Nächten vom festen Lande her auf ein Schiff zuweht, traumhaft angefüllt ist mit dem Duft von süßem Wasser und dem Atem von Wäldern und Wiesen, so weht aus der Sprache ein Hauch der Heimat, der jenseits aller Worte ist. In ihr bewegen sich wie dunkle verfließende Schatten so viele Gesichter, soviel Landschaft ist in ihr, soviel Jugend, soviel Unsägliches.

Dr. Ida Kunigk

Adenauer-Preise verliehen

Feierstunde im Hambacher Schloß trotz Gegendemonstration



Preisträger Prof. Pascual Jordan mit seiner Gattin beim Empfang zum 20jährigen Bestehen des Ostpreußenblattes im April dieses Jahres. Foto Schmidt

An traditionsreicher Stätte, im Hambacher Schloß (Rheinland-Pfalz) wurden die Konrad-Adenauer-Preise der Deutschland-Stiftung 1970 verliehen. Preisträger waren der Physiker Prof. Pascual Jordan, der Schriftsteller Manfred Hausmann und der Journalist Winfried Martini. Veranstalter, Preisträger und Gäste — unter ihnen die Bundesminister a. D. v. Merkatz, Balke und Höcherl, der frühere niedersächsische Ministerpräsident Hellwege, Staatsminister a. D. Hundhammer und der Sohn des Altbundeskanzlers, Max Adenauer.

Gegen den „Mißbrauch des Hambacher Schlosses" protestierten etwa vierhundert junge Leute auf dem Waldweg, der zum Schloß führt, angefeuert von einem wissenschaftlichen Assistenten der Universität Marburg, mit dem Absingen der „Internationale", mit „Sieg-Heil"-Rufen und dem Schimpfwort „Nazimörder" ausgerechnet für einen Mann wie Hundhammer, der lange im KZ gesessen hat. In der Wochenzeitung „Welt am Sonntag" stellte H.-G. v. Studnitz fest, Umfragen unter den Demonstranten hätten ergeben, daß keineswegs alle der verführten Jugendlichen anzugeben vermochten, was ein Nazi ist: von Adenauer hatten manche noch nicht einmal gehört . . .

Bei der Feierstunde betonte der Ehrenpräsident der Stiftung, H. J. v. Merkatz, die Sicherheit unseres Daseins sei gefährdet; es gelte, die Gauner, Gangster und Snobs, die sich heute in der Öffentlichkeit breitmachten und zum Teil die Schalthebel bedienten, zu bekämpfen und zu überwinden.

Sie haben lange genug gewartet

Unterhaltshilfe wird endlich erhöht — Höchstgrenze bei Entschädigungsrente heraufgesetzt

Verärgert haben viele unserer Leser in letzter Zeit gefragt, was aus dem zweiten Anpassungsgesetz zur Unterhaltshilfe geworden ist. In Folge 12 vom 21. März hatten wir erstmals über den Entwurf der Bundesregierung berichtet, der dem Bundesrat reichlich spät zugeleitet wurde. Am 30 April hat nun der Innenausschuß des 6. Deutschen Bundestages, der jetzt für die Gesetzgebung der Kriegsfolgen zuständig ist, das zweite Unterhaltshilfe-Anpassungsgesetz verabschiedet. Inzwischen haben der Haushaltsausschuß und das Plenum des Bundestages (am 26. Mai) zugestimmt. Sobald der Bundesrat (wahrscheinlich Mitte des Monats) sein Einverständnis gegeben hat, kann das Gesetz rückwirkend zum 1. Juni in Kraft treten. Das wird erst Mitte Juli der Fall sein.

Bedauerlich ist, daß sich die Bundesregierung zu lange Zeit gelassen hat mit ihrem unzureichenden Entwurf. Denn da seit 1957 alle Erhöhungen der Unterhaltshilfe immer zum 1. Juni in Kraft treten, wurden die beratenden Gremien unter unverantwortlichen Druck gesetzt. So hat u. a. der Gesetzgeber auf Aussprachen und weitere Änderungsanträge verzichtet, um keine Verzögerung auszulösen. Dennoch ist eine Auszahlung der Erhöhungen zum 1. Juli kaum möglich. Das bedeutet gleichzeitig, daß mit der ersten Zahlung auch zwei Nachzahlungen fällig werden.

Was bringt das neue Gesetz nun den Betroffenen, die die letzte Erhöhung vor drei Jahren erhielten?

1. Die Unterhaltshilfe wird für den Alleinstehenden um 30 DM erhöht.
2. Der Zuschlag für Ehegatten wird um 20 DM aufgebessert. Das heißt also: Für Ehepaare wird die Unterhaltshilfe insgesamt um 50 DM angehoben.
3. Der Kinderzuschlag wird um 10 DM von auf 80 DM erhöht.
4. Die Waisenrente wird nach dem Beschluß des Innenausschusses nicht nur um 16 DM, sondern um 20 DM von 110 DM auf 130 DM aufgestockt.
5. Der Selbständigenzuschlag zur Unterhaltshilfe wird einheitlich um 15 DM für Berechtigten angehoben und um 10 DM für den Ehegatten (für Ehepaare also um 25 DM).

Die Neuberechnungen bei den Ausgleichsämtern werden von Amts wegen vorgenommen und erfordern natürlich ihre Zeit. Deshalb braucht also kein Betroffener den beschwerlichen Gang zu Behörden selbst zu unternehmen.

Die Opposition hat sich der Erhöhung des Selbständigenzuschlags zur Unterhaltshilfe gegen die nivellierende Form der Aufbesserung gewandt. Sie wollte nicht, daß der Zuschlag in seinen sechs Stufen mit einem einheitlichen absoluten Betrag erhöht würde, sondern mit einem abgestuften Prozentsatz. Bedauerlicherweise wurde dieser Antrag jedoch abgelehnt. Ein weiterer Antrag der CDU/CSU, zwei neue Stufen zu bilden, wurde für die 23. LAG-Novelle zurückgestellt. Danach soll der Selbständigenzuschlag bis in den Bereich der großbäuerlichen Betriebe und der kleinen Unternehmen gestaffelt werden. Bereits im vergangenen Sommer hatte der Bund der Vertriebenen eine Staffelung angeregt, um die Individualisierung der Altersversorgung der ehemals Selbständigen zu verstärken.

Zum 2. Unterhaltshilfe-Anpassungsgesetz gehören neue Einkommenshöchstgrenzen bei der Entschädigungsrente. Hier liegen die politischen Auffassungen erheblich weit auseinander. Obwohl seit 1961 keine Verbesserung erfolgte, hielt das Bundeskabinett eine Angleichung an das gestiegene Sozialniveau nicht für erforderlich! Sie sah lediglich eine Aufbesserung von 30 DM vor. Die CDU/CSU-Fraktion dagegen hatte beantragt, die Obergrenze um 100 DM heraufzusetzen. Aufschlußreich ist, daß das sozialdemokratisch regierte Bundesland Niedersachsen im Bundesrat eine Anhebung sogar um 200 DM forderte. Damit wird doch dokumentiert, daß eine wesentliche Verbesserung der Höchstgrenzen bei der Entschädigungsrente dringend erforderlich ist.

Im Innenausschuß des Bundestages, der daraufhin stark von der Regierungsvorlage abwich, nahmen die Mitglieder schließlich einen Kompromiß der FDP an. Danach ergeben sich folgende Veränderungen hinsichtlich des Einkommenshöchstbetrages:

a) Die Höchstgrenze der Entschädigungsrente steigt um 70 DM. Für Ehegatten verbessert sie sich zusätzlich um 30 DM, für jedes Kind um 12 DM. Für Waisen erhöht sich die Obergrenze um 25 DM.

b) Wird die Entschädigungsrente nach einem Grundbetrag der Hauptentschädigung errechnet, steigt die Höchstgrenze um 100 DM. Für Ehegatten verbessert sie sich zusätzlich um 35 DM, für jedes Kind um 18 DM. Für Waisen erhöht sich in diesem Fall die Obergrenze um 40 DM.

Das bedeutet im Fall a), daß sich der Einkommenshöchstbetrag für Alleinstehende von bisher 450 DM auf 520 DM erhöht und bei Ehepaaren von 650 DM auf 750 DM.

Im Fall b) ändert sich der Einkommenshöchstbetrag für Alleinstestehende von bisher 650 DM auf 750 DM und bei Ehepaaren von 900 DM auf 1035 DM.

Vergleicht man diese Beträge mit der Angestelltenrente, so muß man sagen, daß eine Erhöhung wirklich angebracht ist. Denn bei der Angestelltenrente beträgt die Höchstgrenze in der niedrigsten Stufe sogar 978 DM. In diesem Zusammenhang ist außerdem daran zu erinnern, daß das verlorene Vermögen für die Betroffenen ja die Altersversorgung bedeutete. Es war deshalb dringend erforderlich, die Erhöhung über die Unterhaltshilfesätze hinaus vorzunehmen, weil die Empfänger zu dem sozial schwächeren Teil der Geschädigten gehören. Denn wegen des niedrigen Einkommenshöchstbetrages und wegen der Anrechnungsvorschriften haben sie neben der Kriegsschadenrente keine oder nur unbedeutende andere Einkünfte.

Mit diesen Änderungen durch das zweite Anpassungsgesetz zur Unterhaltshilfe wird zunächst das Notwendigste für die betroffenen Vertriebenen, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigten getan. Aber es bleiben weitere Probleme offen: die abgestufte Gestaltung des Selbständigenzuschlags und die Einbeziehung der jüngeren und nicht erwerbsunfähigen Jahrgänge der Spätaussiedler, die hier keine ausreichende Altersversorgung im Rahmen der Rentenversicherung erreichen können. **Horst Zander**

Ab wann Altersruhegeld?

Antrag und Beginn der gesetzlichen Rentenversicherung

Altersruhegeld wird bei Erfüllung einer Wartezeit von 180 Kalendermonaten und Erreichung eines Lebensalters von 65. bzw. 60 Jahren gewährt. „Normales" Altersruhegeld steht allen Versicherten zu, die das 65. Lebensjahr vollendet haben. Es beginnt nicht etwa schon mit dem 65. Geburtstag, sondern erst mit dem Ersten des folgenden Monats. Der Zeitpunkt der Antragstellung ist hierbei von untergeordneter Bedeutung. Auch wenn das Altersruhegeld erst nach Erreichung des 65. Lebensjahres beantragt wird, hat der Antragsteller hierdurch keinen finanziellen Nachteil. Er muß lediglich ein entsprechend spätere Auszahlung der Rente in Kauf nehmen. Auch kann er einen späteren Zeitpunkt für das Einsetzen des Altersruhegeldes wählen, z. B. weil die Wartezeit bei Erreichung des 65. Lebensjahres noch nicht erfüllt ist.

Vorgezogenes Altersruhegeld an Versicherte, die das 60. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens einem Jahr ununterbrochen arbeitslos sind, für die weitere Dauer der Arbeitslosigkeit beginnt dagegen auch bei vorheriger Erfüllung der übrigen Voraussetzungen stets erst nach Ablauf des Monats, in dem der Rentenantrag gestellt wird. Die gleiche Regelung gilt für die Gewährung des vorgezogenen Altersruhegeldes an weibliche Versicherte, die das 60. Lebensjahr vollendet, in den letzten zwanzig Jahren überwiegend eine rentenversicherungspflichtige Beschäftigung oder Tätigkeit ausgeübt haben und eine Beschäftigung gegen Entgelt oder eine Erwerbstätigkeit nicht mehr ausüben.

Rente wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit wird vom Ablauf des Monats an, in dem der Versicherungsfall eingetreten und eine Wartezeit von 60 Kalendermonaten erfüllt ist, gewährt, wenn der Rentenantrag innerhalb von drei Monaten — gerechnet vom Tag des Eintritts der Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit an — gestellt wird. Bei späterer Antragstellung setzt die Rente erst mit Beginn des Antragsmonats ein. Handelt es sich dagegen um einen Antrag auf Wiedergewährung einer Rente oder darum, daß eine bereits gewährte Rente in eine höhere Leistung umgewandelt werden soll, z. B. Umwandlung einer Rente wegen Berufsunfähigkeit infolge weiteren Abfalls der Erwerbsfähigkeit des Rentenempfängers in eine Rente wegen Erwerbsunfähigkeit, kann die neue Rente stets nur vom Beginn des Antragmonats an verlangt werden.

Diese Einschränkung gilt jedoch nicht für die Umwandlung einer Rente wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit in „normales" Altersruhegeld wegen Vollendung des 65. Lebensjahres. In diesem Fall beginnt das Altersruhegeld vielmehr auch bei späterem Antrag mit dem Ablauf des Monats, in dem das 65. Lebensjahr vollendet wurde, es sei denn, daß der Rentenberechtigte ausdrücklich einen späteren Zeitpunkt für das Einsetzen des Altersruhegeldes wünscht. Ebenfalls beginnt die „Große Witwenrente" einer Versicherten, die bisher die „Kleine Witwenrente" bezog, anläßlich der Vollendung ihres 45. Lebensjahres stets mit dem Ablauf des Monats, in dem ihr 45 Jahre alt wird.

Im allgemeinen können Anträge auf Rente nur gestellt werden, wenn die Voraussetzungen für die Rentengewährung vorliegen, z. B. wenn Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit festgestellt wurde, oder wenn der Tod des Versicherten oder des Rentenempfängers eingetreten ist. Jedoch empfiehlt es sich, Anträge auf Altersruhegeld bereits drei bis vier Monate vor Erreichung der Altersgrenze einzureichen.

Dr. Fritz Stumpf

Wichtig! Bitte ausschneiden und aufheben

Keine Rentenminderung durch Kriegsereignisse



Auch bei Verlust von Unterlagen Nachweis möglich

HZ — Aus vielen Briefen und Anfragen unserer Leser spricht Ratlosigkeit, weil sie bei der Beantragung ihrer Rente Versicherungszeiten vor 1945 nicht nachweisen können. Deshalb möchten wir mit dieser Serie Aufklärung darüber geben, was wird, wenn die Versicherungsunterlagen aus den Vertreibungsgebieten durch die Kriegsereignisse verlorengegangen sind. Den ersten Teil dieser Serie haben wir bereits in Folge 14 vom 4. April auf Seite 6 an dieser Stelle veröffentlicht. Infolge technischer Umstände trat leider eine Unterbrechung bis heute ein. Diese Serie legen wir so an, daß sie bequem ausgeschnitten und in einem DIN-A-5-Schnellhefter aufbewahrt werden kann. Der Zeitungsrand soll dabei als Heftrand dienen. Wir würden uns freuen, wenn dieser „Kundendienst" Ihre Zustimmung findet und wir Ihnen, liebe Leser, wieder eine echte Hilfe darbieten können. Sollte Ihnen die Folge 1 der Serie abhanden gekommen sein, schreiben Sie bitte an die Sozialredaktion des Ostpreußenblattes. Die entsprechende Ausgabe unserer Zeitung wird Ihnen dann kostenlos zugeschickt.

Ein Ersatz oder die Wiederherstellung von Versicherungsunterlagen — im nachfolgenden wird hierüber ausführlich berichtet — ist dann erforderlich, wenn die erste Versicherungskarte im Bereich der nachfolgenden Landesversicherungsanstalten v o r dem 8. Mai 1945 ausgestellt worden oder zum Umtausch gekommen ist:

LVA Brandenburg	in Berlin
LVA Danzig-Westpreußen LVA Freie Stadt Danzig	in Danzig
LVA Grenzmark Posen-Westpreußen	in Meseritz bzw. Schneidemühl
LVA des Memelgebietes	in Memel
LVA Ostpreußen	in Königsberg
LVA Pommern	in Stettin
LVA Posen	in Posen
LVA Sachsen-Anhalt	in Merseburg
LVA Schlesien	in Breslau
LVA Wartheland	in Posen
LVA Westpreußen	in Danzig

Die Versicherungskartenbestände dieser Landesversicherungsanstalten sind durch Kriegs- oder Nachkriegseinwirkungen vollständig vernichtet. Ganz oder teilweise bestehen noch Kartenarchive bei folgenden früheren Landesversicherungsanstalten: LVA Berlin, LVA Mecklenburg, LVA Pommern, LVA Sachsen und LVA Thüringen. Die Anforderung von Versicherungskarten bei diesen früheren Landesversicherungsanstalten erfolgt heute von den Rentenversicherungsträgern.

Nach den zur Zeit geltenden Gesetzen und Verordnungen ergeben sich drei Möglichkeiten, vernichtete oder in Verlust geratene Versicherungsunterlagen wiederherzustellen. Jede dieser Möglichkeiten basiert auf einer bestimmten Rechtsform; man kann also nicht zwischen drei verschiedenen Möglichkeiten wählen.

Die erste Art der Wiederherstellung von Versicherungsunterlagen ist der Ersatz von Versicherungskarten. Das Gesetz schreibt hier vor, daß verlorene, unbrauchbare oder zerstörte Versicherungskarten ersetzt werden. In erster Linie ist hierbei an die Versicherungskarten gedacht, die noch im Gebrauch (also bei dem Arbeitgeber oder dem Versicherten selbst) waren und hier durch Kriegseinwirkungen oder andere Umstände in Verlust geraten sind und den Versicherungsträger nie erreicht haben. Nun ist nicht jede Versicherungskarte zu ersetzen. Wenn eine Versicherungskarte ersetzt wird, so tritt sie dieselbe rechtliche Bedeutung und Beweiskraft wie die vernichtete Versicherungskarte an. Erforderlich ist also für den Ersatz, daß alle Tatbestandsmerkmale nachgewiesen sind. Das gilt sowohl für die tatsächlich in der verlorenen Versicherungskarte enthalten gewesenen Beitragsmarken als auch für die nach dem sogenannten Lohnabzugsverfahren (ab 29. Juni 1942 entfiel die Markenentrichtung für eingetragenen Entgelte, so daß für die Beitragsentrichtung herangezogen worden waren.

Eine Glaubhaftmachung genügt zum Ersatz von Versicherungsunterlagen nicht. Wie im einzelnen der Ersatz von Versicherungsunterlagen vorzunehmen ist, regelt die hierzu ergangene Verwaltungsvorschrift. Auf eine diesbezügliche Wiedergabe wird wegen der Kompliziertheit an dieser Stelle verzichtet.

Wird fortgesetzt

Der Leser fragt — Das Ostpreußenblatt antwortet

Nachzahlung von Rente?

Frage: Ich erhalte Kriegsschadenrente und habe kürzlich eine Nachzahlung auf meine Invalidenrente erhalten, und zwar für die Zeit von 1967 bis 1969. Dies muß ich dem Ausgleichsamt melden. Wird mir nun die Kriegsschadenrente gekürzt und muß ich eventuell sogar die zuviel gezahlte Unterhaltshilfe von 1967 bis 1969 zurückzahlen?

Antwort: Nachdem Sie Ihre neue Rente dem Ausgleichsamt gemeldet haben, muß das Ausgleichsamt rückwirkend eine Neuberechnung vornehmen. Mit Sicherheit wird, sofern es sich um eine Unterhaltshilfe handelt, eine Überzahlung festgestellt. Es bleibt Ihnen nichts anderes übrig, als von Ihrer Rentennachzahlung den überzahlten Betrag an Unterhaltshilfe an das Ausgleichsamt zurückzuzahlen.

Sofern Sie aber keine Unterhaltshilfe, sondern nur Entschädigungsrente erhalten, ist die Sache nur halb so schlimm. Dann prüft das Amt lediglich, ob Sie durch die neue Rente den Einkommenshöchstbetrag überschreiten. Da Ihrer LAG-Rente mit großer Wahrscheinlichkeit ein Grundbetrag der Hauptentschädigung zugrunde liegt, wonach Ihre Entschädigungsrente berechnet ist, wird diese Rente nicht gekürzt, wenn die Rente nicht 650 DM übersteigt; sofern Sie mit Ihrer Frau zusammenleben, darf der Höchstbetrag der Rente nicht 900 DM monatlich übersteigen. Es gibt zwar noch Sonderbestimmungen, nach denen der Höchstbetrag noch höher sein darf. Da Sie aber nur eine sehr kurze Frage gestellt haben und Einzelheiten fehlen, brauche ich hierauf nicht näher einzugehen.

Hausanteil verschenken oder vererben?

Frage: Ich bin Heimatvertriebene und zur Hälfte Miteigentümerin eines 1964 erbauten Einfamilienhauses. Der Einheitswert beträgt 20 000 DM. Was ist vorteilhafter und mit weniger Kosten verbunden, wenn ich meinen Anteil am Haus meinen beiden Enkeln schon jetzt überschreiben lasse (Schenkung) oder dies in einem Testament festlege, damit sie es nach meinem Tode erben? Wie hoch wäre in diesem Fall die Erbschaftssteuer?

Antwort: Zu diesem Thema möchten wir grundsätzlich betonen, daß man sich in Fragen des Erbrechts und der hiermit verbundenen Besteuerung an einen in diesen Fragen versierten Rechtsanwalt wenden sollte, weil es dabei oft auf wichtige Einzelheiten ankommt, die von dem Bürger nicht gesehen werden.

Wenn die Verhältnisse aber so klar liegen, können wir auf folgendes hinweisen: Wegen der Kosten ist es gleichgültig, ob Sie Ihren Hausanteil schon jetzt an Ihre Enkel verschenken oder erst später vererben. Die Erbschafts- bzw. Schenkungssteuer ist gleich hoch. Wenn das Haus einen Einheitswert von 20 000 DM hat und Ihnen davon die Hälfte, also ein Einheitswert von 10 000 DM, gehört, dann fällt weder eine Erbschaftssteuer noch eine Schenkungssteuer an. Bei Enkeln findet die Steuerklasse 2 Anwendung; danach gibt es für jeden Enkel einen Freibetrag bis zu 20 000 DM. Eine Steuer fällt also erst an, wenn dieser Betrag überschritten wird. Die Notariatskosten für die Eintragung in das Grundbuch fallen in beiden von Ihnen vorgesehenen Fällen an.

Altersrente und LAG-Rente

Frage: Ein Bekannter von mir ist Vertriebener und erhält neben seiner Altersrente 150 DM Rente aus dem Lastenausgleich; er war selbständig. Ich selbst habe seit 1920 in Mitteldeutschland gewohnt und war dort auch selbständiger Handelsvertreter und bin jetzt im Besitz eines Ausweises C. Kann ich auch neben meiner bescheidenen Altersrente noch Unterhaltshilfe und Selbständigenzuschlag beantragen?

Antwort: Grundsätzlich besteht kein Unterschied mehr zwischen den Vertriebenen und Flüchtlingen in der Altersversorgung aus dem Lastenausgleich.

Sie mußten schon seit 1965 einen Feststellungsantrag für Ihren Existenzverlust als selbständiger Handelsvertreter in Mitteldeutschland bei Ihrem örtlichen Ausgleichsamt stellen. Das wäre, falls noch nicht geschehen, sofort zu veranlassen.

Dann hängt es, genau wie bei allen übrigen Geschädigten, davon ab, ob Sie wegen Ihrer Altersrente und Ihres derzeitigen Verdienstes noch eine „Beihilfe zum Lebensunterhalt mit Selbständigenzuschlag" erhalten können. Auf jeden Fall sollten Sie die Sache in Angriff nehmen. Die Ausgleichsbehörden sind zur Aufklärung verpflichtet!

Unterhaltshilfe und Eigenheim

Frage: Ich beziehe Unterhaltshilfe aus dem Lastenausgleich und habe ein Eigenheim, das einen Einheitswert von 6000 DM hatte. Vor einiger Zeit erhielt ich einen neuen Einheitswertbescheid über 17 000 DM. Ich bitte um Auskunft, ob das auf meine Unterhaltshilfe einen negativen Einfluß hat, weil die Vermögensgrenze doch bei 12 000 DM liegt, die man nicht überschreiten darf, um Unterhaltshilfe zu beziehen.

Antwort: Nach maßgeblicher Auskunft des Bundesausgleichsamts hat die Neufestsetzung der Einheitswerte auf die Gewährung von Unterhaltshilfe keinen Einfluß.

Ergänzend können wir Ihnen dazu mitteilen, daß aus den neuen Einheitswerten zur Zeit weder steuerliche noch sonstige Konsequenzen gezogen werden können; im übrigen gilt ein Eigenheim nicht als verwertbares Vermögen im Sinne des LAG.

Das Königsberger Erbe

Besuch im „Haus Königsberg" der Patenstadt Duisburg

Unter den Einrichtungen, die im Vollzug der Patenschaft zwischen west- und ostdeutschen Städten entstanden sind, nimmt das Haus Königsberg in Duisburg einen besonderen Rang ein. Als die Patenschaft zwischen Duisburg und Königsberg/Preußen im September 1952 vom Rat der Stadt Duisburg beschlossen worden war, begann ein eifriges Sammeln Königsberger Kulturgutes. Natürlich konnte man es nicht planmäßig zusammentragen, wie man es früher getan hätte. Man mußte nehmen, was geboten wurde, als Geschenk oder zum Kauf. Das war nur ein geringer Rest des einstigen Reichtums; es kam aber im Laufe der Jahre doch so viel zusammen, daß es sich lohnte, den Bestand zu ordnen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Stadt Duisburg stellte dazu ein in der Nähe des Hauptbahnhofs gelegenes ehemaliges Patrizierhaus zur Verfügung, dessen Zimmer in Ausstellungsräume umgewandelt wurden und in dessen Archiv u. a. eine Kartei mit Namen und Anschriften von etwa 250 000 lebenden und verstorbenen Königsbergern aufbewahrt wird.

Im Vorraum des Hauses Königsberg fällt der Blick des Besuchers auf ein die Stirnseite einnehmendes Großfoto des Braunschen Planes, der Königsberg im Bauzustand von 1540 zeigt. In Vitrinen liegen Urkunden und Fotos von der Patenschaftsübernahme. Einen besonderen Anziehungspunkt, gerade auch für Nichtostpreußen, bildet im nächsten Raum eine Bernsteinsammlung, die die Duisburger Sparkasse aus dem Besitz der alten Königsberger Firma Bistrick erworben und als Leihgabe zur Verfügung gestellt hat.

Von Kant bis Kollwitz

Der nächste Raum ist dem geistigen Leben Königsbergs gewidmet, vor allem der Universität mit Modellen und Bildern der Albertina und des Domes, der zugleich Universitätskirche war, ihres Gründers Herzog Albrecht, ihrer Professoren und Studenten.

Hervorzuheben sind eine Kantbüste von Bardou und ein Originalportrait des Philosophen von Doebler. Aber auch Königsberger Künstler kommen hier zu Wort oder, genauer gesagt, ins Bild, Dichter wie E. Th. Hoffmann, Zacharias Werner und Agnes Miegel, Komponisten wie Nicolai und Besch, bildende Künstler wie Lovis Corinth, Käthe Kollwitz und Eduard Bischoff. Das Hauptstück des anschließenden Raumes ist ein Modell der Königsberger Innenstadt in den Grenzen der Umwallung des 19. Jahrhunderts. Ergänzt wird es durch zahlreiche alte Stadtpläne, Stiche von Bauwerken und Darstellungen von besonderen Ereignissen der Königsberger Stadtgeschichte. Besonders gelungen ist ein Modell der Lastadie, des Innenhafens mit den für eine Hansestadt charakteristischen hochgiebligen Fachwerkspeichern. Ein Forschungsgegenstand besonderer Art ist die Sammlung von Großfotos der Speichermarken, die an den Speichern angebracht waren und ihnen den Namen gegeben haben; weitere Großfotos zeigen die schönsten Königsberger Bauten, Kirchen und Denkmäler.

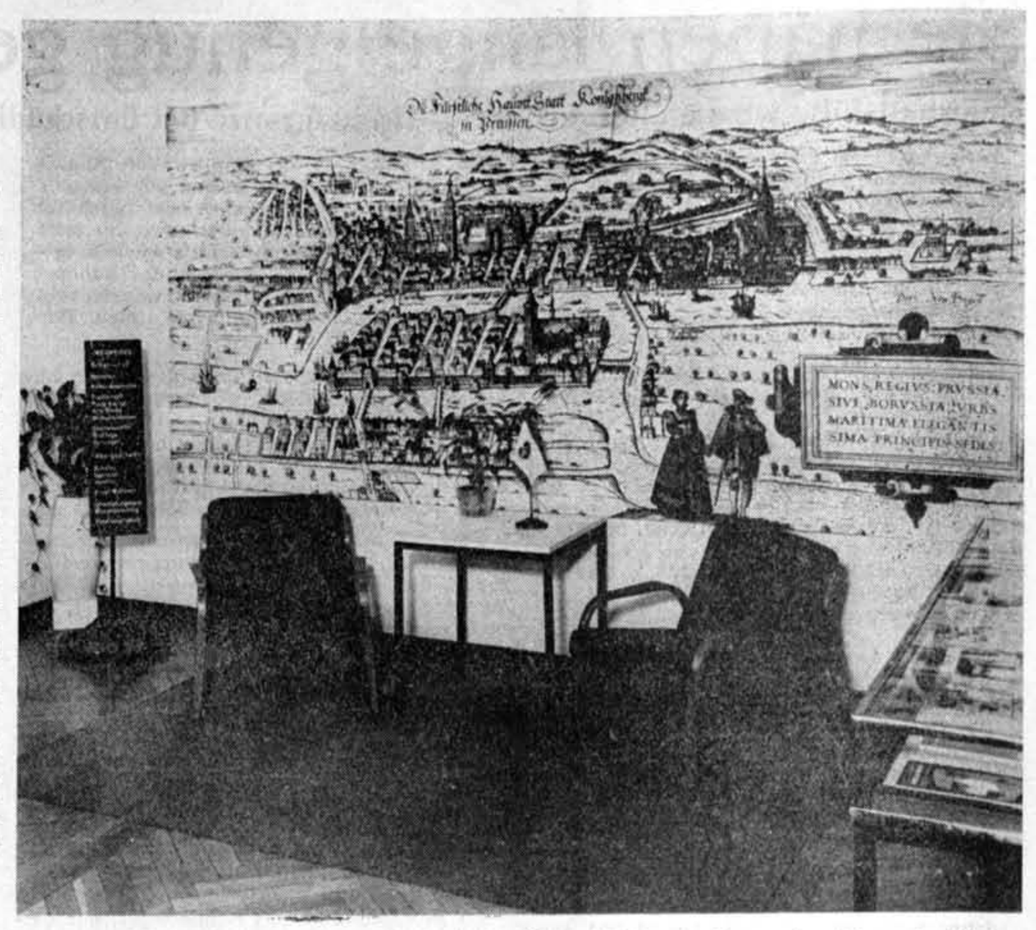
Noch ausbaufähig sind die Abteilungen Stadtverwaltung (mit Bildern von Bürgermeistern, Stadtverordneten und Kommunalpolitikern) und Königsberger Zeitungen, die in Westdeutschland nicht gesammelt worden sind, was der Geschichtsforscher heute besonders schmerzlich empfindet. So sind wir für die ältere Zeit auf Fotos von Archivexemplaren angewiesen und für die jüngere auf zufällig erhalten gebliebene Einzelstücke. Unter ihnen sind immerhin Raritäten aus der Zeit der Belagerung kurz vor dem Untergang der Stadt.

Gezeigt werden ferner Münzen und Medaillen, Inflations- und Notgeld, Vereins- und Festabzeichen, Theaterzettel und familiengeschichtliche Dokumente wie Stammbücher und Patenbriefe. Solche Erinnerungsstücke sind vorwiegend im Obergeschoß des Hauses zu finden, das den Sportvereinen, Schulen und Regimentern vorbehalten ist. Hier finden wir Fotos von Schulgebäuden, Festschriften, Fahnen und Vereinswappen. Der innerste Raum des Hauses ist von besonderer Art: eine Gedächtnisstätte für Ernst Wiechert. Seine Witwe hat der Stadtgemeinschaft Königsberg in Duisburg großzügig Möbel, Bilder und Schriften aus dem persönlichen Besitz des Dichters überlassen, so z. B. den roten „Stürmer", den er trug, als er das Abitur am Königsberger Burggymnasium bestanden hatte, Ehrenurkunden und Manuskripte.

Mühsame Sammelarbeit

Wer weiß, wie viele Zeugnisse alter Kultur es in Königsberg gegeben hat, wer noch das Stadtgeschichtliche Museum im alten kneiphöfschen Rathaus in Erinnerung hat, ist erschüttert, wenn er sieht, wie gering der Rest ist, der den Zusammenbruch Deutschlands und den Untergang der Stadt überstanden hat. Wer das Erreichte aber vom Nullpunkt des Jahres 1945 aus betrachtet, ist erfreut über die Menge mannigfachen Kulturgutes, das in langer, mühsamer Sammelarbeit wieder an das Licht der Öffentlichkeit geholt worden ist. Die Idee der Patenschaft ist im Haus Königsberg in besonders schöner Weise Wirklichkeit geworden. Das Haus ist ein Ergebnis erfreulicher Zusammenarbeit. Die Duisburger wissen, was sie ihrem Patenkind, der östlichsten Großstadt Deutschlands, schuldig sind, und die Königsberger danken es ihnen, indem sie alles, was heute noch den einstigen Rang ihrer Stadt beweisen kann, zusammentragen, ordnen und zur Schau stellen — zur Erinnerung für die Mitlebenden und zur Mahnung für alle Kommenden.

Fritz Gause



Die Wand des Vorraumes schmückt eine große Reproduktion des Braunschen Plans, der Königsberg um 1540 zeigt.

Er schrieb die „Lustigen Weiber"

Vor 160 Jahren wurde in Königsberg Otto Nicolai geboren — Karl Friedrich Zelter förderte ihn

Zum dreihundertjährigen Bestehen der Albertus-Universität seiner Vaterstadt Königsberg schrieb er die Festouvertüre, und fünf Jahre später machte ihn seine Oper „Die lustigen Weiber von Windsor", deren Uraufführung in Berlin er selbst dirigierte, mit einem Schlag berühmt: Otto Nicolai. Vor 160 Jahren, am 6. Juni 1810, wurde er in Königsberg geboren.

Otto Nicolais Jugend verlief freudlos. Die 1809 geschlossene Ehe der Eltern wurde bald geschieden, und Otto blieb bei seinem Vater, einem zwar begabten, aber unsteten Mann, der den Jungen häufig mißhandelte, so daß Otto im Alter von sechzehn Jahren aus dem Vaterhaus floh. In Stargard in Pommern begegnete er dem kunstverständigen Auditeur Adler, der den Jungen nach einigen Monaten nach Berlin zu Karl Friedrich Zelter schickte, der Leiter des Musikwesens in Preußen war und auch das Musikleben in Ostpreußen gefördert hat, so durch die Einrichtung eines Instituts für Kirchenmusik und Gesang an der Königsberger Universität (1809).

Zelter förderte den jungen Mann nach Kräften, kümmerte sich um seine Ausbildung am Institut für Kirchenmusik und führte ihn auch in die musikalischen Kreise Berlins ein. Bei einem Besuch im Hause des Hofpredigers Schleiermacher lernte Nicolai dann den preußischen Gesandten am päpstlichen Hof, Karl von Bunsen, kennen, dem der junge Musiker gefiel. Auf seine Veranlassung wurde Nicolai zum Organisten der Kapelle der preußischen Gesandtschaft in Rom ernannt. Der Aufenthalt in Italien trug wesentlich zu seiner Entwicklung bei. Als scharfer Beobachter widmete er sich nicht nur der Natur und Kunst, sondern zog auch Vergleiche zwischen deutschem und italienischem Wesen, die ihn schließlich die „herrliche Einrichtung Preußens" preisen ließen.



Otto Nicolai

Musikalisch zog es Otto Nicolai zur Oper. So ging er 1837 nach Wien als Kapellmeister des Kärtnertor-Theaters, doch kehrte er schon ein Jahr später wieder nach Italien zurück, um dort seine ersten Bühnenwerke zu schaffen. Der „Templer" wurde ein Erfolg und machte ihn bekannt, so daß er 1841 einen neuen Ruf nach Wien erhielt, wo er am liebsten klassische Musik dirigierte und das Wiener Musikleben in dieser Zeit durch die Begründung der Philharmonischen Konzerte bereicherte.

Im Sommer 1844 lud ihn Königsberg als Ehrengast zur Dreihundertjahrfeier der Albertus-Universität ein. Zum gleichen Anlaß schrieb Nicolai eine Festouvertüre über „Ein feste Burg ist unser Gott", die am 29. August im Dom aufgeführt und von ihm dirigiert wurde. Zuvor hatte er bereits ein Konzert im Kneiphöfischen Junkerhof gegeben. Bei diesen Feierlichkeiten erfreute sich Otto Nicolai der besonderen Gunst König Friedrich Wilhelms IV., der ihn wiederholt auszeichnete und ihn schließlich in der Nachfolge Mendelssohns als Leiter des Domchors und Hofopernkapellmeister nach Berlin berief.

Die preußische Hauptstadt sollte zur Geburtsstätte von Nicolais Hauptwerk werden, der Oper „Die lustigen Weiber von Windsor", die ihn den Fuß auf die Leiter des Ruhms setzen ließ. Wie der bekannte Musikschriftsteller Dr. Erwin Kroll in seinem Buch „Musikstadt Königsberg" berichtet, geht die Sage, daß Nicolai eine der schönsten Melodien dieses Werkes, nämlich den Mondchor am Schluß der Oper (und am Beginn der Ouvertüre), Eindrücken verdankt, die ihm die Landschaft um das schöne Ostseebad Rauschen vermittelte.

Am 9. März 1849 wurden die „lustigen Weiber" zum erstenmal aufgeführt. Auch die drei folgenden Aufführungen dirigierte Otto Nicolai noch selbst, doch nicht lange mehr durfte der Herzkranke sich seines jungen Ruhmes erfreuen. Am 31. Mai, keine drei Monate nach der Uraufführung, erlag er einem Gehirnschlag. Geblieben ist uns sein Werk, das unter den komisch-romantischen Opern deutscher Komponisten eine besondere Stellung einnimmt. Königsberg war die neunte deutsche Stadt, die das Meisterwerk ihres Sohnes am 4. April 1853, vier Jahre nach seinem Tode, zum erstenmal aufführte.

Otto Nicolais Grab befindet sich auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof in Berlin. **mm**



Ein altes Patrizierhaus in der Mülheimer Straße bewahrt die Königsberger Sammlungen — Fotos Presseamt Duisburg

297 000 Menschen in Königsberg

Nord-Ostpreußen: 48 Menschen pro Quadratkilometer — In der BRD sind es 240

Bei der letzten Volkszählung vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, die im Mai 1939 stattfand, zählte Königsberg rund 380 000 Einwohner. Waren bei der Kapitulation der Stadt im April 1945 wohl noch mehr als 100 000 Menschen in Königsberg, so sank ihre Zahl in den folgenden Monaten schlagartig, teils durch Abtransport der Deutschen, teils durch in der Stadt ausgebrochene Seuchen. Die rein deutsche Stadt Königsberg, in der nach den Worten ihres großen Oberbürgermeisters Dr. Hans Lohmeyer niemals ein Russe gewirkt oder als Bürger gelebt hatte, wurde von der Sowjetregierung annektiert, in Kaliningrad umbenannt und von Sowjetmenschen bevölkert.

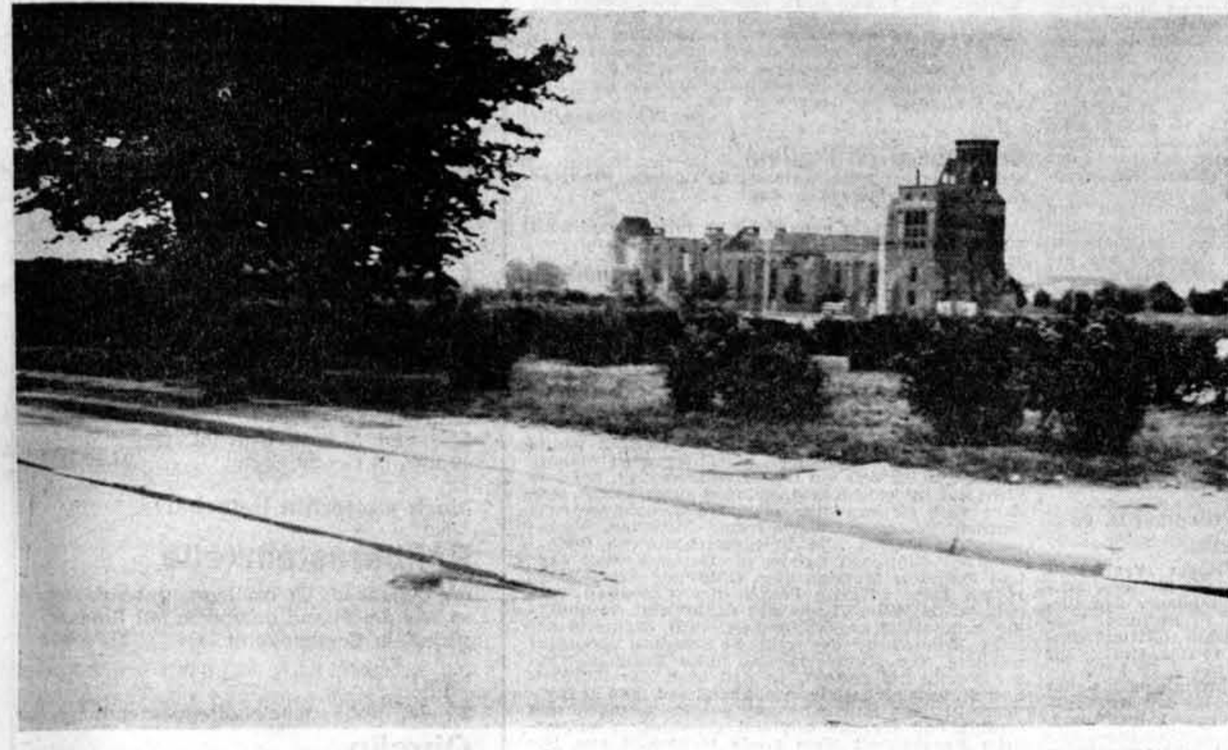
Nach neuesten Zahlen leben heute wieder 297 000 Menschen in der Stadt. Diese Zahl basiert auf dem vorläufigen Ergebnis der Allunions-Volkszählung vom 15. Januar, das kürzlich von der statistischen Zentralverwaltung beim Ministerrat der UdSSR im Parteiorgan „Prawda" veröffentlicht wurde. Auch unter den heutigen Einwohnern Königsbergs sind Deutsche, aber sie gehören nicht zur angestammten Bevölkerung, sondern es sind Wolgadeutsche, die man am Pregel angesiedelt hat. Wie ihre Vorfahren zeichnen sie sich auch heute noch durch tiefe Frömmigkeit aus.

So wie die Menschen, sind auch die Bauten aus der deutschen Zeit weitgehend verschwunden. Im vergangenen Herbst wurden die noch stehenden Ruinen des Schlosses beseitigt, um Platz für Neubauten zu schaffen, in die die Parteileitung des „Gebiets Kaliningrad" einziehen soll. Bemühungen von Architekten und Künstlern, das Schloß mit seiner „unverwechselbaren Silhouette" zu erhalten und in den noch im Gang befindlichen Wiederaufbau der Stadt mit einzubeziehen, hatten keinen Erfolg. Geblieben ist noch die Ruine des Doms mit dem Grabmal Immanuel Kants, das von sowjetischen Studenten gepflegt wird. Einsam erhebt sich die Domruine heute über das, was einmal Altstadt und Kneiphof war, jetzt aber nur aus einer kahlen Fläche besteht, über die man vom Schloßberg hinweg ungehindert auf den Dom sehen kann.

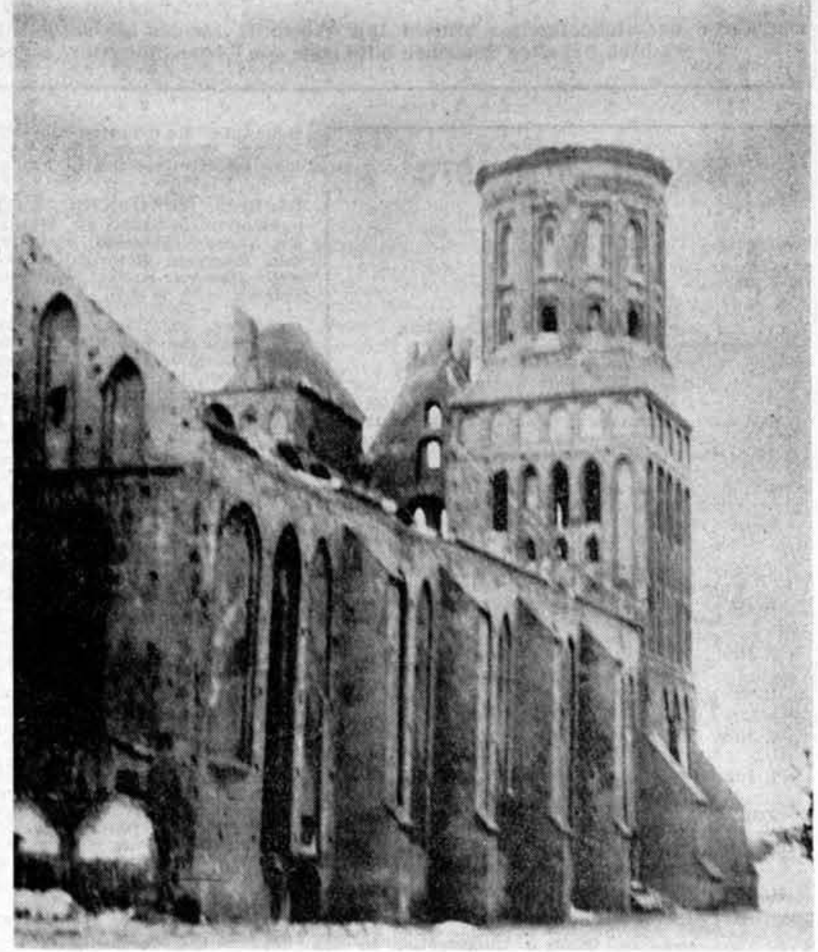
In seiner alten Form erhalten und in Betrieb ist auch der Hauptbahnhof, vor dem sich heute das Denkmal Michail Kalinins erhebt. Allem Anschein nach hat auch die Lutherkirche am Viehmarkt den Krieg überstanden, doch ist über ihre gegenwärtige Nutzung nichts bekannt. Auch das Brandenburger Tor ist, wenn auch nur in Trümmern, noch vorhanden.

Eine Universität gibt es in Königsberg auch wieder, aber sie ist nicht etwa in den früheren Universitätsgebäuden am Paradeplatz untergebracht, sondern schlecht reproduzierten Bildern in sowjetischen Zeitungen zufolge im alten Königlichen Waisenhaus auf dem Sackheim.

Den Paradeplatz hat man dagegen um eine andere „Attraktion" bereichert, indem man in den letzten Monaten den ehemaligen Bunker des letzten Festungskommandanten General Lasch in ein Museum umwandelte, in dem der Kampf um Königsberg Anfang 1945 veranschaulicht wird. So meldete jedenfalls kürzlich die polnische Allensteiner „Gazeta Olsztynski".



Vorn die Altstädtische Bergstraße zu Füßen des Schlosses und der Kaiser-Wilhelm-Platz. Dahinter schweift der Blick ungehindert bis zum Dom.



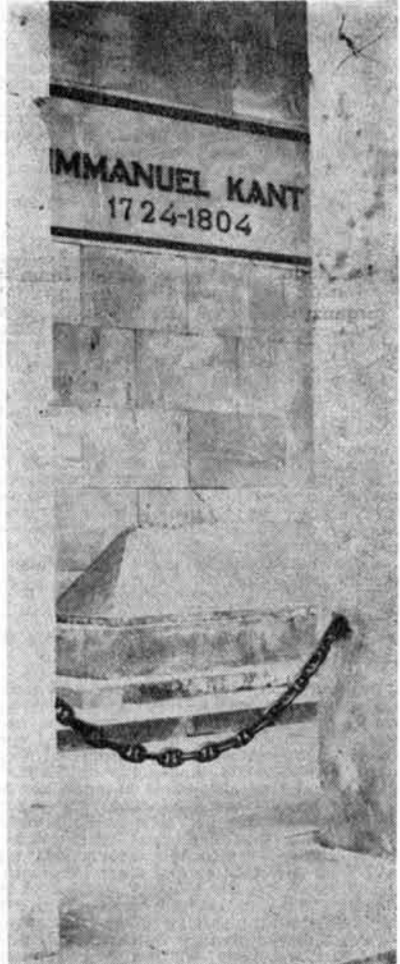
Der Dom, vom Hof des Stadtgymnasiums Altstadt-Kneiphof aus gesehen.

Überhaupt scheint Königsberg neuerdings in den Mittelpunkt des sowjetischen militärischen Interesses zu rücken. Nach neuesten Meldungen soll auch das sowjetische Marinekommando in die Stadt am Pregel umgezogen sein, nachdem das vorgelagerte Pillau schon seit Jahren das Kommando der „Baltischen Flotte" beherbergte.

Sieht man sich auf nicht offiziellen Fotos die vielen kahlen Flächen in Königsberg an, so fragt man sich unwillkürlich, wo die 297 000 Menschen leben (diese Zahl liegt übrigens um 46 Prozent höher als die von den Sowjets genannte Einwohnerzahl für 1959 und entspricht etwa dem Stand von 1929).

Für das gesamte von ihnen verwaltete nördliche Ostpreußen — etwa drei Achtel der Provinzfläche — geben die Sowjets seit 1959 einen Bevölkerungszuwachs um 20 Prozent auf 732 000 Menschen an. Bei 15 100 Quadratkilometer Fläche entspricht das einer Bevölkerungsdichte von 48 Menschen pro Quadratkilometer. In der Bundesrepublik müssen dagegen 240 Menschen auf der gleichen Fläche leben.

Nur 27 Prozent der sowjetischen Einwohner Nord-Ostpreußens, nämlich 195 000, leben in ländlichen Siedlungen. Fast drei Viertel, nämlich 537 000, sind in den 27 Städten angesiedelt, die das Gebiet heute umfaßt. ric.



Das Grabmal Immanuel Kants an der Rückseite des Doms.



Das ist die Thorner Straße. Links vorn die Reste des Brandenburger Tors, rechts hinten der Hauptbahnhof, etwas links davon weiter hinten die Lutherkirche.



Nur geringfügig verändert hat sich der Königsberger Hauptbahnhof.



Neues Lichtspieltheater und Gaststätte am sogenannten „Platz des Sieges".

Aus den ostpreußischen Heimatkreisen . . .

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben.

Heimattreffen 1970



6./7. Juni, Sonnabend/Sonntag, **Ebenrode:** Kreistreffen in Bochum-Gerthe, Haus Lothringen, gemeinsam mit Schloßberg.

6./7. Juni, Sonnabend/Sonntag, **Gumbinnen:** Hauptkreistreffen in Bielefeld.

6./7. Juni, Sonnabend/Sonntag, **Schloßberg:** Kreistreffen in Bochum-Gerthe, Haus Lothringen, gemeinsam mit Ebenrode.

7. Juni Sonntag, **Bartenstein:** Kreistreffen in Rendsburg, Hotel Germania.

7. Juni, Sonntag, **Elchniederung:** Kreistreffen in Hannover, Döhrener Maschpark.

7. Juni, Sonntag, **Johannisburg:** Kreistreffen in Hannover-Limmerbrunnen.

7. Juni, Sonntag, **Tilsit-Stadt, Tilsit-Ragnit, Elchniederung:** Jahreshaupttreffen in Hannover, Döhrener Maschpark.

7. Juni, Sonntag, **Tilsit-Ragnit:** Patenschaftstreffen in Preetz, Drillers Gasthof.

7. Juni, Sonntag, **Treuburg:** Kreistreffen in Opladen, Stadthalle.

13./14. Juni, Sonnabend/Sonntag, **Heiligenbeil:** Hauptkreistreffen in Burgdorf (Han).

21. Juni, Sonntag, **Labiau:** Hauptkreistreffen in Hannover, Döhrener Maschpark.

21. Juni. Sonntag **Memel—Heydekrug—Pogegen:** Heimattreffen in Hamburg, Festhalle Planten un Blomen.

21. Juni, Sonntag, **Wehlau:** Haupttreffen in Bassum, Sporthalle, Syker Straße.

27./28. Juni, Sonnabend/Sonntag, **Insterburg Stadt und Land:** Jahreshaupttreffen in Krefeld.

Allenstein-Stadt

Stadthauptvertreter: Georg Mogk, 42 Oberhausen, Am Grafenbusch 5, Telefon 0 21 32 / 86 25 60.

Die Brücke zur Heimat ist für alle Allensteiner unser Ostpreußenblatt. Ergänzend hierzu ist der Allensteiner Brief das Bindeglied aller Allensteiner fern der Heimat. Wer diesen Brief noch nicht bekommt und an seinen Informationen und Verlautbarungen interessiert ist, den bitte ich, sich bei Msgr. Kewitsch, 479 Paderborn, Domplatz 26, oder bei mir, 53 Bonn-Bad Godesberg, Zeppelinstr. 57, zu melden und den Allensteiner Brief laufend anzufordern. Dafür wird keine Abonnement-Gebühr erhoben, er lebt durch freiwillige Unterstützungen.

Georg Hermanowski

Gerdauen

Kreisvertreter: Georg Wokulat, 24 Lübeck-Moisling, Knusperhäuschen 9, Telefon 04 51 / 6 52 32.

Ferienlager 1970 am Brahmsee: Unser Patenkreis Rendsburg hat uns auch in diesem Jahr dankenswerterweise Freiplätze im Ferienlager am Brahmsee, Kreis Rendsburg, für Kinder ehemaliger Einwohner des Kreises zur Verfügung gestellt und lädt Kinder im Alter von 10 bis 15 Jahren zu einem 14tägigen kostenlosen Aufenthalt in das Waldheim ein. Das Ferienlager ist vorgesehen für Jungen und Mädchen im genannten Alter für die Zeit vom 11. bis 25. Juli. Ich bitte alle Eltern, die ihre Kinder zum Ferienlager entsenden wollen, sich umgehend mit mir in Verbindung zu setzen und ihre Kinder unter namentlicher Benennung und genauer Geburtsangabe zu melden. Da die Kinderzahl für das Ferienlager nur begrenzt ist, erfolgt die Berücksichtigung nach Reihenfolge der Anmeldung.

Gumbinnen

Kreisvertreter: Dietrich Goldbeck, 4812 Brackwede, Eichenstraße 14, Telefon 05 21/4 10 55.

Bundestreffen der Gumbinner und Salzburger in Bielefeld am 6. und 7. Juni: An diesem Wochenende findet das Gumbinner Haupttreffen in Bielefeld statt. Das Programm wurde letztmalig vor vierzehn Tagen in diesen Kreisnachrichten veröffentlicht. Es wird wieder viele Anregungen bieten. Auch für die Jugend sind besondere Stunden der Begegnung vorgesehen. Wer noch schwankt, ob er zum Treffen kommen soll, der sei hiermit aufgefordert, sofort loszufahren. Die Gelegenheit kehrt erst im nächsten Jahr wieder — also mitmachen und mitarbeiten. Auf nach Bielefeld zu den Gumbinnern in das Haus des Handwerks! Die 12seitige bebilderte Programmschrift für dieses Treffen enthält nach Grußworten und Veranstaltungsfolge eine Übersicht über die Kreisgemeinschaft, ihre Einrichtungen und Arbeitsgebiete. Besonders werden das Gemeindekartenwerk und die Heimatstube mit ihren Sammelgebieten erläutert. Die Schrift kann bei unserer Geschäftsstelle (Stadt Bielefeld, Vertriebenenamt, Geschäftsstelle Patenschaft Gumbinnen, 48 Bielefeld, Rathaus) angefordert werden, solange der Vorrat reicht.

Labiau

Kreisvertreter: Walter Gernhöfer, 2171 Lamstedt, Basbeker Straße 34.

Hauptkreistreffen Sonntag, 21. Juni, in Hannover: Nochmals weisen wir auf unser diesjähriges Hauptkreistreffen am Sonntag, 21. Juni, in Hannover, Restaurant Döhrener Maschpark, hin. Das Trefflokal ist mit den Straßenbahnlinien 8 und 16 vom Hauptbahnhof, mit der Linie 1 ab Kröpke, zu erreichen. Haltestelle Peiner Straße oder Fiedlerstraße. Autoanfahrten am Maschsee oder Hildesheimer Straße. Das Trefflokal ist ab 9 Uhr geöffnet. Die Heimatstunde findet um 11.30 Uhr statt. Also, auf Wiedersehen in Hannover.

Lötzen

Kreisvertreter: Dipl.-Ing. Werner Coehn, 23 Kiel, Graf-Spee-Straße 12, Telefon 04 31 / 4 68 74.

In Neumünster fand ein Ostpreußenabend statt bei dem Lm. Gerber u. a. über Lötzen und den Patenschaftsgedanken sprach. — Unser Westfalentreffen findet am 15. Juli im Städtischen Saalbau in Essen (Nähe Bahnhof) statt. Saalöffnung 8.30 Uhr, Beginn der kurzen Feierstunde 11 Uhr. Vom Vorstand kommen Lm. Teschke und Lm. Coehn. Wir bitten unsere Landsleute, besonders aber die Jugend, recht zahlreich zu erscheinen.

Das Jahreshaupttreffen in Neumünster beginnt am 29. August mit einer Dampferfahrt auf dem Plöner See. Gegen 12 Uhr wird uns ein Bus vom Bahnhof Neumünster nach Bosau bringen, wo ein Mittagessen vorgesehen ist. Bitte bald um Voranmeldung für diese Ausfahrt. Auch Quartierbestellungen, ob Bürgerquartier oder Gasthaus, bitte rechtzeitig an die Geschäftsstelle.

Da ich die Kartei auf den neuesten Stand bringen möchte, senden Sie bitte auch von Freunden und Bekannten die neuesten Anschriften mit Angabe des letzten Wohnsitzes im Kreise Lötzen an Nora Kawlath, 235 Neumünster, Franz-Wieman-Straße 27a.

Memel, Heydekrug, Pogegen

Kreisvertreter Stadt: Dr Günther Lindenau. Land: Dr. Walter Schützler Heydekrug: Walter Buttkereit. Pogegen: Heinrich v. Schlenther. Geschäftsstelle aller vier Kreise: 29 Oldenburg, Münnichstr. 31, Telefon 04 41 / 21 50 02.

Sonntag, 21. Juni, veranstaltet die Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise in der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. in der Festhalle Planten un Blomen in Hamburg ihr diesjähriges Großtreffen der Memelländer im norddeutschen Raum. Beginn 10 Uhr mit einem Festgottesdienst in der Gnadenkirche, Holstenglacis 7, Festpredigt Pastor Ulrich Scharfetter. 12 Uhr Beginn der Feierstunde in der Festhalle. Mitwirkende: Ostpreußenchor Hamburg und Armin-Schneider-Orchester, Ltg. Karl Kulecki Festrede Dr. Heinz Burneleit, Stuttgart. 14.30 Uhr Treffen der Jugend im Raum IV, Ltg. Jugendreferent Wolfgang Stephani. Ab 15 Uhr im großen Saal der Festhalle gemütliches Beisammensein mit Darbietungen einer DJO-Tanzgruppe. Während der Feierstunde und ab 15 Uhr ist für eine Kinderbetreuung durch geschulte Kräfte gesorgt.

Alle Memelländer mit ihren Angehörigen und Freunden, Kindern und Enkeln sind aufgerufen und eingeladen, an diesem Treffen teilzunehmen. Ebenso freundlich und herzlich werden wir die jugendlichen Teilnehmer, die Spätaussiedler und alle die begrüßen, die uns in unserer heimatpolitischen Arbeit nahestehen und uns unterstützen. 25 Jahre nach dem Ende des letzten Krieges, nach Flucht und Vertreibung, nach harter Arbeit zur Errichtung einer neuen Existenz und zur Schaffung eines neuen freiheitlichen Staatswesens wollen wir durch unsere Teilnahme am Treffen in Hamburg zum Ausdruck bringen, daß trotz des allgemeinen Wohlstandes die Bindungen zu unserem Herkunftsland nicht verlorengegangen, und daß wir mit ihm nach wie vor fest verwurzelt sind.

Neidenburg

Kreisvertreter: Paul Wagner, 83 Landshut II, Postfach 502, Telefon 08 71 / 52 11.

Einladung zur Sitzung des Kreistages „Kreis Neidenburg e. V., Patenkreis der Stadt Bochum, Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen": Die Sitzung findet Sonnabend, 4. Juli, in Bochum, Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie (Sitzungszimmer), Wittener Straße 61, Beginn 14 Uhr, statt (Fünf Minuten ab Hauptbahnhof mit Linien 2, 10, 20, 30 bis Akademie). Anträge zur Tagesordnung sind bis zum 15. Juni schriftlich und begründet an den Kreisvertreter einzureichen. Tagesordnung: 1. Eröffnung, Totenehrung. 2. Feststellung der Anwesenden, der Tagesordnung und der frist- und satzungsmäßigen Einladung. 3. Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr 1969/70 (1. Juli 69 bis 30. Juni 70). 4. Kassen- und Finanzbericht (bis einschließlich 20. Juni 1970). 5. Berichterstattung der Kassenprüfungskommission über erfolgte Prüfungen und Prüfung der Jahresschlußrechnung. 6. Entlastungen. 7. Wahlen: a) Kreisvertreter, b) Stellvertreter, c) Kreisausschuß, d) Ausschüsse, e) Bekanntgabe der Berufungen. 8. Haushaltsplan für das kommende Geschäftsjahr. 9. Erteilung von Vollmachten für den Kreisausschuß. 10. Verschiedenes. Die Mitglieder des Kreistages sind gesondert benachrichtigt.

Einladung zur Jahreshauptversammlung/ordentliche Mitgliederversammlung des Vereins Kreis Neidenburg e. V.: Zur Jahreshauptversammlung/ordentliche Mitgliederversammlung lade ich gemäß § 5 der Satzung ein. Sie findet Sonnabend, 4. Juli, in Bochum, Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie (Sitzungszimmer), Wittener Straße 61, Beginn 14 Uhr, statt. (ab Hauptbahnhof 5 Min. mit Linien 2, 10, 20, 30 bis Akademie). Die Mitglieder werden unter Hinweis auf die Beschlußfähigkeit ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen hiermit fristgemäß eingeladen. Anträge zur Tagesordnung sind bis zum 15. Juni schriftlich und begründet an den Kreisvertreter einzureichen. Tagesordnung: 1. Eröffnung, Totenehrung. 2. Feststellung der Anwesenden, der Tagesordnung und der frist- und satzungsgemäßen Einladung. 3. Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr 1969/70 (1. Juli 69 bis 30. Juni 70). 4. Kassen- und Finanzbericht (bis 20. Juni 1970). 5. Berichterstattung der Kassenprüfungskommission über erfolgte Prüfungen und Prüfung der Jahresabschlußrechnung. 6. Entlastungen. 7. Bekanntgabe der Wahlergebnisse im Kreistag für Kreisvertreter, Kreisausschuß pp. 8. Haushaltsplan für das kommende Geschäftsjahr. 9. Erteilung von Vollmachten für den Kreisausschuß. 10. Verschiedenes.

Albert Zeranski-Pilgramsdorf †

Wieder hat ein Landsmann, der seit Gründung unserer Gemeinschaft mit den verschiedensten Vertrauensämtern betraut wurde, uns plötzlich für immer verlassen. Am 25. April verstarb das Mitglied des Kreisausschusses, Landwirt Albert Zeranski aus Pilgramsdorf, zuletzt wohnhaft in Hellern bei 45 Osnabrück, Meyerhof 5.

Das Vertrauen, das er in der Heimat in überreichlichem Maße besaß, blieb ihm auch nach der Vertreibung erhalten. Er wurde zum Gemeinde- und Bezirksvertrauensmann von Pilgramsdorf-Saberau gewählt, später war er in der Kassenprüfungskommission lange Zeit tätig, bis er zum Mitglied des Kreisausschusses vor Jahren einstimmig gewählt wurde. Seine stets freimütig vorgetragenen Argumente machten ihn zu einem Mitarbeiter, der stets bereit war, auch seine Meinung zu vertreten. Der Kreis Neidenburg, aber auch der Unterzeichnete haben einen Landsmann und Freund verloren, der schwer zu ersetzen sein wird.

Pr.-Eylau

Kreisvertreter: Gerhard Doepner, 24 Lübeck-Moisling, Knusperhäuschen 5, Telefon 04 51 / 80 18 07.

Kreistreffen im August: Wie an dieser Stelle bereits bekanntgegeben, muß unser für den 13. und 14. Juni geplantes Kreistreffen in Verden auf den 29. und 30. August verlegt werden. Ich bitte, beim Verkehrsamt Verden rechtzeitig Zimmerbestellungen aufzugeben. Weitere Hinweise erfolgen zu gegebener Zeit.

Pr.-Eylauer Kreisblatt: Heft 9 wurde versandt. Es enthält wieder sehr vielseitige und interessante Beiträge und ich möchte es daher allen Kreisbewohnern, die noch nicht Bezieher sind, wärmstens empfehlen. Falls Bezieher in der letzten Zeit verzogen sein sollten, bitte ich, die neue Anschrift ebenso wie Neubestellungen bei Alfred Wölk, Versandkartei, 309 Verden/Aller, Buschbültenweg 25, aufzugeben. Das in dem Kreisblatt angekündigte Ferienlager, das in den Sommermonaten stattfinden sollte, muß leider aus unvorhergesehenen Gründen ausfallen. Ich hoffe, daß sich alle diejenigen, die sich für dieses Jahr bei Frau Winkelmann angemeldet hatten, im nächsten Jahr dabei sein werden. — Leider ist auf Seite 34 ein bedauerliches Versehen unterlaufen. Unter dem Bild des Vors. des Ländlichen Reitervereins Kreuzburg ist der Vorname falsch angegeben. Es muß richtig heißen Hermann Taeubner.

Sensburg

Kreisvertreter: Eberhard v. Redeker, 2321 Rantzau, Post Grebin, Telefon 0 43 09 / 1 37.

Im Rahmen des Kreistreffens fand in Remscheid eine Pressekonferenz statt. Kreisvertreter von Redecker begrüßte Bürgermeister Bohna, die Ratsherren Pilz, Wolf und Schumacher sowie den Beigeordneten Heinrichs und sagte, die Sensburger seien dankbar, daß die Stadt auch dieses Treffen wieder in großzügiger Weise unterstützt und gefördert habe. Bürgermeister Bohna wies darauf hin, daß das Kreistreffen der Sensburger zum 15. Male seit Übernahme der Patenschaft durch die Stadt Remscheid stattfinde. In jedem Jahr biete sich das gleiche Bild, daß Tausende Sensburger aller Generationen zusammenkommen, Gedanken austauschen, Kontakte schließen und Erinnerungen wachrufen. Für die Stadt sei dies ein Zeichen, daß die Entscheidung des Rates vom 20. Dezember 1954, die Patenschaft zu übernehmen, richtig war. Er wies auf einige sichtbare Zeichen in der Stadt hin, die die Verbundenheit Remscheids mit Sensburg zum Ausdruck bringen: die Vitrine mit Erinnerungsstücken, eine Wandkarte des Kreises Sensburg mit den Wappen der Städte im Treppenflur des Rathauses; den Gedenkstein am Hauptbahnhof, die Sensburger Straße und den gewasserten Nikolaiker Stinthengst im Stadtparkteich. Der Vertreter der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen, Dr. Heincke, hob hervor, daß es für die Ostdeutschen 1970 markante Ereignisse gäbe, die man mit den Stichworten „50 Jahre Selbstbestimmungsrecht", „25 Jahre Vertreibung" und „20 Jahre Charta der Heimatvertriebenen" umschreiben könne. Mehr als fünftausend heimattreue Sensburger kamen auf ihrem fünfzehnten Heimattreffen. Sie kamen nicht nur aus allen Orten der Bundesrepublik, sondern auch aus der Schweiz, aus Österreich, ja sogar aus Argentinien, um sich zu ihrer Heimat Ostpreußen zu bekennen. Befragt nach dem Grund ihrer Teilnahme, brachten sie vor allem ihre Besorgnis um die politische Entwicklung und die Ereignisse der Gegenwart vor.

Dr. Sokol/Nagorny

Schloßberg (Pillkallen)

Kreisvertreter: Fritz Schmidt, 313 Lüchow, Stettiner Straße 17, Telefon 0 58 41 / 6 06.

Kinderferienlager vom 25. bis 29. Juli: Es sind noch Plätze für Kinder im Alter von 11 bis 14 Jahren frei. Meldeschluß 7. Juni. — Jugendfreizeitlager Bad Pyrmont vom 25. Juli bis 2. August noch Plätze frei. Meldeschluß 28. Juni. — Am 7. Juni, Sonntag, Kreistreffen in Bochum-Gerthe, Haus Lothringen. Siehe Heimatbrief und Folge 22 des Ostpreußenblattes. Der Vorstand wird durch F. Munich und M. Friedrich vertreten sein.

Erinnerungstreffen: Die Kreisgemeinschaft hatte die ehemaligen Ober- und Landwirtschaftsschüler sowie frühere Freizeitteilnehmer nach Bad Pyrmont eingeladen. Aus der ganzen Bundesrepublik waren die Teilnehmer gekommen, darunter auch frühere Lehrkräfte. Es war ein frohes Wiedersehen, bei dem nicht nur zahlreiche Erinnerungen ausgetauscht, sondern auch Gegenwartsprobleme eingehend erörtert wurden. Professor Dr. Wolfrum, Göttingen, behandelte das Thema „die kulturgeschichtliche Bedeutung des deutschen Ostens für Gesamtdeutschland" und Professor Marzian vom Göttinger Arbeitskreis sprach über aktuelle Fragen der deutschen Ostpolitik. Der Film „Land der Stille" rief besonders die Erinnerung an Ostpreußen wach, während der Film „Königsberg" das tragische Schicksal vergegenwärtigte. Die Kurverwaltung hatte Tagungskarten zur Verfügung gestellt, so daß auch der Kurpark besucht werden konnte. Am Abend saß man in fröhlicher Runde zusammen, es wurde gesungen und erzählt und manche originell geschilderte heimatliche Begebenheit löste große Heiterkeit aus. Die Zeit des Zusammenseins verging viel zu schnell. Abschließend sprachen sich die Teilnehmer anerkennend über Initiative und Durchführung aus und gaben wertvolle Anregungen für künftige ähnliche Veranstaltungen. Es ist beabsichtigt, auch im kommenden Jahr eine Begegnung dieses Personenkreises im Ostheim durchzuführen.

Tilsit-Stadt, Tilsit-Ragnit, Elchniederung

Stadtvertreter: Dr. Fritz Beck, Kiel; Geschäftsstelle: 23 Kiel, Muhliusstraße 70. Kreisvertreter Ragnit: Dr. Hans Reimer, 24 Lübeck, Torneiweg 50. Stellvertr. Kreisvertreter Elchniederung: Horst Frischmuth, 3 Hannover 1, Hildesheimer Straße 107.

Jahreshaupttreffen am 7. Juni, Hannover, im „Döhrener Maschpark": Letztmalig bringen wir allen Landsleuten unser gemeinsames Jahreshaupttreffen in Erinnerung. Die heutige Einladung soll auch noch die letzten Unentschlossenen aufrütteln, unbedingt dabei zu sein. Über das „Berliner Programm" in Hannover haben wir bereits ausführlich in den vorherigen Folgen berichtet. Der Festredner Horst Dohm, Kulturreferent der Landesgruppe Berlin, wird in seiner Festrede auch zur aktuellen Situation unserer Heimat Stellung nehmen. Wer kann es sich leisten, hierbei zu fehlen? — Auf die Treffen der „Ehemaligen" am Vorabend, 6. Juni, die bereits mehrfach an dieser Stelle mitgeteilt wurden, weisen wir noch einmal besonders hin. Allen Teilnehmern wünschen wir eine gute Fahrt. Auf Wiedersehen in Hannover.

Alfred Walter

Tilsit-Ragnit

Kreisvertreter: Dr. Hans Reimer, Lübeck. Geschäftsführer: Gert-Joachim Jürgens, 314 Lüneburg, Schillerstraße 8, Telefon 0 41 31/4 23 16.

Patenschaftstreffen der Ragniter: Anläßlich des 100jährigen Stadtjubiläums ihrer Patenstadt Preetz treffen sich die Ragniter Sonntag, 7. Juni, in Drillers Gasthof. Beginn der Feierstunde 11 Uhr; am Vortag anreisende Teilnehmer treffen sich zum zwanglosen Beisammensein ebenfalls bei Driller. Quartierbestellungen unmittelbar an den Fremdenverkehrsverein Preetz, Telefon 0 43 42 / 22 07.

Wehlau

Kreisvertreter: Werner Lippke, 2358 Kaltenkirchen, Oersdorfer Weg 37, Telefon 0 41 91 / 20 03.

Die Stadtpläne

unserer drei Städte im Kreise sind noch in Arbeit. Der Patenkreis hofft, bis zum Haupttreffen damit fertig sein. Die bereits bestellten Pläne werden dann zugesandt. Zu jedem Plan gehört ein Erläuterungsheft.

Auskunft wird gegeben über . . .

. . . Hilde und Ella Angrick aus Ostpreußen (Heimatort unbekannt). Die Gesuchten sind etwa 1950 aus Granzin (Pommern) in das Bundesgebiet gekommen; ferner über Frau Heinrich aus der Försterei Albrechtshausen, Kreis Wehlau, die auch in Granzin war.

. . . Erich Boltsch (geb. 28. September 1922) und über dessen Bruder Bruno Boltsch (geb. 11. August 1927), beide aus Buddern, Kreis Angerburg.

. . . Plätterin Johanna Brandt aus Königsberg, Vorderroßgarten 21, jetzt vermutlich in Berlin wohnhaft. Sie wird von Fritz Linde aus Königsberg gesucht.

. . . Erika Klein, geb. Kaiser, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung. Sie ist seit 1945 in Königsberg vermißt.

. . . Martha Klein aus Königsberg, Steindammer Wall 23 a. Sie soll in Lübeck verheiratet sein, der Familienname ist nicht bekannt.

. . . Amtsrichter a. D. Leopold Lemcke aus Königsberg, Lawsker Allee 1a (Albrecht-Stiftung, früher Beeckstraße 14).

. . . die Schwestern Else und Paula Paasch aus Königsberg, Mitteltragheim. Else Paasch war bis zuletzt bei der Bank der Ostpreußischen Landschaft als Beamtin tätig. Beide sind seit 1945 verschollen.

. . . Bruno Sendtko, etwa 45 bis 50 Jahre, aus Königsberg, tätig gewesen bei der Luftwaffe. Er wird von seinem Bruder, Dr. Ariberto Sendtko, aus Brasilien gesucht.

. . . Hedwig Senk und deren verheiratete Schwester, beide waren 1919 bei der Firma Friedrich Hegner in Mohrungen tätig.

. . . Ida Skorloff aus Erlenrode bei Großheidenstein, Kreis Elchniederung.

Zuschriften erbittet die Geschäftsführung der Landsmannschaft Ostpreußen, Abteilung Suchdienst, 2 Hamburg 13, Postfach 8047, unter Ae-70.

Wir gratulieren...

zum 92. Geburtstag

Kohn, Martha, aus Pr.-Eylau, Fritz-Schlegel-Str. 9, jetzt 237 Rendsburg, Boelkestraße 36, am 7. Juni
Sembritzki, Johann, aus Sawadden, Kreis Lyck, jetzt 34 Eckhorst, am 12. Juni

zum 90. Geburtstag

Preugschas, Gertrud, aus Schloßberg und Pillkallen, Querstraße 8, jetzt 314 Melbeck, Saarstraße 3, am 3. Juni
Simmat, Albert, aus Groß Jummeln, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt 7809 Zach, Darfstraße 40, am 10. Juni

zum 88. Geburtstag

Chlench, Anna, verw. Filipzik, geb. Symanzik, aus Talken, Kreis Lötzen, jetzt bei ihrem Sohn Gustav, 58 Hagen, Bülowstraße 62, am 8. Juni
Kendziora, Karl, aus Allenstein, Angerburger Str. 9, jetzt 24 Lübeck, Händelweg 6, am 10. Juni
Lichtenstein, Auguste, geb. Wrobel, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt 7305 Altbach, Am Hohenbaum 10, am 12. Juni

zum 87. Geburtstag

Liedtke, Minna, geb. Gers, aus Martinsdorf, Kreis Goldap, jetzt 2447 Heiligenhafen, Feldstraße 50, am 13. Juni

zum 86. Geburtstag

Schlobat, August, aus Insterburg-Sprint 25, jetzt in Mitteldeutschland, zu erreichen über Kurt Schlobat, 68 Mannheim 31, Nauheimer Straße 22, am 27. Mai

zum 85. Geburtstag

Reiß, Gustav, aus Rastenburg, Brankmannstraße, jetzt 62 Wiesbaden, Klarenthaler Straße 14a, bei Kowalk, am 11. Juni

Liebe Landsleute,

in die Glückwunschspalten auf dieser Seite schleichen sich hin und wieder Fehler ein. Diese würden sich vermeiden lassen, wenn handschriftliche Manuskripte deutlich lesbar eingereicht werden. Deshalb bitten wir: Schreiben Sie Namen und Orte möglichst in **Blockbuchstaben,** dann ersparen Sie sich und uns Ärger. Ihre Redaktion

Neitzel, Gertrud, geb. Kiessewetter, aus Neukuhren, jetzt 435 Recklinghausen, Herner Straße 6, Altersheim Abendsonne, am 1. Juni
Markewitz, Kurt, Kaufmann, aus Reichau, Kreis Mohrungen und Durbeningen, Kreis Goldap, jetzt 4132 Kamp-Lintfort, Theodor-Storm-Straße 1, am 9. Juni
Prinz, Gertrud, aus Sensburg, Alter Karverweg 45, jetzt 2 Hamburg 39, Kroochmannstraße 47, am 8. Juni
Reiß, Gustav, aus Rastenburg, Bankmannstraße 11, jetzt 62 Wiesbaden, Klarenthaler Straße 14 A, am 11. Juni

zum 84. Geburtstag

Brache, Kurt, aus Königsberg, Luisen-Allee 50, jetzt 24 Lübeck, Röntgenstraße 4, am 8. Juni
Bautze, Lisbeth, aus Pillau I, Lizentstraße 3, jetzt 1 Berlin-Zehlendorf, Clayallee 337, am 10. Juni
Hesse, Gustav, Baumeister, aus Königsberg, Ratslinden 43, jetzt 24 Lübeck, Travemünder Allee 93, am 12. Juni
Karpa, Karl, Bauer und Bürgermeister, aus Althöfen, Kreis Sensburg, jetzt 4171 Walbeck, Ponterstr. 30, am 17. April
Karpowski, Otto, aus Treuburg, jetzt 238 Schleswig, Moltkestraße 19, am 5. Juni
May, Franz, aus Gerdauen, Ortsteil Kinderhof, jetzt 24 Lübeck, Frankfurter Straße 23, am 8. Juni
Naudieth, Hedwig, aus Pillau II, Stiehlestraße 16, jetzt 317 Gifhorn, Hohe Luft 13a, am 9. Juni
Neumann, Minna, aus Königsberg, jetzt 75 Karlsruhe, Liststraße 65, am 11. Juni
Rasch, Wilhelm, aus Allenstein, Stärkenthaler Weg 64, jetzt 61 Darmstadt, Rüdesheimer Straße 68, am 12. Juni

Stinsky, Karl, aus Lichtenfeld, Kreis Heiligenbeil, jetzt 47 Hamm, Wichernstraße 61, am 11. Juni
Volgmann, Luise, geb. Bartenwerfer, aus Schaberau, jetzt 4441 Neerlage Nr. 66, am 9. Juni

zum 83. Geburtstag

Lade, Ulrich, Studienrat i. R., aus Tilsit, jetzt 207 Ahrensburg, Hagener Allee 42, am 12. Juni
Schrang, Lydia, aus Dönhofstedt, Kreis Rastenburg, jetzt 4 Düsseldorf, Adersstraße 73, am 11. Juni
Makuschey, Charlotte, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 119, jetzt 24 Lübeck-Moisling, Rumpelstilzchenweg 1, am 12. Juni
Meyhöfer, Martha, geb. Warnat, aus Ragnit, Windheimstraße 3, jetzt 2 Hamburg 55, Baur's-Weg 5, am 9. Juni
Mitzkat, Albert, aus Georgenwalde/Kreuzingen, Kreis Elchniederung, jetzt 29 Oldenburg, Balthasarweg 3, am 23. Mai
Warth, Georg, aus Pillau I, Groß-Friedrichsburger Str., jetzt 237 Rendsburg, Sylter Straße 16, am 9. Juni

zum 82. Geburtstag

Schwindt, Ernst, aus Tilsit, Rektor der Hindenburgschule, jetzt 44 Münster, Fliednerstraße 19, Martin-Luther-Haus, am 9. Juni. Die Stadtgemeinschaft gratuliert herzlich
Tillekeit, Elisabeth, aus Hohenwerder, jetzt 238 Schleswig, Stadtweg 78, am 7. Juni

zum 81. Geburtstag

Hube, Minna, jetzt bei ihrer Tochter, 326 Rinteln Land I, am 4. Juni
Molgedey, Luise, geb. Blank, aus Podlechen, Kreis Rastenburg, jetzt 287 Delmenhorst, Mörikestr. 6, am 5. Juni
Thimm, Eduard, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, jetzt 6333 Braunfels, Kreisaltersheim, am 9. Juni

zum 80. Geburtstag

Dzeick, Ida, aus Johannisburg, jetzt 2 Hamburg 54, Osterfeldstraße 51, am 10. Juni
Ehlert, Albert, aus Königsberg, General-Litzmann-Straße 41, jetzt 586 Iserlohn, Nußbergstraße 28, am 11. Juni
Fahl, Helene, geb. Neumann, aus Zinten, Obertorstraße 9, jetzt 5628 Heiligenhaus, Schlehenweg 9, am 6. Juni
Fischer, Antonie, geb. Rockel, aus Königsberg, Hoverbeckstraße 22, jetzt 24 Lübeck 14, Samlandstraße 95, am 7. Juni
Gonswa, Carol, aus Langendorf, Kreis Sensburg, jetzt 775 Konstanz, Mainaustraße 6, am 11. Juni
Lau, Alwine, aus Groß-Rominten, Kreis Goldap, jetzt 638 Bad Homburg, Erlenweg 45, am 9. Juni
Nadzeika, Karl, Bäckermeister, aus Königsberg-Liep, jetzt 6341 Roth, am 9. Juni
Neumann, Minna, aus Königsberg, jetzt 75 Karlsruhe, Liststraße 65, am 11. Juni
Preuß, Karl, aus Mehlsack, Kreis Braunsberg, jetzt 1 Berlin 41, Warziner Straße 2, am 12. Juni
Runde, Martha, geb. Baudeck, aus Pillau II, jetzt bei ihrer Tochter, 2082 Uetersen, Lindenstraße 23, am 3. Juni
Raszat, Anna, geb. John, aus Königsberg, Deutschordenring 82, jetzt 355 Marburg, Spiegelslustweg 3, am 31. Mai
Rehberg, Minna, geb. Reimann, aus Conditten, jetzt 7477 Tailfingen, Heubergstraße 13, am 12. Juni
Steckel, Marie, geb. Witt, aus Kahlau, Kreis Mohrungen, jetzt z. Z. CH-8636 Wald, Bahnhofstraße 5, Schweiz, am 6. Juni
Ungureit, Gustav, Lehrer, aus Lisken und Groß Rogallen, Kreis Johannisburg, jetzt 2141 Mulsum-Hohenmoor, am 2. Juni
Voss, Fritz, aus Königsberg, Hinterroßgarten 56, jetzt 675 Kaiserslautern, Altenwoogstraße 24, am 11. Juni
Waßmann, Siegfried, Studienrat i. R., aus Ortelsburg, jetzt 8918 Diessen, Wohnstift 453, am 12. Juni

zum 75. Geburtstag

Fabian, Gustav, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, jetzt 2822 Schwanewede, Lycker Str. 22, am 8. Juni
Gorny, Helene, geb. Goerke, aus Widminnen, Treuburger Straße 9, jetzt 425 Bottrop, Steinmetzstr. 7, am 31. Mai
Große, Max, Lehrer, aus Krusen, Warnakallen und Henskirschken, Kreis Schloßberg, jetzt 7703 Rielasingen, Hans-Thoma-Straße 2, am 9. Juni
Kinski, Lina, geb. Haese, aus Liebstadt, Kreis Mohrungen, Brauhausstraße 9, jetzt 2 Hamburg 26, Washingtonallee 81, am 7. Juni
Legatis, Käthe, geb. Müller, aus Königsberg und Allenstein, jetzt 4902 Bad Salzuflen, Herforder Straße 12, am 25. Mai

Nohel, Alice, geb. Spudich, aus Osterode, Fischerstraße 6, jetzt bei ihrer Tochter Brigitte von Kleinsorgen, 8 München 19, Nürnberger Straße 61, am 10. Juni
Pelikan, Charlotte, aus Sangnitten, Kreis Pr.-Eylau, jetzt 2253 Tönning, Osterstraße 22, am 2. Juni

zur goldenen Hochzeit

Jurkat, Wilhelm und Frau Auguste, geb. Bormann, aus Grenzwald, Kreis Schloßberg, jetzt 328 Bad Pyrmont, Wohrtdrift 34, am 28. Mai
Kalinowski, Gustav und Frau Wilhelmine, geb. Schulz, aus Bärenbruch, Kreis Ortelsburg, jetzt 427 Dorsten 3, Holtstegge 21, am 6. Juni
Karuseit, Fritz und Frau Wilhelmine, geb. Schmidt, aus Erlengrund, Kreis Gumbinnen, jetzt 2301 Ostseebad Strande über Kiel, am 24. Mai
Myska, Fritz und Frau Ida, geb. Bönig, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, jetzt 2201 Siethwende, am 28. Mai
Pauluhn, Franz und Frau Helene, geb. Zimmermann, aus Benkheim, Kreis Angerburg, jetzt 8583 Bischofsgrün, Pfarrhaus, am 20. Mai
Werner, Theodor und Frau Ida, geb. Krimkowski, aus Johannisburg, Grenadierstraße 14, jetzt 609 Rüsselsheim, Moritz-von-Schwindt-Straße 27, am 10. Juni

zum bestandenen Abitur

Grube, Christel (Grube, Ernst und Frau Charlotte, geb. Brandt, aus Königsberg-Charlottenburg, Schulstraße 77, jetzt 3223 Dellingsen, Hinter den Höfen Nr. 12), hat das Abitur bestanden
Haak, Karl-Wilhelm (Haak, Gerhard und Frau Toni, aus Königsberg, Radziwillstraße 6, jetzt 4501 Voxtrup, Düstruper Heide 12), hat das Abitur bestanden
Hammoser, Helmut (Hammoser, Helmut, Landwirt, und Frau, aus Goythenen, Kreis Samland, jetzt 3071 Brase), hat das Abitur bestanden
Hammoser, Herbert (Hammoser, Herbert, Landwirtschaftlicher Wirtschaftsberater, und Frau, aus Medenau, Kreis Samland, jetzt 3071 Niedernstökken), hat das Abitur bestanden
Kuhnert, Brigitte (Kuhnert, Heinrich, Erster Werkleiter i. R. der Stadtwerke Wehlau, und Frau Christel, geb. Bluhm, jetzt 3051 Ostermunzel Nr. 5a), hat das Abitur bestanden
Schneider, Barbara (Schneider, Rudolf, Regierungsamtmann, und Frau Gerda, geb. Koriath, aus Allenstein, Kaiserstraße 35 und Horst-Wessel-Str. 18, jetzt 309 Verden, Münchmeyerstraße 23), hat das Abitur mit Auszeichnung bestanden
Schnierda, Heike (Schnierda, Gerhard und Frau Margot, geb. Linneweber, aus Königsberg und Legden, Kreis Samland, jetzt 5892 Meinerzhagen, Tunnelstraße 3), hat das Abitur bestanden

zum Examen

Goldenstein, Etta (Goldenstein, Meinhard, Verwaltungsamtmann i. R., und Frau Ilse, aus Sensburg, jetzt 29 Oldenburg, Achternstraße 30/31), hat in Freiburg das erste Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien bestanden

zum Jubiläum

Drensek, Walter, Postbetriebinspektor, aus Allenstein und Passenheim, jetzt 285 Bremerhaven, Schifferstraße 13, feierte am 1. Juni sein 40jähriges Dienstjubiläum bei der Deutschen Bundespost

Stets waren sie Vorbilder

Hohe Geburtstage bei den Ortelsburger Jägern

Die ehemaligen Angehörigen der Ortelsburger Jäger gedenken in diesen Tagen hoher Ehrentage zweier ihrer Kameraden: Oberforstmeister a. D. Otto Löwe, der älteste noch lebende Offizier des Bataillons, begeht am 6. Juni in Heidelberg seinen 90. Geburtstag und in Bad Salzuflen vollendete der ranghöchste aus dem Bataillon hervorgegangene Offizier, Generaloberst a. D. Kurt Student, das 80. Lebensjahr.

Oberforstmeister Otto Löwe wurde 1880 als Sohn eines Oberförsters im nördlichen Ostpreußen geboren. Er studierte Forstwissenschaften, diente einjährig bei den Gardejägern und wurde im August 1914 als Oberleutnant der Reserve zur 3. Kompanie des Jägerbataillons Graf Yorck von Wartenburg (Ostpr.) Nr. 1 einberufen, das in der Schlacht von Tannenberg einen hohen Blutzoll zahlte, aber entscheidend zum siegreichen Ausgang der Schlacht beitrug. Löwes Kompanie gelang es, die erste russische Fahne zu erbeuten, die des Regiments von Diebitsch. Anschließend in Gewaltmärschen über Neidenburg nach Willenberg verlegt, schlossen die Jäger dort den Kessel und nahmen dabei neun Generale, 300 höhere Offiziere und rund 30 000 russische Soldaten gefangen.

Wie schon als Offizier, zeigte Löwe auch später als Forstrat in Elbing großes soziales Verständnis für seine Mitarbeiter. So wurden von 1930 an auf seine Initiative die Forst- und Landarbeiter der Stadt in eine zusätzliche Altersversorgung eingekauft, deren Prämien die Stadtverwaltung trug. Nach dem Kriege mußte Otto Löwe in Westdeutschland feststellen, daß man hier so etwas nicht kannte, und erst die Gerichte bemühen. 1933 verlor er seinen Posten, wirkte dann als Generalbevollmächtigter auf einem großen Gut in Mecklenburg und wurde während des Krieges nach Berlin ins Ministerium berufen. Nach Kriegsende leitete er das Forsamt Heidelberg, ehe er in den Ruhestand trat. Er verbringt seinen Lebensabend in Heidelberg, Am Heiligenberg 1, im Kreise seiner Familie.

*

Das deutsche Fallschirmjägerlied „Rot scheint die Sonne" und das Lied der britischen Fallschirmjäger spielte das Musikkorps der englischen Royal Inniskilling-Gardedragoner bei der Geburtstagsfeier für Generaloberst a. D. Kurt Student, an der etwa 250 Menschen teilnahmen. Nach der Begrüßung durch den Jubilar zeichnete sein ehemaliger Stabschef, der spätere Generalinspekteur der Bundeswehr, General a. D. Heinz Trettner, das Lebensbild Kurt Students. In der Neumark geboren, kam er 1913 als Portepeefähnrich zu den Ortelsburger Jägern, wurde später als Flugzeugführer ausgebildet und war in der Reichswehr drei Jahre lang Chef der 10. Kompanie des IR 2 in Lötzen, während der spätere Fallschirmjägergeneral Ramcke zur gleichen Zeit Chef der 11. Kompanie war. 1931 zum Major befördert, übernahm Student das I. Bataillon des IR 3 in Marienburg, blieb dort bis 1933 und fand dann Verwendung in wichtigen Stellen beim Aufbau der Luftwaffe.

Zum Generalmajor befördert, leitete er von 1938 an den Aufbau der Fallschirm- und Luftlandetruppen und übernahm dann ihre Führung als Divisionskommandeur, Kommandierender General und schließlich Oberbefehlshaber der zehn Divisionen zählenden Fallschirmarmee. 1944 wurde er Generaloberst. In der Zusammenarbeit mit Generaloberst Student habe es nie Überwachung oder politischen Einfluß gegeben, sondern stets nur das Vorbild des überragenden Soldaten und gütigen Menschen, stellte General Trettner fest.

Die Glückwünsche der Bundeswehr überbrachte Generalmajor Pöschl, Kommandeur der 1. Luftlandedivision. Stellvertretender Bürgermeister Dröge, begleitet von Kurdirektor Dieckmann, brachte zum Ausdruck, wie hoch der Generaloberst als Mensch und Ehrenbürger im Ansehen der Bürger von Bad Salzuflen stehe. Zahlreiche weitere Gratulanten schlossen sich an.

Nach dem Kriege widmete Generaloberst Student seine Arbeit der Verständigung mit dem ehemaligen Gegner und der Wiederherstellung des guten Rufes des deutschen Soldaten. Seit 1959 ist er Vice-Patron des Neuseeländischen Veteranenbundes. Nach der ersten Begegnung deutscher und englischer Fallschirmjäger in Wesel sagte der britische General E. S. Lough von ihm: „Was Generaloberst Student heute und hier an deutsch-englischer Verständigung vollbracht hat, ist manchem Diplomaten in einem langen Leben nicht vergönnt zu vollbringen."

Wiederholt nahm er an den Treffen der Ortelsburger Jäger teil, zuletzt im vergangenen Herbst in Lüneburg. BS/CK

Aus der landsmannschaftlichen Arbeit in . . .

GEMEINSCHAFT JUNGES OSTPREUSSEN

Bundesgruppenwart Hans Linke, 4618 Kamen, Breslauer Platz 6, Telefon 0 23 03 / 7 13 27. Geschäftsstelle: 2 Hamburg 13, Postf. 8047, Tel. 04 11 / 45 25 41.

Vom 24. Juli bis zum 5. August veranstaltet die GJO in Bosau am Gr. Plöner See ein Sommerlager für 14- bis 18jährige Mädel und Jungen. Unterkunft in Zelten. Teilnehmerbeitrag für GJO-Mitglieder 125,— DM, für Nitchmitglieder 135,— DM. Fahrtkosten gehen voll zu Lasten der Teilnehmer. Anfragen und formlose Anmeldungen erbitten wir umgehend an die Geschäftsstelle, da am 10. Juni Anmeldeschluß.

BERLIN

Vorsitzender der Landesgruppe Berlin: Kurt Jurkowski, 1 Berlin 61, Stresemannstr. 90—102 (Europahaus), Telefon 03 11 / 18 07 11.

Abstimmungsfeier: Die Landesgruppe veranstaltet Sonnabend, 4. Juli, 18 Uhr, eine 50jährige Abstimmungsfeier in der Kongreßhalle, Gr. Auditorium, 1 Berlin 21, John-Foster-Dulles-Allee 10. Festansprache: Bundesminister a. D. Heinrich Windelen. Mitwirkende: das Berliner Barock-Orchester, der Berliner Lehrergesangverein. Alle Landsleute sind zu dieser Veranstaltung herzlich eingeladen. Eintritt frei.

7. Juni, So., Heimatkreise **Tilsit-Stadt, Tilsit-Ragnit, Elchniederung:** Die für 16 Uhr vorgesehene Zusammenkunft fällt aus wegen Teilnahme am Heimattreffen der Tilsiter in Hannover im Döhrener Maschpark.

13. Juni, Sbd., 16 Uhr, Heimatkreis **Osterode:** Kreistreffen im Haus der ostdeutschen Heimat, Casino, Stresemannstraße 90, mit gemeinsamer Kaffeetafel.

14. Juni, So., 15.30 Uhr, Heimatkreis **Rastenburg:** Kreistreffen in den Berliner-Kindl-Festsälen, Hermannstraße 217/19 (U-Bahn Boddinstraße, Busse 4, 91).

16. Juni, Di., 19.30 Uhr, **Ostpreußische Jugend:** Treffen im Haus der ostdeutschen Heimat, Stresemannstraße 90, Raum 118.

17. Juni, Mi. (nicht am 14. Juni!), 14 Uhr, Heimatkreis **Johannisburg:** Kreistreffen im Haus Sanssouci, 1 Berlin 39, Am Gr. Wannsee 60, mit Schiffsrundfahrt. Bitte um Voranmeldungen.

21. Juni, So., 15 Uhr, Heimatkreis **Sensburg:** Kreistreffen im Restaurant Rixdorfer Krug, Neukölln, Richardstraße 31 (U-Bahn Karl-Marx-Straße, Busse 4, 65, 77).

23. Juni, Di., 19.30 Uhr, **Ostpreußische Jugend:** Treffen im Haus der ostdeutschen Heimat, Stresemannstraße 90, Raum 118.

HAMBURG

Vorsitzender der Landesgruppe Hamburg: Eberhard Wiehe, 2 Hamburg 62, Am Ohlmoorgraben 14, Telefon 04 11 / 5 20 77 67. Geschäftsstelle: 2 Hamburg 13, Parkallee 86, Telefon 04 11 / 45 25 42, Postscheckkonto Hamburg 96 05.

Bezirksgruppen

Fuhlsbüttel — Montag, 8. Juni, 19.30 Uhr, Monatszusammenkunft mit Farbdia-Vortrag mit Ton „Zauber der Dolomiten" im Bürgerhaus.

Lokstedt—Niendorf—Schnelsen — Sonnabend, den 6. Juni, 19 Uhr, Vereinslokal Zur Doppeleiche, Tibarg 52, nächste Zusammenkunft. Letzte vor der Sommerpause.

Heimatkreisgruppen

Heiligenbeil — Sonntag, 7. Juni, 15.30 Uhr, Restaurant Feldeck, Feldstraße 60, Zusammenkunft. — Anmeldungen zur Omnibusfahrt nach Burgdorf zum Hauptkreistreffen bis 7. Juni. Abfahrt Sonntag, 14. Juni, 7.30 Uhr vom ZOB, Hamburg, Bahnsteig O, mit Zusteigemöglichkeit in Harburg um

etwa 8 Uhr, Fahrpreis 10,— DM, für Mitglieder der Kreisgruppe 5,— DM. Die Fahrt gilt fest gebucht, wenn Fahrpreis bis zum 8. Juni eingezahlt. Anmeldungen an Emil Kuhn, 2 Hamburg 61, Paul-Sorge-Straße 141 c, Telefon 5 51 15 71.

Frauengruppen

Billstedt — Freitag, 26. Juni, 14 Uhr, Kaffeefahrt. Meldungen bis 15. Juni und Auskunft bei Frau Reuss, Telefon 7 30 24 52.

Goldene Konfirmation

Sonntag, 7. Juni, in der Gnadenkirche, Holstenglacis 7, Feier der goldenen Konfirmation. Hierzu sind auch Vertriebene geladen. Anmeldungen bei Pastor Runkel, 2 HH 36, Holstenglacis 7, Tel. 35 45 61.

NIEDERSACHSEN

Landesgruppe Niedersachsen e. V.: 1. Vorsitzender Alfred Hein MdB, 332 Salzgitter-Lebenstedt, Hint. Ostertal 44, Telefon 0 53 41 / 4 44 26; 2. Vorsitzender Fredi Jost, 457 Quakenbrück, Hasestraße 60, Telefon Nr. 0 54 31 / 5 17; 3. Vorsitzender Friedrich Wilhelm Raddatz, 318 Wolfsburg, Am Stemmelteich 24, Telefon 0 53 61 / 40 45.

Hildesheim — Nächste Versammlung Freitag, den 12. Juni, in Hotopps Hotel mit Vortrag des Vors. der Landesgruppe, Hein MdB. — Der lange vorbereitete Busausflug der Gruppe führte in den Harz und an die Demarkationslinie. Osterode, Patenstadt von Osterode in Ostpreußen, wurde berührt und dann ging es, von Regenschauern begleitet, vorbei an der Sösetalsperre in den frühlingsfrischen Harz. Allerdings erinnerten beachtliche Schneereste an den langen schneereichen Winter. Nach einer kleinen Pause im Braunlager Kurgarten standen die Fahrtteilnehmer wenig später an der Demarkationslinie in Hohegeiß. Gerade so kurz nach dem Kasseler Treffen kam allen die Tragik der deutschen Teilung so recht zum Bewußtsein. Nach einem kräftigenden Mittagessen in idyllischer Umgebung ging die Fahrt weiter nach Bad Sachsa. Sonnenschein lockte zum Spaziergang im Kurpark. Auf der Rückfahrt über die Harzhochstraße gab es bei bester Sicht einen Ausblick auf den von hier leider unerreichbaren Brocken.

Soltau — Donnerstag, 4. Juni, 15 Uhr, Café Köhler, Treffen der Frauengruppe. — Sonntag, 7. Juni, 8 Uhr Tagesfahrt nach Wolfsburg mit Stadtrundfahrt, gemeinsamem Mittagessen und Kaffeetafel, anschließend bunter Nachmittag mit der Gruppe Wolfsburg. Abfahrt in Soltau von Tankstelle Winkelmann, Wilhelmstraße 16. Fahrpreis für die Fahrt nach Wolfsburg einschließlich Stadtrundfahrt 10,— DM. Siebzig Teilnehmer haben sich bereits gemeldet. — Die vorige Monatsversammlung war gut besucht. Lm. Fabrewitz brachte einen Farblichtbildervortrag von der 20-Jahr-Feier, der Adventsfeier, den zwei Ausflügen und seiner Reise nach Venedig. Eine Sammlung für die Treuespende für Ostpreußen ergab einen ansehnlichen Betrag.

Stade — Aus Anlaß der Abstimmung vor 50 Jahren und der Vertreibung vor 25 Jahren sprach die Bundesvorsitzende der ostpreußischen Frauenarbeitskreise, Frida Todtenhaupt, über das Thema „Die ostpreußische Frau während der Flucht und 25 Jahre danach". Sie schilderte die Leistung der Frauen in jenen schicksalsvollen Jahren, als die Front ins Heimatland einbrach, sowie über den selbstlosen Einsatz auf Flucht und Vertreibung, in den Jahren danach bis heute die Wiederherstellung der Familien, die Hilfe für die Spätaussiedler und die Rettung ostpreußischen Kulturgutes. Mit Unterstützung der Stadtsparkasse konnte die Frauengruppe eine Bilderausstellung des ostpreußischen Malers Prof. Eduard Bischoff in der Schalterhalle der Sparkasse zeigen. Auf einem kleinen Empfang, zu dem die Frauengruppe eingeladen hatte, konnte die Vors. Dora Karth Vertreter des Landkreises und der Stadt, der Stadtsparkasse, der Landsmannschaften, des BdV und der Presse sowie die Vors. der Landfrauen begrüßen.

Uelzen — Mittwoch, 17. Juni, 19.30 Uhr, im Hotel Drei Linden, nächste Monatsversammlung.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vorsitzender der Landesgruppe Schleswig-Holstein: Günter Petersdorf, 23 Kiel, Professor-Anschütz-Straße 69. Geschäftsstelle: Kiel, Wilhelminenstraße 47/49, Telefon 04 31 / 4 02 11.

Pinneberg — Sonnabend, 13. Juni, Busfahrt nach Glücksburg an der Flensburger Förde. Abfahrt 7 Uhr vom ehemaligen Quelle-Kino, Richard-Köhn-Straße, 7.15 Uhr von der Haltestelle am Markt, Friedrich-Ebert-Straße. Fahrpreis 11,— DM. Karten bei den Kassierern. — Für die Gedenkstunde zum Muttertag hatte Lm. Glauß ein festliches Programm zusammengestellt. Mittelpunkt war die Festrede von Frau G. Felchner. Vors. Kumpies dankte allen Mitwirkenden für die gelungene Gestaltung des Abends, u. a. auch Elke Rudat aus Appen und Ella Glauß. — Zur ergreifenden Gedenkkundgebung der LMO fuhr eine stattliche Zahl der Mitglieder nach Laboe. Am Marine-Ehrenmal wurde in einer würdigen Feier den Seeleuten der deutschen Kriegs- und Handelsmarine der Dank abgestattet für die Rettung ost- und westpreußischer Landsleute über See vor 25 Jahren. Es war eine erlebnisvolle Stunde, die allen Teilnehmern im Gedächtnis bleiben wird.

Schönwalde a. B. — Sonnabend, 27. Juni, 20 Uhr, im Gasthof zum Landhaus Festabend aller Vertriebenen anläßlich der Vertreibung vor 25 Jahren und der Volksabstimmung vor 50 Jahren. Es spricht Regierungsdirektor Dr. Walsdorff, Kiel. Mitwirkende: Jugendblasorchester Concordia, Kiel. Eintritt frei. — Sonntag, 28. Juni, 9.30 Uhr, Festgottesdienst in der Schönwalder Kirche. Festpredigt: Ehrenmitglied Pastor Armin Lembke. Anschließend wird am Ehrenmal ein Kranz zum Gedenken der Opfer der Flucht und Vertreibung niedergelegt.

NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen: Harry Poley, 41 Duisburg, Duissernstraße 24, Telefon 0 21 31 / 33 92 41. Stellvertreter: Erich Grimoni, 493 Detmold, Postfach 296. Geschäftsstelle: 4 Düsseldorf, Duisburger Straße 71, Telefon 02 11 / 48 26 72.

Düsseldorf — Freitag, 12. Juni, ab 19 Uhr, Stammtisch im Restaurant im Haus des Deutschen Ostens, Bismarkstraße 90. — Dienstag, 16. Juni, Treffen der Frauengruppe. — Donnerstag, 18. Juni, 19.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Feierstunde zum Gedenken der Abstimmung in Ost- und Westpreußen. Festvortrag Erich Grimoni. Mitwirkende: Ost- und Westpreußenchor und eine Schülerin der Agnes-Miegel-Schule mit Rezitationen. — Sonnabend, 27. Juni, Wanderung zum Gut Höltgen. Treffpunkt 14 Uhr an der Uhr am Hauptbahnhof, Wanderung beginnt gegen 14.30 Uhr an der Endhaltestelle der Linie 3.

Lüdenscheid — Sonnabend, 13. Juni, Nachmittagswanderung zur Brüninghauser Halle mit anschließendem Kegeln und Spießbraten. Treffpunkt 14 Uhr vor der Gaststätte Höh. Die Kindergruppe nimmt an der Wanderung teil. — Sonntag, 5. Juli, Tagesausflug ins Weserbergland (Bad Oeynhausen, Porta, Minden, Bückeburg, Mittagessen in Rinteln, Bad Pyrmont, Meinberg). Anmeldung, bei gleichzeitiger Zahlung des Fahrpreises, etwa 14 DM, bis zum 18. Juni an Lm. Albrecht, Gustavstraße 15, und Schuhhaus Berger, Knapperstraße, gegenüber der Christuskirche. Abfahrt 7 Uhr ab Apollo-Theater, 7.10 Uhr ab Schlachthof.

Münster — Dienstag, 9. Juni, 15 Uhr, trifft sich die Frauengruppe im Lokal Westhues, Weseler Straße 5, zu ihrem Heimatnachmittag. Der irrtümlicherweise im Nachrichtenblatt „Dein Landsmann" für Freitag, 11. Juni, angezeigte Heimatabend findet am Donnerstag, 11. Juni, 20 Uhr, im Aegidiihof statt. Der Tonfilm „Königsberg heute" kann aus technischen Gründen nicht gezeigt werden, statt dessen eine bunte Diareihe „Reisebericht der Deutschen Jugend des Ostens aus Japan". — Der fröhliche Maienabend der Ost- und Westpreußen wurde durch die ostdeutsche Jugendgruppe unter der Leitung von Lm. Schaefer gestaltet. Er erinnerte zunächst an die vergangenen 25 Jahre, an die Kapitulation und an die Vertreibung. Dann brachte die Jugendgruppe Lieder und Volkstänze der Heimat. Kabarettistisch war das Frage- und Antwortspiel „Was tut man für die Wiedervereinigung?"

Warendorf — Montag, 15. Juni, fährt die Frauengruppe nach Waldliesborn. Abfahrt 13 Uhr Bahnhofsvorplatz, bindende Anmeldung bis 10. Juni bei Fr. Kremkus, Breslauer Straße. Gäste willkommen.

Wesel — Auf dem Kulturabend der Kreisgruppe sprach der Kulturreferent der Landesgruppe, Dr. Heincke, Düsseldorf, über das Thema „Die Oder-Neiße-Linie und die gegenwärtigen Ost-West-Verhandlungen". In einem Lichtbildervortrag wurde Ostpreußen, seine Dichter, Philosophen, Maler und die Entstehung seiner Burgen gezeigt. Die Deutsche Jugend des Ostens führte Heimattänze vor, und eine Stimmungskapelle verschönte den Abend.

HESSEN

Vorsitzender der Landesgruppe Hessen: Konrad Opitz, 63 Gießen, An der Liebighöhe 20, Telefon Nr. 06 41 / 3 81 47.

Frankfurt (Main) — Der Damenausflug nach Altweibermühle — Heilbronn — Trippstrill findet nicht, wie im Rundbrief angekündigt, am Mittwoch, 10. Juni, sondern bereits am Dienstag, dem 9. Juni, statt. Abfahrt 8 Uhr Opernplatz, Fahrpreis 13,— DM. Näheres und Anmeldungen bei Frau Markwirth, Telefon 55 88 32.

Marburg (Lahn) — Dienstag, 9. Juni, Waldecker Hof, 19.30 Uhr, Monatsversammlung: 50 Jahre Abstimmung in Ost- und Westpreußen. Bericht Anna Hopf, Selbsterlebtes Otto Skibowski aus Lyck. Besprechung der Fahrt nach Göttingen zur Feier am Ehrenmal und Besichtigung des Durchgangslagers Friedland am 6. September. — Auf der vorigen Zusammenkunft wurden die Dias „Herzog Albrecht von Brandenburg und die Kultur seiner Zeit" vorgeführt. Der Vortrag wurde als Ergänzung zu dem Vortrag von Professor Kohls über dasselbe Thema im April sehr gut aufgenommen und mit großem Interesse verfolgt. Die anschließende kleine Muttertagsfeier brachte den Müttern kleine Buchgeschenke ost- und westpreußischer Schriftsteller.

BADEN-WÜRTTEMBERG

Vorsitzender der Landesgruppe Baden-Württemberg: Max Voss, 68 Mannheim, Zeppelinstraße 42, Telefon Nr. 06 21 / 3 17 54.

Reutlingen — Am 11. Juni 1950 wurde die Gruppe von dem heutigen Ehrenvorsitzenden de la Chaux, Palmburg, gegründet. Aus Anlaß des 20jährigen Bestehens Sonnabend, 13. Juni, 15.30 Uhr, im Gründungslokal „Südbahnhof", Heimatnachmittag mit buntem Programm. Am Abend wird nach den Klängen einer beliebten Kapelle getanzt. — Der Volksabstimmung vor 50 Jahren und der Vertreibung vor 25 Jahren gilt eine Gedenkstunde am Mittwoch, dem 17. Juni, 15.30 Uhr, in der Ferdinand-von-Steinbeis-Schule, Karlstraße. Gedenkrede Prof. Dr. Werner Schienemann, Tuttlingen. Für Vervollständigung des Programms sorgt die Frauengruppe. Musikalische Umrahmung: ein Quartett der Pommern. Gäste willkommen. — Die Teilnahme an dem Landestreffen in Offenburg war überaus gut. Leider mußten wieder einige Landsleute wegen verspäteter Meldung auf die Fahrt verzichten. Deshalb wird an dieser Stelle nochmals herzlich gebeten, künftig die Meldetermine zu beachten, damit die Möglichkeit besteht, für genügend Plätze Sorge zu tragen.

St. Georgen — Sonnabend, 13. Juni, 19.30 Uhr, im Gasthaus Deutscher Kaiser, Monatsversammlung. Alle Mitglieder sind herzlich eingeladen. — Die Fahrt nach Stuttgart, Wilhelma, findet doch am Sonntag, 5. Juli statt, und nicht, wie in einer Änderung bekanntgegeben wurde, am 21. Juni. Abfahrt 6.45 Uhr Edeka-Hochhaus, 6,50 Uhr Bühlstraße (Dual), 6.55 Uhr Gerwigschule, 7 Uhr Tankstelle Bäsch. Anmeldeschluß 27. Juni.

Stuttgart — Mittwoch, 10. Juni, Fahrt der Frauengruppe mit Omnibus Meklinger, 7.15 Uhr ab Omnibusbahnhof, Bussteig 13, nach Laichingen. Fahrpreis 7,50 DM. Anmeldungen bis Sonntag, 7. Juni, bei Else Kraus, Stuttgart-W., Augustenstr. 12, Tel. 62 56 84.

BAYERN

Vorsitzender der Landesgruppe Bayern: Walter Baasner, 8 München 23, Clemensstraße 48/IV li., Telefon 08 11 / 30 46 86.

Der für den 14./15. Juni in Eichstätt (Bayern) festgesetzte politische Lehrgang muß leider aus organisatorischen Gründen ausfallen.

Sommerfreizeit der Landesgruppe: In der Zeit vom 25. Juli bis zum 8. August 1970 findet in Waldkraiburg im Haus Sudetenland die diesjährige Freizeit statt. Alle Jungen und Mädel, die das 14. Lebensjahr erreicht haben, laden wir recht herzlich dazu ein. Kosten für vierzehn Tage 75,— DM. Nähere Auskünfte und Anmeldung bei Elfriede Schimanski, Landesjugendwart, 872 Schweinfurt (Main), Niederwernerstraße 103.

Bestätigungen

Wer kann bestätigen, daß Hans Bauer aus Wartenburg, Kreis Allenstein, Bahnhofstraße 15/16, vom 1. Februar 1935 bis 30. September 1939 beim Zuchthaus Wartenburg als Werkführer in der Schneiderei beschäftigt gewesen ist?

Wer kann die nachstehend aufgeführten Arbeitsverhältnisse der Helene Hochheimer, geb. Maskolus, aus Tilsit, Jägerstraße 7, bestätigen? 1913 bis 1916 Kleinkinderheim Tilsit, als Kochlehrling; 1916 bis 1926 Café Hohenzollern, Inhaber Schellhammer, Tilsit, als Köchin; 1926 bis 1933 Privathaushalt Lenz, Tilsit; 1938 bis 1943 Restaurant Jablonski, Tapiau, Kreis Wehlau.

Es werden Landsleute gesucht, die über die Arbeitsverhältnisse des Rudolf Hochheimer aus Königsberg, Oberlaak 23 a, zweckdienliche Angaben machen können. Er war von etwa 1919 als Kellnerlehrling im Bahnhofshotel Allenstein und anschließend in mehreren Gaststättenbetrieben in Königsberg als Kellner beschäftigt. Von 1931 bis 1938 Königlicher Hof, Inhaber Sulz, Tilsit, und von 1938 bis September 1939 Restaurant Jablonski, Tapiau, Kreis Wehlau.

Wer kann die nachstehend aufgeführten Arbeitsverhältnisse des Bruno Kischnick aus Königsberg, Mühlenkamp, bestätigen? 1924 bis 1926 Bauer Fritz Bressen Klein Ottenhagen, Kreis Königsberg; 1927 bis 1930 Shell-Tanklager, Königsberg; 1930 bis 1931 Baufirma Bandowski, Tapiau, Kreis Wehlau; 1931 bis 1935 Möbelhaus Braunschweig & Schroeder, Königsberg; 1935 bis 1938 Autofuhrbetrieb Petrick, Königsberg; 1938 bis 1944 Autofuhrbetrieb Gustav Wengel, Königsberg; sämtlich als Arbeiter und Kraftfahrer.

Wer kann bestätigen, daß Minna Radomski, geb. Kuss, aus Bednarken und Henriettenhof, Kreis Osterode, vom 1. Juni 1920 bis 30. Juni 1923 beim Kaufmann Walter Kruppa, Osterode, Kaiserstr. 22, und vom 1. Juli 1923 bis 31. Mai 1925 bei Antonie Kondritz, Klein Reußen, Kreis Osterode, als Hausgehilfin tätig gewesen ist?

Zuschriften erbittet die Geschäftsführung der Landsmannschaft Ostpreußen, Abteilung Suchdienst, 2 Hamburg 13, Postfach 8047, unter Be/70.

Kamerad, ich rufe dich!

Marinestandort Pillau

Durch ein Versehen sind in der Einladung zum Pillauer Treffen vom 1. bis 4. August in Eckernförde folgende selbständige Dienststellen nicht genannt worden: 25. U-Flottille (Ausbildungsgruppe Front), Marinelazarett, Artilleriewaffenarsenal, Sperrwaffenarsenal Pillau, Sperrwaffenarsenal Peyse, Torpedoausrüstungsstelle, Marinehafenbauamt, Marinebauamt, Marineverpflegungsamt, Marinenachrichtenstelle. Selbstverständlich gilt die Einladung auch für Angehörige dieser Dienststellen.

Fritz Goll
233 Eckernförde, Diestelkamp 17

Kameradschaft Pi 1

Die Kameradschaft Pi.-Btl. 1 hält ihr diesjähriges Treffen am 17. und 18. Oktober in Köln ab. Die Kameraden der aus dem Pi.-Btl. 1 hervorgegangenen Schwesterbataillone einschließlich der Kriegsformationen sind zu diesem Treffen herzlichst eingeladen. Näheres über den Ablauf des Treffens folgt an dieser Stelle und in unserem Rundschreiben. Auf die verbilligten Fahrten der Bundesbahn zu diesem Zeitpunkt wird hingewiesen.

Otto Metz
5 Köln 91, Burgstraße 70

ES STAND IN DER ZEITUNG . . .

Vor 130 Jahren

Berlin, 31. Mai 1840

In allen größeren Städten Preußens haben heute Feiern anläßlich der Thronbesteigung Friedrichs des Großen vor 100 Jahren stattgefunden. Die Gedenkrede namens der Akademie der Wissenschaften in Berlin hielt Alexander v. Humboldt. Auch an den Universitäten Königsberg und Breslau wurde des großen Preußenkönigs in akademischen Feiern gedacht, wobei hervorgehoben wurde, daß Friedrich II. sich bei weitem nicht nur wegen seiner militärischen Unternehmungen gegenüber einer Übermacht, sondern vor allem deshalb im Lande und in Europa höchster Wertschätzung erfreute, weil er ein aufgeklärter Monarch war, der den Dienst am Staatswesen und an den Landeskindern an die erste Stelle setzte.

Berlin, 1. Juni 1840

Aus Anlaß der 100. Wiederkehr der Thronbesteigung Friedrichs des Großen wurde in Berlin der Grundstein zu seinem Reiterstandbild gelegt. Abordnungen der östlichen Provinzen der Monarchie, darunter Deputationen der Städte Königsberg, Stettin und Breslau, nahmen an der Feier teil.

Berlin, 8. Juni 1840

König Friedrich Wilhelm III. ist nach schwerer Krankheit gestorben. Die Nachricht vom Tode des Königs wurde in den Ostprovinzen mit großer Teilnahme aufgenommen. In Ostpreußen erinnert man sich der Jahre von 1807 bis 1808, als Friedrich Wilhelm III. dort den Grundstein für die Wiederaufstieg Preußens legte. In Schlesien gedenkt man der Zeit der Befreiungskriege, als der König 1813 in Breslau die Dekrete unterzeichnete, welche die Erhebung einleiteten.

Vor 90 Jahren

Goldap, 8. Juni 1880

Die Landtagsersatzwahl gewann Gutsbesitzer Dirichlet, der für die Fortschrittspartei kandidierte.

Vor 60 Jahren

Königsberg, 10. Juni 1910

Die Stadtverwaltung wird einen neuen Weg im Sozialwesen einschlagen und bedürftigen Familien Land für den Anbau von Feldfrüchten, besonders von Kartoffeln, zuweisen.

Vor 50 Jahren

Riga, 27. Mai 1920

Rußland will mit Lettland und Litauen einen Friedensvertrag abschließen und die Unabhängigkeit dieser baltischen Staaten anerkennen.

Posen, 31. Mai 1920

Das Posener Land wird kein Sonderstatut bekommen. Ein solches Statut war von weiten Kreisen der Bevölkerung gewünscht worden, da sich die ehemalige preußische Provinz Posen in wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Hinsicht auf einer höheren Entwicklungsstufe befindet als die früheren russisch-polnischen Gebiete. Nicht nur deutsche Einwohner, sondern auch weite Kreise der polnischen Bevölkerung hatten die Einräumung bestimmter Sonderrechte für Posen und Westpreußen verlangt.

New York, 1. Juni 1920

Der Schiffsverkehr zwischen Danzig und den USA wird demnächst wieder aufgenommen.

Berlin, 1. Juni 1920

Der sowjetrussische Gesandte Wigdor Kopp dementierte alle Gerüchte, daß die gegen Polen vormarschierenden Truppen die deutsche Grenze überschreiten würden.

Danzig, 2. Juni 1920

Die Verfassungsgebende Versammlung ist zum 14. Juni einberufen worden.

Berlin, 8. Juni 1920

Die Abgeordneten der Abstimmungsgebiete in der Nationalversammlung werden ihre Wahlbezirke im Reichstag vertreten, bis die Wahlen dort nachgeholt werden können.

Rom, 8. Juni 1920

Der Papst ernannte Kardinal Ratti zu seinem Kommissar in den deutschen Abstimmungsgebieten.

Vor 40 Jahren

Königsberg Pr., 4. Juni 1930

Die Reichsregierung hat zur Aufklärung des schweren Grenzzwischenfalles bei Neuhöfen, Kreis Marienwerder, eine Kommission gebildet, deren Leitung dem Oberpräsidenten Dr. Lukaschek (Oppeln) übertragen wurde. (Anm. der Red.: Dr. Lukaschek ist der spätere erste Vertriebenenminister der Bundesrepublik.)

Vor 25 Jahren

Königsberg, 10. Juni 1945

Wie aus Königsberg entkommene Deutsche berichten, wüten dort Epidemien, besonders Typhus. Täglich sterben 200 bis 300 Menschen. Fast alle Säuglinge sind bereits aus Mangel an Nahrung verhungert.

Polnische Briefmarken mit Motiven aus den Oder-Neiße-Gebieten

Anläßlich des 25. Jahrestages der Übernahme der Verwaltung der Oder-Neiße-Gebiete gab die polnische Post acht Briefmarken heraus, von denen sieben Motive aus diesen Provinzen zeigen. Ein weiteres Postwertzeichen verherrlicht den „25. Jahrestag der Vereinigung der wiedergewonnenen Gebiete mit dem polnischen Mutterland": Neben einem Piasten-Adler befinden sich auf der Briefmarke die Wappen von sieben Städten der Oder-Neiße-Gebiete. Schließlich wurde eine besondere „Siegesmarke" zur Erinnerung an die Eroberung Berlins im Jahre 1945 herausgegeben. Vor dem Hintergrund des Brandenburger Tors ist je ein sowjetischer und ein polnischer Soldat zu sehen.

Flucht vor der Verantwortung

Gemeinschaft Junges Ostpreußen diskutierte mit SPD-Politikern

„Erkennen Sie Annexion als Grundlage für eine europäische Friedensordnung an?" — „Die Politik, die Sie vertreten, ist Flucht vor der Verantwortung!" — „Die Polen haben ihr ‚Noch ist Polen' länger als ein Jahrhundert gesungen, und Sie wollen aufgeben?" — „Sie mögen die sogenannte DDR nicht, aber Sie wollen sie anerkennen?" So und ähnlich prasselten temperamentvoll die Fragen auf den Vorsitzenden des Ortsvereins Kamen-Mitte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Herrn Erdmann, nieder. Der Bundesjugendwart der Gemeinschaft Junges Ostpreußen, Hans Linke, hatte Herrn Erdmann ins Landesdurchgangswohnheim Massen eingeladen, um dort vor der Bundesarbeitsgemeinschaft der GJO, einer politisch arbeitenden Gruppe, den Antrag seines Ortsvereins an den Saarbrücker SPD-Parteitag zu begründen, die Oder-Neiße-Linie und das mitteldeutsche Regime anzuerkennen.

Herr Erdmann und das ihn begleitende Vorstandsmitglied hatten vor den jungen Ostpreußen keinen leichten Stand. Es gelang den beiden Herren auch in keiner Weise, die Jugend von der Richtigkeit ihrer Ansichten zu überzeugen: Daß man anfangen müsse „mit dem, was man habe", und daß die DDR zwar nicht demokratisch sei, aber nun einmal da. Berlin müsse natürlich abgesichert werden, aber die Bundesrepublik könne dem Osten gegenüber nur glaubwürdiger werden, wenn sie verzichte, denn der „Drang nach Osten" sei immer von Deutschland ausgegangen. Der Ortsvereinsvorsitzende meinte auch, Landraub und Vertreibung dürfe man nicht anerkennen, sah aber andererseits die Notwendigkeit, „im Interesse des Friedens" Opfer zu bringen. Er bezeichnete sich im übrigen als den Nachkommen einer vor Jahrzehnten nach Westfalen gezogenen ostpreußischen Familie, der „gern wieder in Ostpreußen wohnen würde". Er brachte es aber nicht fertig, auf einige der völlig klaren Fragen der Jugend zu antworten. So gab er beispielsweise keine Antwort auf die Frage, ob die SPD bereit sei, als Folge der von ihr getriebenen Politik den Lastenausgleich durch eine volle Entschädigung nach dem derzeitigen Wert zu ersetzen. Er stellte zwar selbst die Frage, was man tun könne, um nicht zu verzichten, sah aber andererseits keine Möglichkeit als die Anerkennung.

Demgegenüber stellten die jungen Ostpreußen fest: „Bei solcher Handlungsweise stellen sich die SPD und die von ihr geführte Regierung gegen das Grundgesetz, mißachten die Eidesverpflichtung („ . . . Schaden vom deutschen Volke abzuwenden") und das Völkerrecht. Damit wird ein großer Teil unseres Volkes erneut unter Sonder- und Ausnahmerecht gestellt und das Selbstbestimmungsrecht der Ostdeutschen in sträflicher Weise mißachtet." Die Jugend sah auch keinen Anlaß zu einer Nichtigkeitserklärung des Münchener Abkommens, zur Aufgabe des Alleinvertretungsanspruches und der Hallstein-Doktrin, letzteres um so weniger, als in der neuen Zonen-Verfassung die SED selbst nachdrücklich einen Alleinvertretungsanspruch stellt. Die Jugend sah darin vielmehr „eine Erfüllung der Stophschen Forderungen von Erfurt und den Abbau des staatlichen und nationalen Einheitswillens aller Deutschen."

Die Auseinandersetzung nahm fast einen ganzen Vormittag in Anspruch. Moralisch endete sie zumindest mit einem Punktsieg der jungen Ostpreußen, von denen manche die Heimat nicht mehr aus eigenem bewußten Erleben kennen, sich aber dennoch mit Elan und Begeisterung für die ihnen gut erscheinende Sache einsetzen, ohne daß Herr Erdmann und sein Mitarbeiter ihnen gleichwertiges entgegensetzen konnten. Bemerkt sei dazu noch, daß die Bundesarbeitsgemeinschaft ihre erste Tagung abhielt, daß die jungen Menschen also keineswegs durch die Mühle einer langen Schulung gelaufen waren, wie es in Mitteldeutschland üblich ist, sondern sich ihre Gesichtspunkte selbst erarbeitet hatten.

Diese leidenschaftlich geführte Auseinandersetzung war das Finale einer eineinhalbtägigen ersten Tagung der Bundesarbeitsgemeinschaft gemeinsam mit den Landesjugendwarten. Zuvor hatten die jungen Ostpreußen gemeinsam mehrere Filme des Zonen-Fernsehens in der Originalfassung gesehen, in denen, wie z. B. in „Signal DDR 20", die mitteldeutsche Jugend schon von Kindesbeinen an über Begriffe wie „Heimat" und „Vaterland" und die Verpflichtung, beides zu verteidigen, nachdrücklich unterrichtet wird, während bei uns im Westen eine gegenteilige Wirkung zu verspüren ist. In mehreren Arbeitskreisen setzten sich die jungen Menschen außerdem mit den für die nächste Zeit geplanten Aktionen auseinander, so mit der Gedenkstunde in Bochum am 11. Juli zur Volksabstimmung von 1920, an der sich die Jugend intensiv beteiligen wird.



„Wenn wir unsere Heimat nicht endgültig verlieren wollen, müssen wir etwas dafür tun", sagte sich der Ostpreuße Georg Banszerus, der sich in Höxter an der Weser ein Textilgeschäft aufgebaut hat. Kurz entschlossen gestaltete er eines seiner Schaufenster als ständige Mahnung an den deutschen Osten mit Bildern berühmter Werke und ostdeutscher Landschaften, Karten, Büchern und Exemplaren des Ostpreußenblattes. Das Schaufenster fand in Höxter starken Anklang und regte schon zu lebhaften Diskussionen an. Auch in den örtlichen Zeitungen wurde es gewürdigt.

Leben nach dem Terminkalender

Niedersachsens „Landesmutter" stammt aus Ostpreußen

Schon lange wollte ich unseren Lesern die erste Dame des Landes Niedersachsen vorstellen, weil sie nach Heimat und Herkunft, Schicksal und Anteilnahme zu uns gehört und ihr Leben und Wirken an der Seite des Ministerpräsidenten Dr. Georg Diederichs in Hannover vorbildlich und beispielgebend genannt werden darf. Aber der Terminkalender unserer „Landesmutter" wollte es nicht. Wir sahen uns häufig bei offiziellen Anlässen und im Theater, wo das Ehepaar Diederichs sich gerne zerstreut nach des Amtes Bürde. Schließlich fand sich doch eine freie Stunde in dem geschmackvoll und behaglich eingerichteten Haus am Rande der Leine im Ortsteil Laatzen. Aus dem verabredeten Interview wurde ein gemütliches Plachandern.

Karin Ruth Klinger wurde 1926 in Gumbinnen geboren, wo ihr Vater als Eisenbahnbeamter lebte. Die Mutter, eine geborene Quednau, stammte von einem Gut in der Nähe von Bischofsburg, jener Gegend zwischen Ermland und Masuren, wo Menschen wohnten, die offen und tolerant miteinander lebten und schafften. Frau Diederichs bezeichnet sich als Zweifach-Vertriebene; die Vorfahren wanderten — der Name deutet schon darauf hin — aus dem Salzburgischen nach unserer Heimat aus.

Mit sechs Jahren schon verließ sie Gumbinnen, um fortan in Wittenberge an der Elbe zu leben, wohin der Vater versetzt worden war. Nach unbeschwerter, fröhlicher Jugend im Kreise ihrer vier Geschwister kam der Zweite Weltkrieg, danach die Besetzung des Landes durch die Sowjets.

In den Vereinsräumen des Schwimmklubs, dem Karin Ruth, heute noch passionierte



Schwimmerin, angehörte, trafen sich junge Menschen, die sich über das Verhalten der Besatzer in den ersten Monaten empörten und die politische Situation frei und offen diskutierten. Warnungen gutgesinnter Freunde schlugen die jugendlichen Heißsporne in den Wind. So geschah es, daß Karin Ruth Klinger, 18jährig, mit Freunden und Gleichgesinnten wegen verräterischer Umtriebe, Hetze gegen die Sowjetunion und was der Delikte mehr waren nach der Lesart der Besatzer, verhaftet und vor das Sowjetische Militärtribunal gestellt wurde. Das Urteil lautete bei allen auf Tod. Sieben der Gefährten wurden auch hingerichtet. Sie selbst entging diesem Schicksal, mußte aber zehn Jahre die Qual entwürdigender und unmenschlicher Kerkerhaft im Zuchthaus in Torgau und später in Sachsenhausen erdulden. Erst 1955 kam sie in den Westen zu ihrem in der Heide lebenden Vater; die Mutter war inzwischen verstorben.

Wenn man die elegante junge Frau anschaut, die einem so gelassen und freundlich gegenübersitzt, scheint es unfaßbar, daß sie diese Jahre ungebrochen überstanden hat.

Freilich, ganz ohne Schaden ist es nicht abgegangen: ein Leberleiden blieb zurück — aber sie brachte auch die Kraft und den Elan mit, sich der sozialen Aufgabe zu widmen, der sie sich alsbald verschrieb. Als städtische Angestellte in Hannover trat sie in das Werk des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes ein; ihre besondere Fürsorge galt dem Dienst an den Alten, deren Problemen sie schon in Haft und Kerker nahegekommen war und deren Betreuung sie als notwendige und große Aufgabe erkannte.

Im Kreise von Apothekerfreunden lernte sie ihren Gatten — er war damals Sozialminister — kennen. Sie war niemals seine Sekretärin, wie es die Fama gern wissen will. Im Jahre 1963 wurde Jörg geboren, der mit seinen Freunden herumtollt und unsere Anwesenheit gelassen und selbstverständlich zur Kenntnis nimmt. Frau Diederichs findet nun in dem neuen Wirkungskreis noch mehr Anlaß, sich ihrem Sozialwerk zu widmen. Die notwendigen Repräsentationspflichten, die Arbeit in den verschiedenen Verbänden und Korporationen verlangen ihre ganze Kraft, so daß es ihr manchmal doch ein bißchen zuviel wird.

Zwar findet sie Hilfe und Förderung durch den verständnisvollen Gatten, oft aber stört der Terminkalender das Familienidyll und so geschieht es zuweilen, daß Vater und Sohn am sonntäglichen Frühstückstisch die Vielgeplagte ironisch fragen: „Sag mal, hast du heute wirklich keine Verabredung?"

Es ist gewiß nicht leicht für eine Frau, das unruhige Leben an der Seite eines „Landesvaters" mit allen anderen, selbstgewählten Aufgaben zusammen zu meistern und dabei sowohl im Familienkreis als auch den Gästen gegenüber liebenswürdig und gelassen zu bleiben. Karin Ruth Diederichs hat ganz sicher eine gute Portion Ausdauer und Zähigkeit von zu Hause mitbekommen und eine Eigenschaft, die ihr geholfen hat in schwerster Zeit und die ihr weiter helfen wird: sie denkt zuerst an die Mitmenschen und erst dann an sich selbst.

Rudolf Lenk

Dr. Heincke 65 Jahre alt

Vor kurzem saßen wir in kleiner Runde mit ihm zusammen. Die Stimme von Dr. Hanswerner Heincke war in der Diskussion nicht zu überhören — wie ein Junger focht er leidenschaftlich für den Einsatz aller Kräfte auf dem Gebiet der Kulturpolitik. Daß der schmale, hochgewachsene Mann in Kürze seinen 65. Geburtstag begehen sollte, das ahnte keiner von uns. Und so kommt auch unser Glückwunsch eine Woche zu spät, wenn auch nicht minder herzlich.

Der heutige Landeskulturreferent der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen stammt aus Allenstein, wo er am 28. Mai 1905 zur Welt kam. Im dritten Lebensjahr kam er mit seiner Familie nach Königsberg, wo er 1925 am Friedrichskolleg das Abitur ablegte. Er studierte in Prag, Breslau und Königsberg. Schon während dieser Zeit beschäftigte er sich mit ostpreußischer Volkskunde. Nach dem Zweiten Weltkrieg veranstaltete Dr. Heincke bereits von 1947 an ostpreußische Heimatabende. Seit 1950 lebt er in Düsseldorf, wo er die landsmannschaftliche Arbeit mit aufbaute. Seit zwanzig Jahren erfreut er die Landsleute mit heimatlichem Humor, aber auch mit historischen Vorträgen und Lichtbildreihen. Im BdV wir er als Redner geschätzt, die Volkshochschulen fanden in ihm einen sachkundigen und profilierten Mitarbeiter; außerdem arbeitet Dr. Heincke mit an der Altpreußischen Bibliographie, beim Volkstumskreis und in der Ostdeutschen Forschungsstelle. Wer weiß, wieviel Arbeit mit jeder dieser Aufgaben verbunden ist, der wird ermessen können, wie knapp die Freizeit eines solchen Mannes ist. Allerdings hatte er das Glück, in seiner Frau eine verständnisvolle Mitarbeiterin zu finden: Frau Gertrud steht als Landesfrauenreferentin selbst mitten in der landsmannschaftlichen Arbeit -r

Kein Geld für Staatssekretär?

Die Personalpolitik der Bundesregierung bleibt — haushaltsmäßig gesehen — für einen Vertriebenen kaum verständlich. Auf der einen Seite wird im Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 1970 die Planstelle eines Staatssekretärs für die Vertriebenen, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigten gestrichen, weil für diesen Personenkreis ein Ministerialdirektor ausreichend sei. Auf der anderen Seite sieht der Bundeshaushalt 746 neue Planstellen bei obersten Bundesbehörden vor.

Inzwischen legte die Bundesregierung einen Ergänzungshaushalt 1970 vor. Man hätte meinen können, daß sich angesichts der erdrückenden Argumente für die Beibehaltung des Staatssekretärspostens die Bundesregierung eines Besseren überzeugt habe und im Ergänzungshaushalt die Staatssekretärsstelle für die Vertriebenen wiederhergestellt hätte. Aber nein. Im Ergänzungshaushalt befinden sich weitere 180 neue Planstellen für oberste Bundesbehörden und keine Abänderung der Eingruppierung des Leiters der Vertriebenen-Abteilung im Innenministerium. Das können die Vertriebenen nur mit äußerstem Befremden zur Kenntnis nehmen. ***N. H.***

KULTURNOTIZ

Prof. Max Lindh 80 Jahre alt. Eigentlich müßte man sagen: achtzig Jahre jung. Man traut ihm das biblische Alter nicht zu, wenn man mit dem Künstler spricht, der sich nicht nur auf seinem ureigenen Gebiet, sondern auch im Bereich der Politik und des Zeitgeschehens interessiert und informiert zeigt. Max Lindh kam am 1. Juni 1890 in Königsberg zur Welt. Seine Laufbahn als Maler begann er — später als andere — an der Königsberger Kunstakademie als Schüler von Prof. Arthur Degner. Heute lebt er in 1 Berlin 28, Waldseeweg 27. In der nächsten Folge des Ostpreußenblattes kommen wir auf Leben und Werk des Künstlers zurück.

Für die Ostdeutsche Galerie Regensburg stiftete Prof. Arthur Degner ein Gruppenbildnis, das ihn mit seinen ostpreußischen Malerkollegen von Brockhusen, Domscheid, Rösler und Partikel darstellt. — Eine vielbeachtete Ausstellung seiner Werke im Haus des deutschen Ostens, Düsseldorf, war dort bis zum 30. Mai zu sehen.

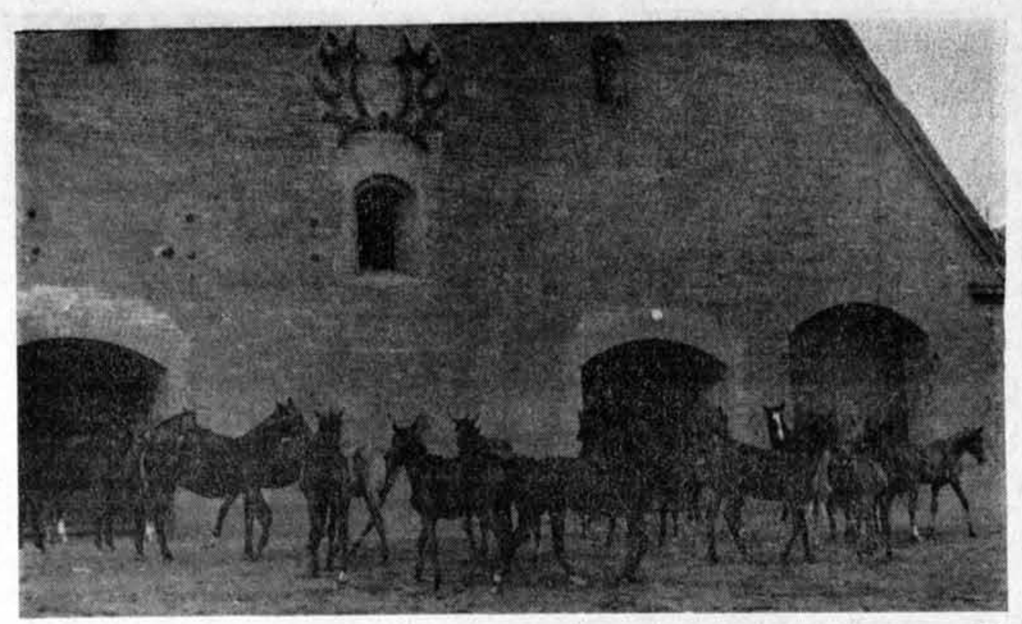
Dem verstorbenen ostpreußischen Maler Prof. Hans Orlowski wurde die Internationale Graphik-Memaille verliehen. Sie wurde von der deutschen Botschaft in Argentinien der in Berlin lebenden Witwe des Künstlers übersandt. Holzschnitte von Orlowski waren 1968 auf der 1. Internationalen Graphik-Biennale in Buenos Aires zu sehen.

In der Kunsthalle Enttlingen bei Karlsruhe werden Aquarelle, Temperabilder und Zeichnungen von Herbert Wentscher (geb. 1900 in Graudenz), jetzt Schopfheim in Baden, gezeigt. Dr. Hans Georg Siegler eröffnete die Ausstellung des 1968 mit dem Marienburg-Preis ausgezeichneten Künstlers.

Herbert Brust

In der Folge 16 des Ostpreußenblattes brachten Sie einen Artikel über Herbert Brust zum 70. Geburtstag, verfaßt von Margarete Kudnig. Wir haben in demselben Ort, im Ostseebad Neukuhren gelebt, deshalb unser großes Interesse für den Komponisten. Er war eine Persönlichkeit, die jeder im Ort kannte. Seine Komposition „Das Neukuhrener Bläserspiel" wurde von unserer Fliegerhorst-Kapelle öfters gespielt und fast die ganze Bevölkerung war anwesend. Er hat, seinem geliebten Wohnort zu Ehren, die Komposition „Das Neukuhrener Bläserspiel" genannt. Unseres Wissens spielt der NDR öfters im Hafenkonzert diese Musik.

Elisabeth Hunck, Ritterhude



Absatzfohlen im Trakehner Gestüt Rantzau, Kreis Plön. Foto Dr. F. Schilke

Trakehner Pferd

OSTPREUSSENS LEBENDES DENKMAL

Anerkennung für Blutlinien-Gründer

Im Katalog für die Verdener Herbstauktion 1969, bei der erstmalig bei einer deutschen Reitpferde-Versteigerung ein Gesamtumsatz von über eine Million DM erzielt wurde, ist im Textteil folgende Anerkennung der Trakehner Zucht zu lesen:

Zwei bedeutende Blutlinien entwickelten sich neu in der hannoverschen Edelzucht nach dem Kriege. Sie gehen zurück auf die Trakehner Hengste Abglanz und Semper idem, die beide im niedersächsischen Landgestüt Celle wirkten. Beider Hengste berühmter Ahn ist der Trakehner Hauptbeschäler Dampfroß, Vater von Semper idem und Hyperion, der über Termit den Hengst Abglanz lieferte.

Über Abglanz, einem 1942 in Trakehnen geborenen Fuchshengst, wird im gleichen Katalog verzeichnet, daß er von Termit und Abendluft v. Poseidon stammt und von 1947 bis 1963 als Celler Landbeschäler wirkte; er lieferte 15 gekörte Hengste und 77 eingetragene Zuchtstuten sowie 84 beim HDP, jetzt Deutsche Reiterliche Vereinigung, eingetragene Turnierpferde, die bis einschl. 1968 eine Turnierpreis-Gewinnsumme von 141 380 DM aufweisen. In den 16 Turnierjahrgängen erzielten seine Nachkommen im Schnitt 9100 DM Gewinne. Die Zahl der Zuchtjahre dieses Hengstes beträgt 18, wobei pro Jahr ein Schnitt von 9,5 Zuchtprodukten aufzuweisen ist. Seine bekanntesten Zuchtsöhne in der hannoverschen Zucht sind Abhang I, Abhang II, Abhang III, Artur, Archimedes, Absatz und Absurd. Die bekanntesten Turnierpferde unter seinen Nachkommen sind bisher Allerlei, Antonio III, Aranjuez, Algier, Angerapp IV, Adagio IX, Zukunft und Zuckerpuppe.

Über den Trakehner Hengst Lateran v. Helion u. d. Latona v. Fetysz ox, dem 1942 in Trakehnen geborenen Schimmelhengst, wird im Katalog festgestellt, daß er von 1946 bis 1967 Celler Landbeschäler war und bisher acht gekörte Söhne und 108 eingetragene Zuchtstuten lieferte, wozu bisher 121 eingetragene Turnierpferde mit einer Gewinnsumme von 118 986 DM bis Ende 1968 kommen. Mit bisher 16 Turnierjahrgängen verzeichnen seine Turnierprodukte einen Gewinnsummen-Durchschnitt von 7737 DM, wozu noch 18 Zuchtjahrgänge mit einem Jahresdurchschnitt von 13 Pferden kommen; seine bekanntesten Söhne in der hannoverschen Zucht sind Lasur, Lasso, Lavendel und Latos. Die bekanntesten Turnierkinder von Lateran wären Laila, Leitstern, Logik, Leoncavallo, Liebeslied, La Paloma, Latos IV, Latino und Landgraf.

Auch der hannoveranische Fuchshengst Senator, geb. 1951 und seit 1954 Celler Landbeschäler, von dem Trakehner Semper idem, ist bereits durch 26 gekörte Hengste, 90 eingetragene Zuchtstuten und 91 eingetragene Turnierpferde in der Aufstellung verzeichnet. Sender, Sesam I, Sellhorn, Senat, Senior und Seneka sind seine bekanntesten, in der hannoverschen Zucht verwendeten Söhne. Von seinen Turnierpferde-Kindern wären Skat, Seewind II, Salvator II, Sennerin V, Senator IV, und Samson II zu erwähnen.

Galoppderby-Starter ein Ostpreuße

Tausende auf der Horner Rennbahn in Hamburg fiebern am Schlußtag des Derbymeeting dem Augenblick entgegen, in dem ein Mann auf einen kleinen Knopf drückt, um die Elite der dreijährigen deutschen Rennpferde in den Kampf um den Sieg im Deutschen Derby auf die Strecke von 2400 Meter zu schicken.

Seine Anweisungen an die Jockeys am Start und seine Reaktionsfähigkeit bestimmen maßgeblich den Verlauf des Derbys.

Helmuth von der Groeben (59) hat gewissermaßen die ersten Tausendmarkscheine von den 150 000 DM in der Hand, die an die Besitzer der vier erstplacierten Pferde zur Verteilung kommen.

Der heutige Versicherungskaufmann, in Weiden bei Köln wohnhaft, kann sich sein Leben ohne Pferde nicht denken. „Am liebsten würde ich im Sattel zum Start reiten", sagt der gebürtige Ostpreuße. Aufgewachsen auf dem Gut seiner Eltern, in Tilsit zur Schule gegangen, fand er 14jährig den Weg zur ländlichen Reiterei. Kleineren Turniererfolgen reihten sich später 40 Siege im Rennsattel auf den Bahnen in Königsberg, Insterburg, Danzig und Zoppot an.

Aus dem Landwirt wurde 1936 der Soldat. Als Major führte er bei Kriegsende die letzten fünf Reiterschwadronen. Natur, Jagd und militärhistorische Studien sind die Felder, die den Reitersmann neben den Pferden beschäftigen. Daß er überwiegend die Endkämpfe der Rennen nicht sieht, die er startet, stört ihn wenig.

(Aus dem Hamburger Abendblatt)

Leistungsabzeichen der Reiterei

Elf bundesdeutsche Fachverbände des Sportes vergeben in neun Sportdisziplinen insgesamt 23 verschiedene Leistungsabzeichen, die im einzelnen noch in Alters- bzw. Leistungsstufen aufgegliedert sind. Alle diese Abzeichen für jedermann werden auf Grund mehrerer Prüfungen für jedes Abzeichen verliehen.

Die Reiterei einschließlich des Fahrsports ist mit vier Abzeichen, und zwar dem Deutschen Reiterabzeichen, dem Deutschen Fahrerabzeichen, dem Deutschen Jugend-Reiterabzeichen und dem Deutschen Jugend-Fahrerabzeichen vertreten.

Beim Deutschen Sportabzeichen kommt das Jugend-Sportabzeichen und das Kinder-Sportabzeichen (letzteres nur in einigen Landessportbünden) dazu.

Auch gibt es noch ein Europa-Sportabzeichen.

Meinungsstreit!

Auf einer gemeinsamen Weide gerieten ein Pferd und ein Ochse in den Streit, wer von ihnen beiden der wertvolleren Gattung angehörte. Das Pferd ist auf seine jahrtausendealte Vergangenheit sehr stolz, aber der Ochse meint nur: Motor und Technik werden das Pferd einmal ganz beseitigen, aber Ochsen wird es auf der Welt immer geben.



„Was heißt hier Radfahrweg?! Als Steuerzahler und als Bürger einer Demokratie kann ich doch reiten wo ich will!" Zeichnung von Carl-Heinz Dömken.

Trakehner Zuchtstuten in der „DDR"

Zu Beginn des Jahres 1969 standen in der DDR insgesamt 131 Stuten mit Trakehner Abstammung. Als Väter dieser Mutterstuten werden 45 Hengste angegeben, von denen 35 Trakehner Blutes sind, während 5 Hengste arabisches und 5 englisches Vollblut führen.

Der Stutenbestand entstammt zu 30 Prozent der Linie Dingo über Dampfroß, zu 15 Prozent der Linie Master Magpie über Cancara und zu 11 Prozent der Linie Perfectionist über Tempelhüter.

Der Vollblutanteil der Trakehner Stuten in der DDR ist beträchtlich. Die Zufuhr weiteren Vollbluts soll in Zukunft nur bei wenigen Stuten erfolgen.

Mehr als 50 Prozent der Stuten sind Füchse. 70 Prozent der Stuten sind jünger als 12 Jahre; 90 Prozent der Trakehner Stuten sind auf vier staatlichen Zuchtbetrieben zusammengezogen.

29 Trakehner in Marbach

Das Baden-Württembergische Haupt- und Landgestüt Marbach hat für die Decksaison 1970 insgesamt 29 reinrassige Trakehner Hengste aufgestellt. Der Gestütsleiter, Landoberstallmeister Dr. Wenzler, ist der Meinung, daß die Veredelung der Württemberger Warmblutzucht im Hinblick auf die Erzüchtung eines modernen, vielseitigen Sportpferdes am besten durch den Einsatz von Trakehner Hengsten durchgeführt werden kann.

Große Erfolge wurden in dieser Hinsicht mit dem Trakehner Hengst Julmond erzielt, der der bedeutenste Linienbegründer der modernen Zuchtrichtung in Württemberg ist und dem in Marbach ein Gedenkstein gesetzt wurde. Von Julmond sind schon mehrere Söhne in der Württemberger Zucht. Als Hauptbeschäler in Marbach sind 1970 eingesetzt die beiden Trakehner Kastor, Fuchs, geb. 1966 v. Pergamos (Siegerhengst der Trakehner Hengstkörung Neumünster 1968) und Per Saldo geb. 1966 v. Hessenstein.

Trakehner Siegerhengst in den Niederlanden

In Utrecht fand zum ersten Male eine zentrale Hengstkörung für ganz Holland statt. Über 800 (!) Hengste verschiedenster Rassen wurden vorgeführt. Drei Körkommissionen arbeiteten nebeneinander, so daß die Körung trotz der hohen Zahl der Hengste an zwei Tagen durchgeführt werden konnte.

Warmblut, Vollblut, Araber, Welsh Ponys, Isländer, Appaloosa, Hackney und Shetland Ponys waren vertreten.

Bei den Warmbluthengsten wurde in der Gruppe „Sporthengste" der Trakehner Dunkelfuchs Frostwind, geb. 1964 v. Pelion u. d. Olinde v. Intermezzo Sieger. Als Jahrgangsbester legte er 1968 die Hengstleistungsprüfung auf dem Klosterhof Medingen bei Bevensen ab, bevor er nach den Niederlanden verkauft wurde. Dort deckte er im vergangenen Jahr über 150 Stuten.

Abstammungspapiere beim Verkauf

Beim Kauf von Pferden zählt die Übergabe des Abstammungspapieres grundsätzlich zu den Verkäuferpflichten.

Der Verkäufer ist verpflichtet, dem Käufer alle in seinem Besitz befindlichen Abstammungspapiere über das verkaufte Tier auszuhändigen. Diese Verpflichtung bezieht sich bei Pferden sowohl auf den Fohlenschein als auch — falls ein Fohlenschein nicht vorhanden ist — auf den Deck- bzw. Füllenschein. Diese Verpflichtung besteht nur, soweit der Verkäufer ein Abstammungspapier über das Tier besitzt. Es empfiehlt sich daher, bei Abschluß des Kaufvertrages die Aushändigung eines Abstammungspapiers als Besitzübergabe ausdrücklich mit zu vereinbaren, um spätere Streitigkeiten zu vermeiden.

Reitsättel-Klau geht um

Die Diebstähle von Sattel- und Zaumzeug nehmen zu. Anscheinend sind organisierte Diebesbanden am Werk. Allein in Hannover wurde im vergangenen Jahr das Abhandenkommen von 70 Sätteln der Polizei gemeldet. Die Deutsche Reiterliche Vereinigung warnt im FN-Kalender für Pferdeleistungsprüfungen vor dem Ankauf von gebrauchten Sätteln und gebrauchtem Zaumzeug, bei dem die Herkunft nicht einwandfrei nachgewiesen werden kann. Die FN empfiehlt bei Reitanlagen und Sattelkammern den Einbau von Sicherheitsschlössern. Auch eine Überprüfung der Versicherungspolicen wird den Reitställen, Reitschulen und Reitern empfohlen.

Richtiges Pferdefutter

Heu und Hafer reichen in der Pferdefütterung nicht aus. Pferde, die heute fast nur noch außerhalb der Landwirtschaft für Freizeitgestaltung und als Kinder-Partner gehalten werden, sind mit einer einfachen Fütterung aus Gras, Heu und Getreide „abzuspeisen". Vielmehr müssen sie in allen Altersstufen und bei jeder Art von Belastung mit ausgewogenen Futterrationen versorgt werden, in denen neben hohen Rohfaseranteilen und Eiweiß die Vitamine und Mineralstoffe eine bedeutende Rolle spielen.

Dr. Fritz Gramatzki aus Hamburg, der auch bei der Ostpreußischen Stutbuch-Gesellschaft für das Warmblut Trakehner Abstammung tätig war, hat auf zahlreiche Mängel in Pferdezucht und Pferdehaltung in der Bundesrepublik hingewiesen, die auf Fütterungsfehler zurückzuführen sind.

Um den Pferden das für Gesundheit und Leistungsvermögen notwendige, ausgewogene Futter zu geben, können neben dem Grundfutter von Heu und Getreide verschiedene Ergänzungsfutter eingesetzt werden, die die nötigen Mengen an Protein, Vitaminen und Mineralstoffen liefern.

Züchtung auf neuen Wegen

Neue Aspekte für die Pferdezucht ergeben sich jetzt nach Ansicht der Tierärztlichen Hochschule Hannover auch auf dem Gebiet der instrumentellen Samenübertragung, nachdem es vor einigen Jahren gelungen ist, ein Verfahren zur Tiefgefrierung von Pferdesamen auszuarbeiten. Nach den bisherigen Erfahrungen scheint es möglich zu sein, Hengstsperma über Jahre hinweg befruchtungsfähig zu halten. Zwar sei es unwahrscheinlich, daß die natürliche Paarung Gefahr läuft, verdrängt zu werden, für die gegenwärtige Zuchtpraxis biete die Langzeitkonservierung des Samens jedoch wertvolle Ergänzungen.

Dabei eröffneten sich interessante und wertvolle Möglichkeiten:

1. Errichtung von Samenbanken erfolgreicher Vererber;
2. Kreuzung größenmäßig nicht zueinander passender Rassen;
3. Leichte Überwindung größerer Entfernungen;
4. Verhütung der Übertragung von Krankheitserregern.

ADT

Pferdezucht hat Zukunft

Bei weiter zunehmender Freizeit kommt, wie die Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe feststellt, dem Pferd in Zukunft immer größere Bedeutung zu. Groß- und Kleinpferde werden von einer breiten Volksschicht mehr denn je gefragt. Der Betriebszweig Pferdezucht verspricht daher für die Landwirtschaft interessant zu werden, weil die Nachfrage nach Pferden anhält, die die Pferdepreise im Gegensatz zu anderen landwirtschaftlichen Produkten stabil sind oder sogar nach oben steigen und der Betriebszweig Pferdezucht der Landwirtschaft im wesentlichen erhalten bleibt, da der bäuerliche Züchter die notwendigen Erfahrungen und Kenntnisse in der Aufzucht von Pferden mitbringt.

Brot in der Pferdefütterung

Einwandfreies Brot kann zur Fütterung der Warmblutpferde mit herangezogen werden. Brot muß aber, daß das Brot nicht verschimmelt und wirklich ganz in Ordnung ist. Junge Pferde und besonders tragende Stuten sind gegen Schimmelbildung am Futter sehr empfindlich. Tragende Stuten verfohlen bei Reichung von verschimmeltem Futter leicht.

Brot hat einen Futterwert wie Futtergetreide. Daher sind bei einer Brotfütterung auch Heu und möglichst Möhren wie bisher zu füttern. Der Hafer kann dann durch Brot ersetzt werden, aber nicht in voller Höhe. Zweckmäßig werden nur 30 Prozent des Hafers durch Brot ersetzt, keinesfalls mehr als 50 Prozent durch Brotfütterung.



Um die Jahrhundertwende verwandten die ostpreußischen Landgestüte für alle Fohlen, die von Landbeschälern abstammten, diesen Zuchtbrand. Später übernahm der Zuchtverband das Brennen.

Nur noch geringer Rückgang

Der während der letzten Jahrzehnte zu beobachtende erhebliche Rückgang des Pferdebestandes scheint langsam zum Stillstand zu kommen, da offensichtlich eine Gesamtbestandsgröße erreicht ist, die kaum noch verringert werden wird.

Bei der Viehzählung vom Dezember 1969 war der Gesamtbestand mit 253 500 Pferden nur noch um 3,8 Prozent kleiner als ein Jahr zuvor, während die Abnahme bei der Zählung 1968 noch 6,9 Prozent und 1967 9,3 Prozent betragen hatte.

Bei den jüngeren Altersgruppen zeigte sich sogar eine Zunahme; denn die Zahl der Fohlen im Alter unter einem Jahre war mit 20 600 um 8,8 Prozent, die der ein bis drei Jahre alten Pferde mit 34 200 Stück um 9,5 Prozent und die der drei bis fünf Jahre alten Pferde mit 39 200 Stück um 10,6 Prozent größer als 12 Monate zuvor.

Redaktion der Beilage „Trakehner Pferd — Ostpreußens lebendes Denkmal": Mirko Altgayer, 3140 Lüneburg, Wedekindstraße 10.

Zwischen Weichsel und Memel

Allenstein — Rußwolken aus den Schornsteinen der neuen Allensteiner Autoreifenfabrik verschmutzen bei entsprechendem Wind ganze Stadtteile von Allenstein, schreibt „Glos Olsztynski". Die schwarzen Sommersprossen in den Gesichtern der Allensteiner hätten zwar „viel Spaß erzeugt", waren jedoch nicht sehr tragisch zu nehmen, denn mit Wasser und Seife konnte man sie entfernen. Schlimme Folgen aber habe der Ruß auf der Kleidung verursacht. Die Allensteiner „würden noch lange an die Bescherung der Reifenfabrik denken", beschließt ironisch die Zeitung den Bericht.

Allenstein — „Fatal" sei der Zustand der Autobusse der öffentlichen Verkehrsbetriebe in Allenstein, heißt es in „Glos Olsztynski". Der Mangel an Ersatzteilen erschwere die Reparaturen und verlängere oftmals die Instandsetzungsarbeiten „ins Unendliche", was wiederum zu häufigen Störungen des planmäßigen Ablaufes im öffentlichen Verkehr führt. In diesem Jahr soll Allenstein daher 15 neue Autobusse erhalten. Die ersten acht Fahrzeuge sollen jedoch erst Ende des zweiten Quartals in Allenstein eintreffen. Dies sei „entschieden zu spät". Die Direktion der Städtischen Verkehrsbetriebe habe deshalb Beschwerde beim Ministerium für Kommunalwirtschaft in Warschau geführt. Erst im Sommer vorigen Jahres erhielt Allenstein sieben neue Omnibusse polnischen Fabrikats, von denen nur zwei fahrbereit waren, während die anderen derartige Konstruktionsmängel aufwiesen, daß sie gar nicht erst eingesetzt werden konnten.

Allenstein — Der Anteil der Bauern innerhalb der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei (Polnische KP) ist von 15,5 Prozent im Jahre 1966 auf 14,6 Prozent im vergangenen Jahr zurückgegangen, teilt die Zeitung „Glos Olsztynski" mit. Diese Tatsache sei ausgesprochen „beunruhigend" und sollte von der Parteiorganisation ernst genommen werden. Allein 1129 Bauern ließen sich in den genannten vier Jahren von der Parteiliste der „Wojewodschaft" Allenstein streichen.

Allenstein — Der erst vor wenigen Monaten in Betrieb genommene neue Fernsehsender in Allenstein „hat die Fernsehliebhaber enttäuscht" schreibt „Glos Olsztynski". Der Empfang lasse viel zu wünschen übrig. Die Entsendung einer Spezialistengruppe aus dem tschechischen Herstellerwerk sei „die ganze Hoffnung" auf besseren Empfang.

Danzig — Ein Wildschwein, das sich in einer Blechverpackungsfabrik in Danzig verirrte, richtete einen Schaden von rund 100 000 Zloty (rund 17 000 Mark) an, meldet die Zeitung „Glos Wybrzeza". Das Tier hatte sich in dem Blechlagerraum niedergelassen und so die Blechausgabe für die Produktion verhindert. Die Fabrikation mußte daher vier Stunden lang unterbrochen werden, bis schließlich ein Jäger herbeigeholt wurde und den Keiler, bei dem man Tollwut befürchtete, erlegte.

Frauenburg — In Frauenburg sei eine „Gesellschaft der Freunde Frauenburgs" gegründet worden, meldet die Zeitung „Glos Wybrzeza". Hauptaufgabe dieser Gesellschaft ist es, die Feiern zum 500. Geburtstag von Nicolaus Coppernicus vorzubereiten. Die Gesellschaft will im Coppernicus-Jahr (1973) unter anderem auch Informationsmaterial über Frauenburg und Nicolaus Coppernicus für das westliche Ausland herausgeben.

Sensburg — Seit Jahren wolle man die aus dem Anfang dieses Jahrhunderts stammenden Webmaschinen in der Sensburger Weberei durch neue ersetzen und den gesamten Betrieb von Grund auf renovieren, bemängelt „Glos Olsztynski". In den Produktionshallen komme man sich vor, „wie in einem Museum für alte Webmaschinen". Dies sei nicht verwunderlich, da die „meisten Maschinen nicht mehr benutzt werden könnten". Trotzdem werde nichts unternommen, um die Zustände zu ändern.

Urlaub/Reisen

Bekanntschaften

Amtl. Bekanntmachung

Öffentliche Aufforderung

Am 5. 9. 1969 verstarb in Schwarzenbek die Witwe Maria Louise Ballesegus, geborene Schweiger, geboren am 20. 9. 1887 in Wehrkirchen, Kreis Goldap, zuletzt wohnhaft in Schwarzenbek. Es ist ein Erbschein des Inhalts beantragt, daß ihre gesetzliche Erben je zur Hälfte des Nachlasses sind:

1. Elise Erna Schöngarth, geb. Szibalski, wohnhaft in Hannover, und
2. Andreas Riech, wohnhaft in Goslar.

Alle anderen Personen, denen Erbrechte am Nachlaß zustehen, werden aufgefordert, diese Rechte binnen 6 Wochen ab Veröffentlichung bei dem unterzeichneten Gericht anzumelden.

Der Reinnachlaß soll etwa 10 000 D-Mark betragen.

Amtsgericht
2057 Schwarzenbek, den 22. Mai 1970
— 3 VI 189/69 —
Hoffmann, Rechtspfleger

Bestätigung

Wer kann bestätigen, daß Herr Wilhelm Bogusat, geb. am 30. 5. 1898 zu Friedrichswalde, Kr. Goldap, einst wohnhaft **in Rhein,** Kr. Lötzen, Nikolaiker Str., Regierungsbezirk Allenstein, Ostpr., einen **Viehgroßhandel** in den Kreisen Lötzen u. Sensburg bis zum Ausbruch des Polenfeldzuges 1939 betrieb? Herr Bogusat war im Besitze eines motorisierten Viehtransportwagens, eines Personenkraftwagens sowie eines Motorrades, die für den Viehhandel **dringend** benötigt wurden. Eidesstattliche Anschriften über vorstehende Angaben werden **dringend** als Unterlagen für den Lastenausgleichsantrag benötigt. Unk. werd. erstattet. Um Nachricht bittet Herr Wilhelm Bogusat, 341 Northeim (Han), Venningerholzstraße 6.

ES IST SEHR WICHTIG
bei allen Familienanzeigen auch den letzten Heimatort anzugeben.
In Ostpreußen gab es sehr viele gleichlautende Namen, so daß ohne die Heimatortangabe häufig Verwechselungen vorkommen.

FAMILIEN-ANZEIGEN

Die Verlobung unserer Tochter
GISELA
mit Herrn
LOUIS-FERDINAND SCHWARZ
geben wir bekannt
WILHELM POTTHOFF
und FRAU ANNI
geb. Fahlkamp
4503 Dissen (Teutoburgerwald)
Weststraße 5

Meine Verlobung mit Fräulein
GISELA POTTHOFF
Tochter des Kaufmanns Herrn Wilhelm Potthoff und seiner Frau Gemahlin Anni, geb. Fahlkamp, beehre ich mich anzuzeigen.
LOUIS-FERDINAND SCHWARZ-Pollwitten
4500 Osnabrück
Sachsenweg 28

14. Juni 1970
Empfang in Dissen von 10.30—12.30 Uhr.



Frau Alwine Lau
Tochter des Fleischermeisters Fritz Ploeger
aus Groß-Rominten, Kr. Goldap, Ostpreußen
jetzt 638 Bad Homburg v. d. H., Erlenweg 45, Tel. 0 61 72 / 4 32 99
feiert am 9. Juni 1970 ihren 80. Geburtstag.
Sie erfreut sich bester Gesundheit, hat viel ostpreußischen Humor, trinkt sehr gern selbstgebrauten ostpreußischen Bärenfang und ein Gläschen Sekt, auch tanzt sie mit Vorliebe Wiener Walzer links herum.
Herzlichste Glückwünsche!

70

Am 1. Juni 1970 feierte
Mittelschullehrer a. D.
Bruno Rudek
aus
Tilsit, Herzog-Albrecht-Schule
jetzt 2224 Burg i. Dithmarschen, Birkenallee 2
im Kreise seiner Familie und ostpreußischer Freunde seinen 70. Geburtstag.

85

Wir gratulieren der lieben Mutter und Oma
Gertrud Prinz
aus Sensburg,
Alter Karverweg 45
jetzt 2 Hamburg 39,
Kroochmannstraße 47
am 8. Juni 1970 zum 85. Geburtstag.
Reinhold Prinz
Karin Schubert, geb. Prinz
Dr. jur. Kurt Schubert
Elke Prinz
Wolfram Prinz
Heike Prinz, geb. Prien

50

Am 6. Juni 1970 feiern unsere lieben Eltern und Großeltern
Gustav Kalinowski
und Frau Wilhelmine
geb. Schulz
aus Bärenbruch, Kr. Ortelsburg
Ostpreußen
jetzt 427 Dorsten 3, Holtstegge 21
das Fest der goldenen Hochzeit.
Es gratulieren herzlich
die Kinder
und Enkelkinder

Am 6. Juni 1970 feiert unsere liebe Mutter und Großmutter, Frau
Marie Steckel
geb. Witt
aus Kahlau, Kr. Mohrungen, Ostpreußen
zur Zeit Bahnhofstraße 5, CH-8636 Wald (Schweiz)
bei bester Gesundheit ihren 80. Geburtstag.
Zu diesem Fest wünschen alle ihre Kinder und Enkel von Herzen das Beste.
Familie Gerhard Steckel, Villip
Familie Jakob Flogerzi, Wald
sowie die Enkel Volker, Dieter, Barbara und Gerhard

Wir sagen allen, die zu unserer goldenen Hochzeit am 20. Mai 1970 mit so herzlichen Glück- und Segenswünschen usw. uns erfreut haben, unseren herzlichen Dank.
Adolf u. Hanna Wittke
1 Berlin 31

70

Am 9. Juni 1970 wird mein lieber Vater, Schwiegervater, Opi
Alfred Neumann
aus Hirschberg, Kreis Osterode, Ostpreußen
jetzt 4 Düsseldorf-Holthausen, Eichenkreuzstraße 41
70 Jahre.
Es gratulieren herzlich und wünschen weiterhin Gottes Segen
deine dankbare Tochter Irmgard
Schwiegersohn und Enkelkinder



Am 11. Juni 1970 feiert unser lieber Vater und Opa
Fritz Voss
aus Königsberg Pr., Hinterroßgarten 56
jetzt 675 Kaiserslautern, Altenwoogstraße 24
seinen 80. Geburtstag.
Es gratulieren herzlich und wünschen noch viele gesunde Jahre
die Kinder, Enkel
und alle Verwandten

80

Mein lieber Mann
Carol Gonswa
geboren in Langendorf, Kreis Sensburg, Ostpr., begeht, so der URALTE, liebe VATER, es will, am 11. Juni 1970 seinen 80. Geburtstag in geistiger und körperlicher Frische. Mögen ihm noch weitere Jahre geschenkt werden zum Lobe und Preise IHM und vielen lieben Seelen zu einem Segen. Das ist mein herzlicher Wunsch für meinen lieben Wanderkameraden.
In herzlicher Verbundenheit
Christel Gonswa, geb. Alberti
775 Konstanz, Mainaustraße 6





Unserer lieben Mutter, Frau
Lina Kinski
geb. Haese
geb. am 7. Juni 1895
in Liebstadt, Kr. Mohrungen, Brauhausstraße 9
jetzt 2 Hamburg 26, Washingtonallee 81
zum 75. Geburtstag gratulieren wir recht herzlich und wünschen weiterhin noch schöne Jahre
ihre Töchter
Margarete und Hedwig
die Schwiegersöhne
Enkelkinder und Urenkel

80

Bäckermeister
Karl Nadzeika
aus Königsberg Pr.-Liep
jetzt 6341 Roth
feiert am 9. Juni 1970 seinen 80. Geburtstag.
Es gratulieren herzlichst
mit den besten Wünschen für die kommenden Lebensjahre
seine Kinder, Groß- und Urgroßkinder
aus Bad Salzdetfurth, Bochum, Hildesheim und Zürich

Gott der Herr nahm am 19. Mai 1970 unsere liebe Tante, Großtante und Urgroßtante
Frieda Bartel
Tilsit, Sudermannstraße 9
im 81. Lebensjahre zu sich.
Im Namen aller, die um sie trauern
Ursula Bartel
4 Düsseldorf
Volmerswerther Straße 334 a

Ganz unerwartet verschied am 14. Mai 1970 meine liebe, unvergessene Frau, meine für uns stets sorgende Mutti, Schwiegermutter und Omi
Gertrud Wegner
geb. Schenkewitz
aus
Königsberg Pr., Baczkostr. 21
In tiefer Trauer
Bruno Wegner
Tochter Gerda Mannke und Familie
2 Hamburg 54
Ernst-Horn-Straße 14 a

Gott der Herr nahm heute am 6. Mai 1970 nach schwerer Krankheit meine liebe Frau, unsere gute Mutter und liebe Oma, Frau
Margarete Bub
geb. Urban
aus Insterburg, Gerichtstraße, früher Perkunsfelde
im Alter von 48 Jahren zu sich in sein Reich.
In stiller Trauer
Willy Bub und Kinder
644 Bebra, Kasseler Straße 17

Ein treues Mutterherz
hat aufgehört zu schlagen.
Gott der Herr rief heute nach langem, schwerem Leiden unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Tante
Luise Polenz
geb. Rösnick
kurz vor Vollendung des 76. Lebensjahres zu sich in die Ewigkeit.
In tiefer Trauer
im Namen aller Angehörigen
Hans Polenz und Frau Gertrud, geb. Teuber
4 Düsseldorf-Gerresheim, Dernbuschweg 15,
den 29. Mai 1970
Die Beerdigung hat auf dem Gerresheimer Waldfriedhof in Düsseldorf stattgefunden.



Ich hab' den Weg vollendet
zu meines Vaters Haus,
hier finde ich den Frieden,
hier ruhe ich mich aus.
Gott der Herr nahm heute unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Urgroßmutter, Schwester, Schwägerin und Tante
Meta Kupreit
geb. Swars
aus Franzdorf, Kr. Insterburg
kurz vor Vollendung ihres 89. Lebensjahres zu sich in sein ewiges Reich.
In stiller Trauer
Eva Seewald, geb. Kupreit
Hermann Seewald
Edith Poeppel, geb. Kupreit
Hildegard Steinseifer, geb. Kupreit
Paul Steinseifer
Erika Schwartz, geb. Kupreit
Enkel, Urenkel u. Anverwandte
53 Bonn, den 16. Mai 1970
Rheindorfer Straße 137

Plötzlich und unerwartet entschlief am 8. April 1970 unser lieber Vater, Schwiegervater, Opa, Bruder und Onkel
Rudolf Puppa
aus Brennen,
Kr. Johannisburg, Ostpreußen
im 72. Lebensjahre.
In stiller Trauer
im Namen aller Angehörigen
Friedrich-Karl Puppa
und Frau Marianne
6205 Bleidenstadt (Taunus)
Taunusstraße 37

Nach vierwöchiger Krankheit verstarb am 3. Mai 1970 mein lieber Mann, Vater, Großvater und Urgroßvater, der frühere
Bauer, Jagdpächter und letzte Bürgermeister
Max Arndt
aus Eichholz, Kreis Heiligenbeil
im Alter von 70 Jahren.
Die Hinterbliebenen
2051 Groß-Schretstaken,
im Mai 1950



Nach kurzer, schwerer Krankheit entschlief heute unser geliebtes Mütterchen, unsere liebe Schwiegermutter und Oma

Elise Nilewski
geb. Goldbeck
aus
Großwaltersdorf, Ostpreußen

im Alter von 81 Jahren.

In tiefer Trauer
Christel Höschler, geb. Nilewski
Ursel Jacken, geb. Nilewski
Otto Jacken, Dipl.-Ing.
Elli Schipper, geb. Nilewski
Hermann Schipper, Dipl.-Kfm.
und 5 Enkel

24 Lübeck, den 23. Mai 1970
Wulfsdorfer Heide 2

Die Beisetzung fand am Freitag, dem 29. Mai 1970, 14 Uhr, in Nortorf (Holst) von der Kirche aus statt.

Berichtigung
der Todesanzeige in unserer Folge 21 vom 23. Mai 1970

Max Wysotzki
1 Berlin 33
Heiligendammer Straße 4

verstarb im Alter von 77 Jahren und nicht, wie in der Anzeige angegeben, im Alter von 72 Jahren.

---

†

In memoriam

den Nächsten, die in Liebe uns verbunden, allzufrüh heimgegangen sind

Erich Kalinowski
† am 27. 2. 1968 in Hagen (Westf)

Paul Weihs
† am 24. 11. 1956 in Potsdam

Marie Weihs
geb. Bagger
† am 29. 12. 1955 in Potsdam

Gerhard Weihs
vermißt seit 1945 im Osten
(zuletzt im Raum Heiligenbeil)

Traugott Weihs
† am 1. 11. 1956 in Herne

Emil Kalinowski
Auguste Kalinowski
geb. Rosenberger
Maria Kalinowski
Minna Rosenberger
vermißt
seit 1945 in Königsberg Pr.

Hans Kalinowski
† am 14. 10. 1949 in Hamburg

Hildegard Kalinowski,
geb. Weihs
5800 Hagen (Westfalen),
Frankfurter Straße 16
Jürgen Kalinowski
Hiltrud Kalinowski, geb. Beck
5800 Hagen (Westfalen),
Stadionstraße 16
Paul Weihs
Gertrud Weihs, geb. Tietz
mit Wolfgang, Regine u. Kerstin
x 1506 Caputh über Potsdam II
früher Königsberg Pr.,
Knochenstr. 57, Roonstr.,
und Zinten, Kr. Heiligenbeil

In unerschütterlichem Gottvertrauen entschlief nach kurzem Krankenlager im 89. Lebensjahre

Anni Schoedsack
geb. Nekien
* 16. 8. 1881 † 9. 5. 1970
aus Pillau und Königsberg Pr.

Im Namen aller Hinterbliebenen
Alice Kreutzfeldt, geb. Schoedsack
x 25 Rostock, Tschaikowskistraße 52
Ernst Peters, Landw.-Rat a. D.
5481 Bad Bodendorf, Am Sonnenberg 62

Die Beerdigung fand am 14. Mai 1970 in Lübeck auf dem Vorwerker Friedhof statt.

Meine liebe Frau, unsere gute Mutter und Großmutter wurde von ihrem schweren Leiden erlöst.

Elisabeth Zabel
geb. Brachvogel
aus Königsberg Pr., Schifferdeckerstraße 9
* 18. 7. 1896 † 24. 5. 1970

In stiller Trauer
Albert Zabel
Gerhard Zabel und Frau Gisela, geb. Beyer
mit Bettina, Martin und Angelika
Klaus Zabel und Frau Anneliese, geb. Kölsch
mit Sabine, Thomas und Andreas

2081 Appen, Im Wiesengrund 10

Ganz plötzlich und unerwartet ging heute unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Ida Mans
geb. Gudjons
aus Usztilten, Memelland

im Alter von 76 Jahren in Frieden heim.

In stiller Trauer
Horst Mans und Frau Inge, geb. Allenberg
mit Rainer
Kurt Altheide und Frau Hedwig, geb. Mans
und Anverwandte

49 Herford, Ortsieker Weg 65 a, den 23. Mai 1970

Wir haben unsere liebe Entschlafene am Mittwoch, dem 27. Mai 1970, in Herford zur letzten Ruhe gebettet.

Fern seiner geliebten Heimat entschlief am 20. Mai 1970 um 17 Uhr plötzlich und unerwartet nach einer Operation mein lieber Mann, unser treusorgender Vater und lieber Opi, Schwiegervater und Onkel

Hugo Schröder
aus Hohenfürst, Kreis Heiligenbeil, Ostpreußen

im Alter von 74 Jahren.

In stiller Trauer
Hedwig Schröder, geb. Voss
Manfred Schröder und Frau Elisabeth,
geb. Appel
Winfried Schröder und Frau Ursula,
geb. Fritz
Karin und Ulrich, Enkelkinder

643 Bad Hersfeld, Helfersgrund, den 22. Mai 1970

Nach langer, schwerer Krankheit entschlief heute meine liebe Mutter, unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante

Elisabeth Kuhl
geb. Czudnochowski

im Alter von 69 Jahren.

In stiller Trauer
Hannelore Kuhl
Herta Czudnochowski
Siegfried Czudnochowski und Frau
Luise-Charlotte, geb. Gudat
Herta Kuhl
7591 Sasbach b. Achern, Kr. Bühl
und alle Angehörigen

237 Rendsburg, Neuwerker Tor 32, den 26. Mai 1970

Die Beisetzung fand am Sonnabend, dem 30. Mai 1970, um 14 Uhr in Jevenstedt statt.

Am 13. Mai 1970 entschlief nach kurzer, schwerer Krankheit in ihrem 74. Lebensjahre unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Omi, Schwester, Schwägerin und Tante

Ottilie Neumann
geb. Karla
aus Großheidekrug, Kreis Samland

In stiller Trauer
Heinz Frerichs und Frau Lena, geb. Neumann
Walter Neumann und Frau Tilly, geb. Saathof
Diderich Klugkist und Frau Elisabeth,
geb. Neumann
die Enkel Enno, Thomas, Detlev und Petra
und alle Angehörigen

6231 Schwalbach (Taunus), Württemberger Straße 21

Nach längerem Leiden entschlief am 9. Mai 1970 unser lieber, treusorgender Vater, Schwiegervater, Groß- und Urgroßvater, Bruder, Schwager und Onkel

Otto Tiedtke

im Alter von 82 Jahren.

Am 14. Mai 1970 wurde er in Hornstorf, Mecklenburg, neben unserer unvergessenen Muttel, verstorben 1951, beerdigt.

In stiller Trauer
vier Kinder
jetzt SBZ, früher Zinten

Im Namen der übrigen Kinder im Bundesgebiet
Selly Nöppert, geb. Tiedtke
aus Königsberg Pr.
jetzt 755 Rastatt (Baden), Kaiserstraße 42

Am ersten Pfingstfeiertag entschlief nach kurzer, schwerer Krankheit meine liebe, treusorgende Mutter, Schwiegermutter, unsere herzensgute Omi, Tochter, Schwester, Schwägerin, Tante und Nichte

Gertrud Wulf
geb. Wermbter

kurz vor Vollendung des 60. Lebensjahres.

In stiller Trauer
Günter Wulf und Frau Rose-Marie,
geb. Schreiber
Oliver und Ricarda als Enkel
Clara Wermbter als Mutter
und alle Verwandten

4018 Langenfeld (Rheinland), Am Ohrenbusch 5, den 17. Mai 1970

Statt Karten!

Heute, am 24. Mai, entschlief plötzlich und unerwartet im Alter von 64 Jahren meine liebe Frau, Mutter, Schwiegermutter und Oma

Erna Freise
geb. Kauffmann
aus Cranzbeek

In stiller Trauer
im Namen aller Angehörigen
Julius Freise

3451 Linse, den 26. Mai 1970

Die Beisetzung fand am Donnerstag, dem 28. Mai 1970, um 14 Uhr von der Friedhofskapelle Linse aus statt.

Statt Karten!

Rudolf Möhrke
aus Königsberg Pr., Aweider Allee 38
Grundstücksverwalter
der Stiftung für gemeinnützigen Wohnungsbau
der Stadtverwaltung Königsberg Pr.
* 26. 10. 1895 † 23. 5. 1970

Im Namen aller Angehörigen
Henriette Möhrke, geb. Klohs

293 Varel (Oldb), Oltmannsstraße 43
Die Beisetzung fand in aller Stille statt.

Nach einem arbeitsreichen Leben verschied am 16. Mai 1970 unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Urgroßmutter und Tante

Maria Kopitzki
geb. Scheffler

im 83. Lebensjahre.

Die trauernden Hinterbliebenen
Gerda Reinhardt, geb. Kopitzki
und alle Anverwandten

714 Ludwigsburg-Oßweil, Wettegasse 13

Nach einem Leben voll Liebe und Sorge nahm Gott der Herr am 24. Mai 1970 meine liebe Frau, unsere gute Mutter und Großmutter

Elise Gronwald
geb. Aust
aus Pr.-Holland, Ostpreußen

nach langer, schwerer Krankheit im Alter von 76 Jahren zu sich.

In stiller Trauer
Gustav Gronwald
Ursula Brix, geb. Gronwald
Heinz Brix
Rainer

5 Köln 80, Arnsberger Straße 80

Am 19. Mai 1970 verstarb im Alter von 80 Jahren nach langer, schwerer Krankheit unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Oma

Maria Laschat
geb. Neumann

Martin Laschat
Therese Laschat, geb. Schömann
und Enkelkind Jörg

5 Köln, den 26. Mai 1970
Die Beisetzung fand in aller Stille statt.

Nach erfülltem Leben hat Gott der Herr meinen geliebten Mann, unseren treusorgenden Vater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Anton Burchert
aus Wolfsdorf, Kreis Heilsberg, Ostpreußen

im 85. Lebensjahre zu sich in die Ewigkeit gerufen.

In stiller Trauer
Agnes Burchert, geb. Koch
Kinder und Enkelkinder

2309 Kühren, den 26. Mai 1970

Gott der Herr hat meinen lieben Mann, unseren Bruder, Schwager und Onkel

Gustav Reh
Kaufmann und Landwirt
aus Neuendorf, K.H.

nach längerem Leiden im 84. Lebensjahre in den ewigen Frieden heimgeholt.

In stiller Trauer
Berta Reh, geb. Conrad

8832 Weißenburg (Bayern), Bahnhofstraße 5, den 21. Mai 1970
Für zugedachte Anteilnahme aufrichtigen Dank.

Fern seiner geliebten Heimat verstarb plötzlich und unerwartet mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Großvater, Urgroßvater, Bruder, Schwager und Onkel

Fritz Lepenies

* 20. 8. 1894 † 19. 5. 1970
aus Stallupönen, Brunnenweg 4

Es trauern um ihn
Maria Lepenies, geb. Dorn
Gerda Salomon, geb. Lepenies
Werner Lepenies und Frau Anni, geb. Detgen
Heinz Lepenies und Frau Anni, geb. Vennemann
3 Enkelkinder und 1 Urenkelkind

2161 Deinste, Kreis Stade
2000 Hamburg 22, Bachstraße 95/99
4509 Herringhausen über Bohmte

Rechtsanwalt und Notar

Hanns Otto Roeske

Marienwerder, Westpreußen
* 23. 1. 1905 † 17. 5. 1970

Sein glückliches Leben war erfüllt von Liebe, Frohsinn und unermüdlichem Schaffen.

Im Namen der Familie
Elisabeth Roeske, geb. Freier

24 Lübeck, Kücknitzer Hauptstraße 4

Nach einem arbeitsreichen und erfüllten Leben ist am 24. Mai 1970 kurz vor Vollendung seines 79. Lebensjahres fern seiner geliebten Heimat mein treuer Lebensgefährte, unser lieber Vater, Schwiegervater und Opa

Heizungsingenieur

Fritz Bartsch

aus Königsberg Pr., Beethovenstraße 50

für immer von uns gegangen.

Er folgt seinem ältesten Sohn

Klaus

gefallen am 29. August 1942 in Rußland

Else Bartsch, geb. Krebs
Joachim Bartsch
Brigitte Kaiser, geb. Bartsch
Winfried Bartsch
und Familien

2058 Lauenburg (Elbe), Breslauer Straße 24 a

Heute starb nach kurzer Krankheit, jedoch plötzlich und unerwartet, mein geliebter Mann und treusorgender Vater, Bruder, Schwager, Onkel und Vetter

Paul Zerrath

Landwirt
Mägdeberg, Ostpreußen

im Alter von 68 Jahren.

In tiefer Trauer
Erna Zerrath, geb. Doehring
Helmut Zerrath

405 Mönchengladbach, Rohrend 7, den 20. Mai 1970

Die Beerdigung fand am 25. Mai 1970 statt.

Nach einem Leben voller Liebe und Fürsorge für uns entschlief am 15. Mai 1970 unser lieber Vater und Schwiegervater, herzensguter Opa, Bruder, Schwager und Onkel

Friedrich Wölk

aus Hagenau, Ostpreußen

im 85. Lebensjahre.

In stiller Trauer
Fritz Preuß und Frau Lydia, geb. Wölk
Willy Gleibs und Frau Maria, geb. Wölk
Erwin Wölk und Frau Ruth, geb. Himmel
Hans Joachim, Gisela und Uwe als Enkelkinder

3110 Uelzen, Am Vorberg 33
3111 Bohlsen, Teeberg 38
3111 Oldenstadt, Zum Runden Bruch 4

Mein geliebter Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, lieber Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Paul Pfeiffer

aus Rastenburg, Ostpreußen
* 12. 7. 1893 Gumbinnen † 15. 5. 1970

ist sanft entschlafen im fast vollendeten 77. Lebensjahre.

In tiefer Trauer
im Namen aller Angehörigen
Berta Pfeiffer, geb. Fischer

4950 Minden (Westfalen), Obermarktstraße 31
x 36 Halberstadt (Harz)

Mein geliebter Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater

Friedrich Weck

aus Glandau, Kreis Pr.-Eylau

ist am 17. Mai 1970 im Alter von 66 Jahren plötzlich und unerwartet entschlafen.

In stiller Trauer
Erna Weck, geb. Römpke
und alle Angehörigen

3176 Meinersen, Dieckhorster Straße 10

Am 12. Mai 1970 entschlief im 70. Lebensjahre nach langem Leiden unser lieber Onkel

Maschinenbaumeister

Gustav Schulz

aus Königsberg Pr.-Juditten

In stiller Trauer
im Namen aller Angehörigen
Familie Gustav Schmidt

285 Bremerhaven, Borriesstraße 20

Plötzlich und unerwartet entschlief sanft, jedoch viel zu früh, am 12. April 1970 im Alter von 55 Jahren mein lieber Mann, unser treusorgender Vater, Schwiegervater und Großvater

Rudolf Schoß

aus Lötzen und Rastenburg

In stiller Trauer
Ruth Schoß, geb. Gustmann
Hubert Kaml und Hannelore, geb. Schoß
Rudolf Schoß
Horst Hartmann und Karin, geb. Schoß
Karl-Heinz Wöhler und Adelheid, geb. Schoß
Klaus-Erich Knappert und Hella, geb. Schoß
Martin Schoß
Bernd Schoß
Bettina Schoß

3338 Schöningen, Heinrich-Heine-Weg 13

Plötzlich und unerwartet entschlief am 17. Mai 1970 mein lieber Mann, unser treusorgender Vater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Sattlermeister

Franz David

aus Neuendorf, Kreis Lyck, Ostpreußen
geb. 4. 12. 1893

In stiller Trauer
Emma David, geb. Bork
Lieselotte Lyhs, geb. David
Walter Lyhs
Irmgard Stipulkowski, geb. David
Reinhold Stipulkowski
Enkelkinder und alle Angehörigen

2308 Preetz, Rosenstraße 26

Am 12. Mai 1970 entschlief unerwartet unser lieber Vater, Schwiegervater und Opa, mein lieber Bruder

Paul Broszio

aus Königsberg Pr., Kaiserstraße 31

im 82. Lebensjahre

In stiller Trauer
Fritz Broszio und Frau Gertrude, geb. Heyse
Hans Vorbringer und Frau Hella, geb. Broszio
Brigitte und Uli

2104 Hamburg 92, Wunstorfer Ring 9 a, im Mai 1970

Die Beisetzung hat stattgefunden am 19. Mai 1970 auf dem Hauptfriedhof in Freiburg (Breisgau).

Nach einem arbeitsreichen und erfüllten Leben ist unser guter, lieber Vater, Schwiegervater, Bruder und Onkel

Paul Masuch

aus Deutschheide, Kreis Ortelsburg

am 25. Mai 1970 im 69. Lebensjahre von uns gegangen.

In stiller Trauer
Sigrid Rhode, geb. Masuch,
und Günter Rhode, 2000 Hamburg
Ursel Masuch, 2167 Himmelpforten
und Klaus Richter als Verlobter
Roselinde Masuch
Hedwig Rimsa, geb. Masuch
Georg Masuch und Herta, geb. Friedriszik
2161 Fredenbeck, Kreis Stade
Ella Schächinger, geb. Masuch,
und Edmund Schächinger
Tenzerow, Kreis Demmin
Gerhard Masuch und Marianne, geb. Lux
4900 Diebrock bei Herford

Anzeigentexte bitte deutlich schreiben

Nach kurzer, schwerer Krankheit verschied heute mein lieber Mann, unser treusorgender Vater, Schwiegervater, unser guter Opa, Bruder, Schwager und Onkel

Bauunternehmer

Horst Warstat

aus Labiau, Ostpreußen

im 81. Lebensjahre.

In stiller Trauer
Lisbeth Warstat, geb. Scheffler
Ing. Kurt Warstat
Linde Warstat, geb. Krieg
Dr. Vera Krapf, geb. Warstat
Dr. Eugen Krapf
Ellen und Klaus als Enkel

715 Backnang, Stauffenbergstraße 15, den 24. Mai 1970

Die Beerdigung fand am Mittwoch, dem 27. Mai 1970, um 13.30 Uhr statt.

Land der dunklen Wälder
und kristallnen Seen
über weite Felder
lichte Wunder gehn.

Für uns kaum faßbar, entriß der Tod unseren langjährigen Vorsitzenden der Kreisgruppe Rastenburg in Berlin

Herbert Joswig

Sein Leben und Wirken galt der Heimat Ostpreußen und der Sorge um seine Rastenburger. Es war ihm nicht vergönnt, die Heimat wiederzusehen.

Wir werden ihn nicht vergessen.

Herbert Brosch, 2. Vorsitzender

Berlin, den 26. Mai 1970

Der Hunger forderte täglich neue Opfer

Das Elend der in Königsberg zurückgebliebenen Deutschen - Nach zwei Jahren lebte nur noch ein Viertel - Mauer des Schweigens

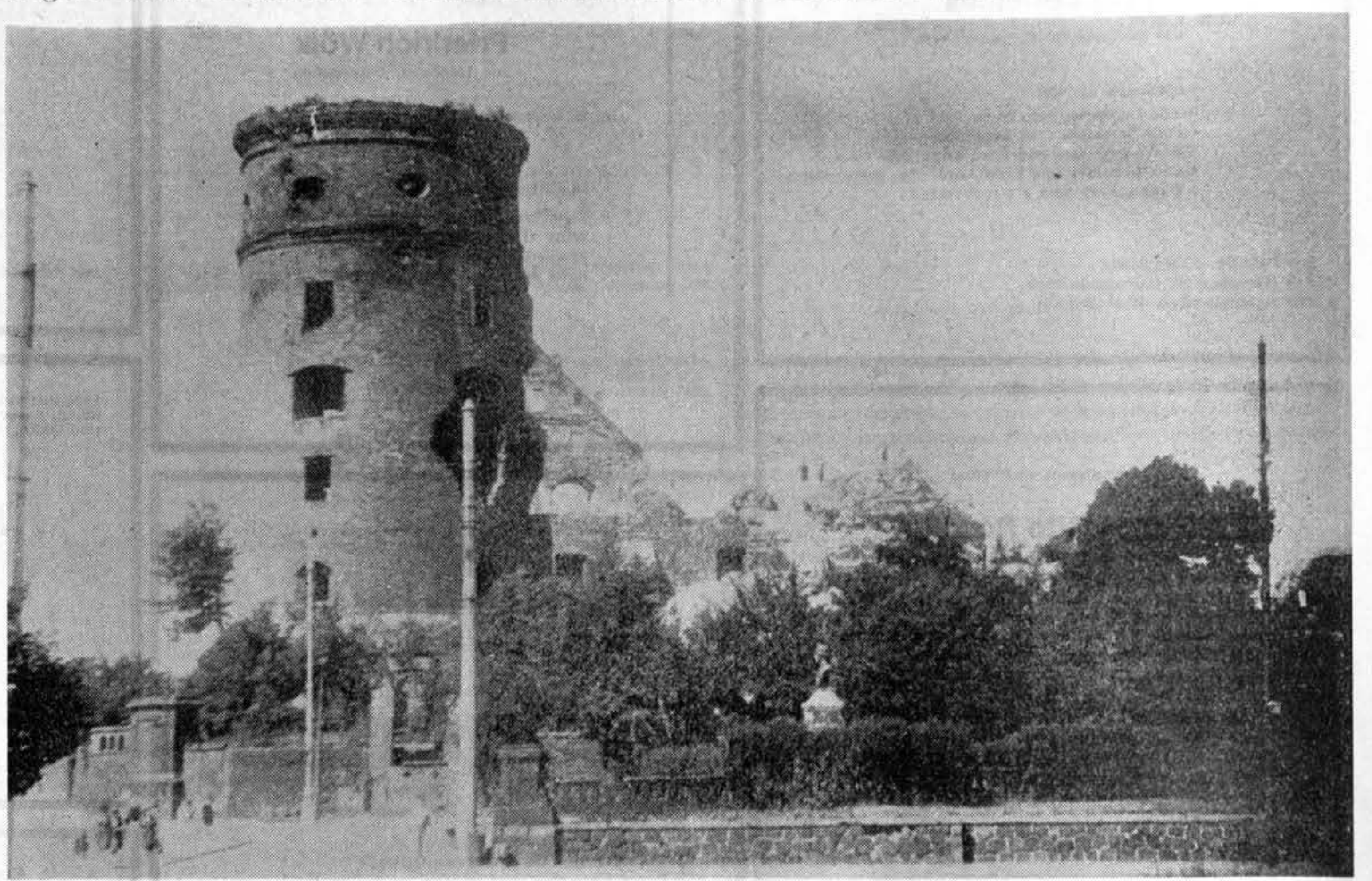
Überall im deutschen Osten sind die ersten Jahre nach Kriegsende für die deutsche Bevölkerung, welche in der Heimat verblieben war, schwer gewesen. Es gibt unzählige Augenzeugenberichte, in denen die Quälereien und Verfolgungen festgehalten sind, welche die Deutschen ertragen mußten. Alle Maßnahmen der Verwaltungsmächte zielten deutlich darauf ab, die Deutschen zu Menschen zweiter Klasse zu degradieren und ihnen das Verbleiben in der Heimat zu erschweren.

Wenig bekannt ist aber das Schicksal der Deutschen im sowjetisch besetzten Königsberg geblieben. Das mag daran liegen, daß Nordostpreußen, für das die Sowjetunion in Potsdam die Verwaltung zugesprochen erhielt, sofort wie hinter einem zweiten Eisernen Vorhang des Schweigens verschwand. Und dabei haben die Königsberger wohl das härteste Schicksal erlitten. Nach rund zwei „Friedensjahren" lebte nur noch etwa ein Viertel der Deutschen, welche Belagerung und Eroberung der Stadt überstanden hatten. Diese nackte, kalte Zahl spricht für sich selber.

Sofort nach der Besetzung der Stadt trieben die Sowjettruppen die Überlebenden straßen- und quartierweise zusammen und führten die Kolonnen in längeren Tagesmärschen aus der Stadt heraus. Man ließ die rasch erschöpften Menschen ohne jede Verpflegung, beraubte sie darüber hinaus des geringen Handgepäcks, das sie auf den Marsch hatten mitnehmen dürfen. In einem Erlebnisbericht wird anschaulich geschildert: „So wurden wir, scheinbar ziel- und zwecklos, zwei bis drei Tage zwischen Maraunenhof—Rothenstein—Ballieth—Quednau hin- und hergeführt. Andere Kolonnen mußten weit ins Samland hineinmarschieren. Nachts lagerten wir in Kellern von Ruinengrundstücken oder in verlassenen Häusern auf dem Fußboden, ohne uns bedecken zu können. Die Nachtruhe wurde durch herumstreunende Soldaten, die uns ins Gesicht leuchteten, um Frauen für sich herauszusuchen, mehr oder weniger oft unterbrochen. Die Beraubungen nahmen kein Ende und wurden offiziell fortgesetzt. In einem Grundstück in der Johanniterstraße mußten wir der Reihe nach vor einem Offizier auf den vor ihm stehenden Tisch unsere Sachen entleeren. Die ihm wertvoll erscheinenden Sachen mußten wir dort liegen lassen, während er die anderen mit verächtlicher Handbewegung auf den Fußboden herunterfegte, von wo wir sie aufheben durften".

Welchen Sinn hatten diese Aktionen? Einer der Opfer berichtet: „Nach längerem Warten (auf dem Sammelplatz) konnten wir beobachten, wie russische Soldaten Koffer und Kästen aus den von uns verlassenen Wohnungen schleppten, die sie zum Teil auf bereitstehende Panzer luden. Endlich wurden wir, ohne daß uns Gelegenheit gegeben war, unsere Wohnung noch einmal aufzusuchen, unter Bewachung in Marsch gesetzt".

Als der Berichterstatter zusammen mit anderen Männern und Frauen, welche die Strapazen der Märsche überstanden hatten, ausgeplündert wieder nach Königsberg zurückgekehrt war, stellte er fest, „daß ganze Straßen, insbesondere des eingangs erwähnten Vororts Maraunenhof, die bei unserer Austreibung am 9. April 1945 fast völlig intakt waren, nunmehr völlig eingestürzt oder doch ausgebrannt waren, nur selten war ein Haus noch bewohnbar geblieben, aus dem die Deutschen entweder bereits ausgetrieben waren oder demnächst heraus mußten. Um dieses, im Hinblick auf die geplante Einverleibung Königsbergs doppelt unsinnige Zerstörungswerk und Ausraubungen der Wohnungen ungestört und unbeobachtet vornehmen zu können, mußte die Bevölkerung wandern."



Die Ruine des Königsberger Schlosses nach Kriegsende. Sie wurde inzwischen abgerissen — Foto Archiv

In einem anderen Bericht schildert eine Königsbergerin: „Von einigen Straßen wurden die Menschen zusammengetrieben, und als eine junge Frau bei der Berührung durch einen russischen Soldaten unwillig auswich, erschoß er sie mit zwei Schüssen vor unseren Augen. Ein Mann, der sie beschützen wollte, wurde von demselben mit Tritten in den Rücken um die Straßenecke geführt. Nun wurden die Männer von uns Frauen getrennt und weggeführt. Die Übrigbleibenden trotteten abgestumpft und müde ihrem gut deutsch sprechenden Führer nach."

Nach mehreren Tagesmärschen wurde die Kolonne in den Stallgebäuden des Gutes Karmitten bei Labiau einquartiert. Die sanitären Verhältnisse waren primitiv, nämlich nur Bretter, die über eine Grube gelegt waren. Als Verpflegung gab es einmal am Tage eine Suppe aus grünen eingesäuerten Rübenblättern, weshalb die Ruhrerkrankungen schnell zunahmen.

Nächtliche Verhöre

Die Gefangenen wurden nächtlichen Verhören unterzogen. Die Frau berichtet: „Nach 14 Tagen kam ich zum Verhör. Ein Posten brachte mich ins Gutshaus, und dort stellte sich ein junger Russe vor mich hin und schlug mit einer Reitpeitsche links und rechts im Wechsel an mir herunter und schrie: ‚Du lugst, du lugst!', als ich meine Mitgliedschaft (in der Partei) verneinte. Da nahm er mir meine Handtasche mit Photographien und Geld weg und ließ mich in einen anderen Stall bringen. Wieviel Tage ich dort zugebracht habe, weiß ich nicht, ich verschlief die Zeit; denn ich litt an ruhrähnlichen Durchfällen und fiel oft in Ohnmacht."

Erst Ende April durften die Überlebenden dieses Lagers, unter denen sich auch Professoren der Königsberger Universität befanden, nach Königsberg zurückkehren.

Hatten diese Märsche und Verschleppungen schon viele Opfer unter den Deutschen gekostet, so holte sich der Hunger Tag für Tag weitere Opfer. Nur für die Arbeitsfähigen — sie mußten Aufräumungsarbeiten leisten — gab es täglich eine Brotration von 500 Gramm, die Arbeitsunfähigen bekamen lediglich 200 Gramm. „Den Hunger versuchten wir vergeblich mit gekochten Brennesseln, Meldekraut, Giersch, Löwenzahn und Lindenblättern zu stillen. Besonders begehrt waren Kartoffelschalen und ausgekochte Suppenknochen, wie sie von den Abfallstellen russischer Haushaltungen gesammelt wurden, sowie Muscheln aus dem immer stärker verkrauteten Oberteich. Hunde und Katzen hatten ihre ‚Liebhaber' gefunden und waren von der Bildfläche verschwunden". Nur wer das Glück hatte, z. B. als Handwerker für die Russen gegen Lebensmittel Reparaturen usw. ausführen zu können, hatte eine Chance, diese Notzeit zu überleben.

Die ersten Zivilrussen treffen in Königsberg ein

Für kurze Zeit fanden die gejagten Deutschen wenigstens in den Unterkünften etwas Ruhe, die sie sich in noch bewohnbaren Gebäuden eingerichtet hatten. Aber als die ersten Transporte von Zivilrussen in Königsberg eintrafen, wurden die Deutschen wieder aus den Behausungen herausgejagt, oft mußten sie das gesamte Mobiliar zurücklassen. Die Deutschen waren eben völlig rechtlos. Zwar wurden die schlimmsten Auswüchse roher Gewalt nach dem ersten Siegesrausch mit der Zeit abgestellt, aber die allgemeine Unsicherheit in Unterkünften und auf den Straßen und Plätzen blieb bestehen. „So konnten deutsche Frauen auch im Verlauf der Zeit sich nur unter steter Gefahr zum so bitter notwendigen Sammeln von Blättern, Beeren und Pilzen und von Brennholz nach außerhalb begeben, und so manche russischen Schulkinder machten sich einen Sport daraus, sie mit Flaschen zu bewerfen, zu bespeien oder ihnen die Tasche zu entreißen, wobei wiederum nicht verschwiegen werden soll, daß vorbeikommende Russen hiergegen auch eingeschritten sind."

Es ist nicht verwunderlich, daß auch Königsberg nach Kriegsende von Großepidemien erfaßt wurde, wie sie sich allgemein im deutschen Osten und mit Ausläufern bis nach Mitteldeutschland verbreitet haben. Da Typhus oder Flecktyphus in diesen Gebieten früher nicht aufgetreten waren, war die Zivilbevölkerung nicht geimpft und damit besonders anfällig. Der Königsberger Arzt und Universitätsprofessor Dr. Wilhelm Starlinger hat eingehend über die Epidemien und ihre Bekämpfung in Königsberg nach Kriegsende berichtet. Er war als ärztlicher Direktor des St.-Elisabeth-Krankenhauses in sowjetische Zivilgefangenschaft gekommen und wurde auf Anordnung der Besatzungsmacht Leiter der Deutschen Seuchenkrankenhäuser Yorck und St. Elisabeth. Die Typhusepidemie begann bereits Mitte 1945, sie stieg rasch steil an.

Keine Versorgung

Die Epidemien trafen eine Bevölkerung, welche unter den härtesten Entbehrungen ihr Leben fristen mußte und damit auf das äußerste anfällig für die Krankheiten war. Es gab so gut wie keine Lebensmittelversorgung, bis auf eine kümmerliche Brotverteilung, die aber nur dem kleineren Teil der Bevölkerung zugute kam. Die meisten Menschen mußten von Roggenkörnern leben, die auf den Feldern gesammelt wurden. Eine Frischfleischversorgung gab es überhaupt nicht, so daß die verzweifelten Menschen sich von Tierkadavern ernährten. Infolge der Kriegszerstörung und der Zwangsräumungen war der Wohnraum so beengt, daß die Überlebenden eng zusammengepfercht in wenigen Räumen vegetierten. Wasserleitungen und Kanalisation waren zerstört, so daß die Wasserversorgung allein durch die meist verschmutzten Brunnen erfolgte, das Waschwasser wurde in der Regel den Bombentrichtern entnommen. Im Sommer 1945 kam die Fliegenplage hinzu, im Mai bereits begann die Verlausung, auch die Ratten vermehrten sich ungehemmt.

Die sowjetische Besatzungsmacht beauftragte Prof. Starlinger am 21. April, ein erstes Deutsches Seuchenkrankenhaus in der früheren Universitäts-Nervenklinik zu eröffnen. Angesichts der im Mai beginnenden Typhusepidemie wurde eine Erweiterung notwendig, für die Starlinger das frühere Garnisonlazarett I (Yorckstraße) sowie das frühere St.-Elisabeth-Krankenhaus der Grauen Schwestern vorschlug. Die Besatzungsmacht genehmigte die Verlegung, für die sie eine Autokolonne zur Verfügung stellte. Unter sehr primitiven Verhältnissen — nur Brunnenwasser, kein elektrischer Strom, kaum Heizmaterial —, aber unter aufopferungsvollem Einsatz von Schwestern und Krankenpflegerpersonal gelang der Aufbau eines Krankenhausbetriebes. Die Verpflegung der Kranken und des Personals erfolgte durch Zuteilungen durch die Besatzungsmacht, wobei die Tagesrationen ungefähr 1000 Kalorien Wert hatten. Suppen wurden aus Brennesseln, Melde und jungem Lindenlaub gekocht. Medikamente standen noch aus den Resten der Feldapotheke zur Verfügung. Alles in allem aber war die Versorgung in jeder Beziehung völlig unzureichend.

Insgesamt wurden in den Deutschen Seuchenkrankenhäusern vom April 1945 bis zum Herbst 1947 rund 13 200 deutsche Kranke behandelt. Von ihnen hatten rund 7700 Bauchtyphus, 1200 Fleckfieber, 600 akute Malaria, 500 eine infektiöse hämorrhagische Colitis, 150 Diphtherie. Über 3000 Kranke litten an Scharlach, Masern, Herzschwächen, Darmkrankheiten usw. Ab Spätherbst 1946 kamen zunehmend an Lungentuberkulose erkrankte Patienten zur Aufnahme.

Nach den Angaben von Prof. Starlinger sind ungefähr 20 Prozent der Kranken gestorben. Berücksichtigt man die primitiven Verhältnisse, unter denen die Krankenversorgung stattfinden mußte, so ist diese Letalitätsziffer weder relativ noch absolut hoch. Statistisches Vergleichsmaterial zeigt, daß Ärzte und Pflegepersonal in diesen Königsberger Seuchenkrankenhäusern vielmehr in bewundernswertem Einsatz die Sterbeziffer auf den bei solchen Erkrankungen üblichen Durchschnitt gehalten haben.

Demgegenüber war die Sterblichkeit bei der deutschen Zivilbevölkerung, welche in Königsberg verblieben war, höher. Allein vom April bis zum Juni 1945 sind nach den Berechnungen Starlingers rund 20 000 bis 25 000 Menschen an Entkräftung, Erschöpfung, Krankheit, Totschlag und Mord in Königsberg gestorben. Als im Juni 1945 von der Besatzungsmacht eine Volkszählung vorgenommen wurde, zählte man rund 73 000 Deutsche in der Stadt. Die Zahl ist dann bis zum März 1947 auf höchstens 25 000 Deutsche abgesunken. Das bedeutet eine Letalität von rund 65 bis 75 Prozent. Damit lag die allgemeine Sterblichkeit der Gesamtbevölkerung weit über der Sterblichkeit in den Seuchenkrankenhäusern.

Zivilverwaltung

Eine gewisse Verbesserung der Lage der Deutschen in Königsberg trat ein, als im Juli 1946 die Militärverwaltung aufgehoben und eine Zivilverwaltung eingerichtet wurde. Infolge der Ansiedlung russischer Zivilbevölkerung ergaben sich Arbeitsmöglichkeiten, insbesondere in den Haushalten. An die Stelle des kümmerlichen Naturallohnes trat eine Bezahlung in Rubeln.

Merkwürdigerweise sorgte sich die Zivilverwaltung um eine kulturelle Betreuung der deutschen Restbevölkerung. So wurde in der Hindenburgstraße eine Leihbücherei für die Deutschen eingerichtet. Auch als ein russischer Rundfunksender seine Tätigkeit aufnahm, engagierte man deutsche Kräfte für eine halbstündige Sendung in deutscher Sprache. Auf einer Versammlung in der Chirurgischen Universität, an der deutsche Ärzte, Lehrer, Ingenieure usw. teilnahmen, wurde die Einrichtung deutscher Schulen angekündigt. Tatsächlich begann im August 1946 ein Lehrgang für Lehrkräfte, der im wesentlichen in einer Unterrichtung über die Sowjetunion und in russischer Sprache bestand. Mitte Oktober erfolgte dann die Eröffnung einer Nichtrussischen Mittelschule für deutsche Kinder im notdürftig wieder hergerichteten Gebäude der Johanna-Ambrosius-Schule. Aber im März 1948 stellte diese Schule ihren Lehrbetrieb wieder ein, denn inzwischen hatte der Abtransport der deutschen Restbevölkerung begonnen. Für einige Zeit erschien sogar eine zwei Blätter umfassende Zeitung in deutscher Sprache („Neue Zeit"), welche Artikel aus der Moskauer „Prawda" in Übersetzung brachte.

Bereits im Sommer 1947 hatten Königsberger Einzelgenehmigungen zur Ausreise erhalten. Ab Herbst 1947 setzten dann die größeren Transporte ein, mit denen so gut wie alle noch lebenden Königsberger ihre Heimatstadt verlassen mußten.

M. M.

Eine Dokumentation im 25. Jahr der Vertreibung (XXI)